

Protokoll des

außerordentlichen Bundesparteitages der SPD

2.6.2002

Estrel Convention Center, Berlin

Erneuerung und Zusammenhalt

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Tagesordnung | 3 |
| Geschäftsordnung | 4 |
| Eröffnung und Begrüßung | 5 |
| Wolfgang Thierse | |
| Konstituierung | 10 |
| Grußwort | 10 |
| Michael Sommer | |
| Rede Gerhard Schröder | 15 |
| Aussprache | 36 |
| Bericht der Antragskommission | 56 |
| Rudolf Scharping | |
| Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission | 58 |
| Philipp Rehak | |
| Beratung und Beschlussfassung Regierungsprogramm | 59 |
| Schlussabstimmung über das Wahlprogramm | 77 |
| Schlusswort..... | 78 |
| Franz Müntefering | |
| Rednerliste..... | 84 |

Tagesordnung

- 11.00 Uhr Begrüßung, Eröffnung
- Konstituierung
 Wahl des Präsidiums
 Beschluss über die Geschäftsordnung
 Beschluss über die Tagesordnung
- 11.30 Uhr Rede des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers
 Gerhard Schröder
- Bericht der Antragskommission
- Beratung und Beschlussfassung des Regierungsprogramms
- 16.00 Uhr Schlusswort

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrophon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Protokoll des außerordentlichen Parteitages der SPD am 2.6.2002

Tagungsort: Estrel Convention Center, Berlin

Motto: Erneuerung und Zusammenhalt

Beginn des Parteitages: 11.06 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Kurt Beck, Parteipräsident: Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen! Begrüßt mit mir gemeinsam unseren Bundeskanzler Gerhard Schröder! Lieber Gerhard, herzlich willkommen, gemeinsam mit Deiner Frau Doris!

(Lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Herzlich willkommen, Herr Bundeskanzler! Herzlich willkommen, lieber Gerhard! Damit ist der Parteitag eröffnet.

(Langanhaltender Beifall)

Wolfgang Thierse, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren! Herzlich willkommen auf unserem Parteitag zur Eröffnung des Wahlkampfes! Wir haben viele liebe Gäste zu begrüßen. Ich beginne mit dem Gast, der den weitesten Weg zu uns hatte und heiße den Generalsekretär des südafrikanischen ANC herzlich willkommen, Kgalema Motlanthe.

(Beifall)

Ich begrüße liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften, besonders herzlich den neuen Vorsitzenden des DGB, Michael Sommer. Alles Gute für Deine Arbeit!

(Beifall)

Ich begrüße die Gewerkschaftsvorsitzenden Klaus Zwickel, Klaus Wiese, Eva-Maria Stange, Franz-Josef Möllenberg, Norbert Hansen, Konrad Freiberg.

(Beifall)

Ich begrüße Erhard Geyer, den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes.

(Beifall)

Ich heiße den Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks herzlich willkommen, Hanns-Eberhard Schleyer.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Kirchen, Prälat Jüsten und Prälat Reiners.

(Beifall)

Nach den letzten Tagen haben wir Anlass, einen Gast besonders herzlich zu begrüßen: den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman.

(Lebhafter Beifall)

Lieber Herr Friedman, die SPD ist eine Partei, die entschieden gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus eintritt. Das war so und das bleibt so.

(Lebhafter Beifall)

Wir freuen uns, dass Hans-Jochen Vogel unter uns ist und auch Egon Bahr.

(Lebhafter Beifall)

Helmut Schmidt wäre sehr gern gekommen. Er hat Gerhard Schröder geschrieben und bedauert, wegen seinem Gesundheitszustand an unserem Parteitag nicht teilnehmen zu können.

Noch viele liebe Genossinnen und Freunde wären zu begrüßen. Seid alle, alle herzlich willkommen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wer runtergeschrieben, wer abgeschrieben wird, kann besonders erfolgreich sein. Die Völler-Mannschaft hat das gestern auf begeisternde Weise gezeigt.

(Beifall)

Mit dem Rücken zur Wand steigt der Kampfgeist. In eine Richtung lässt es sich besser fighten: nach vorn, auf Sieg!

(Beifall)

Die Schröder-Mannschaft hat eine ermutigende Regierungsbilanz vorzuweisen. Lassen wir uns von Umfragenergebnissen nicht entmutigen. Wir haben ein gemeinsames Ziel: für Gerechtigkeit, Freiheit und sozial Sicherheit zu sorgen, auch in Zeiten des Wandels und der Globalisierung. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Vor allem: Damit können wir gewinnen!

(Beifall)

Wir haben allen Grund, auf unsere Leistungen stolz zu sein. Jahrzehntlang wurde nur darüber geredet. Aber wir waren es, die die Rente sicher gemacht haben. Wir haben die

Bezieher kleiner Einkommen steuerlich entlastet. Wir reformieren die Arbeitsmarktpolitik und die Bundesanstalt für Arbeit. Wir machen eine Gesundheitsreform, die das System stärkt, anstatt es zu zertrümmern. Wir haben die Familien entlastet. Bei uns wird nicht mehr an Bildung und Forschung gespart. Das alles ist sozialdemokratische Politik, wie sie sich gehört.

(Beifall)

Eine Zahl von 3,5 Millionen Arbeitslose haben wir zu erreichen erhofft. Das wird so schnell nicht gelingen. 3,87 Millionen ist die aktuelle Zahl. Ich sehe nicht ein, warum das ein Misserfolg sein soll im Vergleich zu fast 5 Millionen Arbeitslosen 1998.

(Beifall)

Gesetzlich geregelte gesellschaftliche Vorsorge und Arbeitnehmerrechte – übrigens auch die Tarifautonomie – sind das Soziale an der Marktwirtschaft. Wer die Privatisierung der Lebensrisiken anstrebt, opfert den Sozialstaat, die originäre und wichtigste europäische Kulturleistung der letzten 120 Jahre. Marktwirtschaft pur: Nicht mit uns, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Es geht am 22. September um eine politische Richtungsentscheidung. Wir wollen die Globalisierung politisch gestalten; denn nach sozialdemokratischem Verständnis muss Politik mehr sein als Unterwerfung unter die Ökonomie und Linderung von deren Folgen.

(Beifall)

Es geht um Gerechtigkeit und um eine sichere Zukunft. Weder dürfen wir heute konsumieren, wofür unsere Enkel die Rechnung bezahlen, noch dürfen wir unsere Umwelt kurzsichtigen Verwertungsinteressen überlassen. Nachhaltigkeit ist ein anderes Wort für die Zukunft unserer Kinder und Enkel, der Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

(Beifall)

Auch in Ostdeutschland geht es um die Zukunft der kommenden Generationen. Wir müssen dort Perspektiven schaffen, in Bildung und Arbeitsplätze investieren. Als Niedriglohngelände hat Ostdeutschland den Wettbewerb mit Osteuropa schon verloren. Wir wollen, dass Ostdeutschland gewinnt. Wir wollen, dass Ostdeutschland gleichberechtigt mitwirkt an der Zukunft in Europa.

(Beifall)

Der Solidaripakt II ist eine politische Leistung - nicht zuletzt die des Chefs, der das zu seiner Sache gemacht hat. Das kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall)

Lothar Späth ist ein sympathischer und erfahrener Mann. Aber bessere Ideen als Gerhard Schröder, Rolf Schwanitz, Manfred Stolpe, Harald Ringstorff, Reinhard Höppner und

gelegentlich Wolfgang Thierse hat er auch nicht. Was er an Vernünftigem vorschlägt: Wir machen es schon!

(Beifall)

Die Bildungspolitik ist wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Das ist gut. Machen wir dabei deutlich: Bildung dient nicht allein der ökonomischen Verwertbarkeit des Wissens. Wissen macht frei. Wenn die Durchlässigkeit des Bildungswesens nachlässt, dann müssen wir Sozialdemokraten das wieder in Ordnung bringen. Deshalb war und ist es gut, Studiengebühren zu verhindern und das BAföG zu reformieren und zu erhöhen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Freiheit ist nicht die Abwesenheit von sozialer Verantwortung. Ohne Zusammenhalt, ohne gesellschaftliche organisierte Solidarität sind nur die Reichen frei. Die anderen wollen eine Gesellschaft, in der jeder für sich seines Glückes Schmied zu sein hat, auch wenn er gar nicht schmieden kann. In der blau-gelben Spaßvariante heißt dies: Wenn sich jeder um sich selber kümmert, dann ist für alle gesorgt. Aber erst gleiche Freiheit für alle sowie Freiheit und Verantwortung für andere hält die Gesellschaft zusammen.

(Beifall)

Terrorismus und Kriminalität sind die aktuellen Feinde der Freiheit. Otto Schily hat Recht: Wir müssen die Freiheit des Einzelnen nicht nur gegen staatliche Zugriffe schützen; wir müssen sie auch gegen Terror und Verbrechen schützen. Aber wir werden keine Ängste schüren. Schlimm genug, dass es andere versuchen.

(Beifall)

Wir werden weiter zäh darum kämpfen, dass Freiheit und Sicherheit nicht in Widerspruch zueinander geraten. Otto traue ich das zu. Den Herrn Schönbohm, Westerwelle, Beckstein und Stoiber weniger, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Freiheit und Menschenwürde verspricht das Grundgesetz allen Menschen und nicht nur allen Deutschen.

(Beifall)

Wir brauchen Zuwanderung; wir wollen, dass sich Einwanderer bei uns integrieren können. Das gewährleistet unser Zuwanderungsgesetz. Auch Einwanderer haben Familien. Wegen der zahlenmäßig bedeutungslosen Frage der Familienzusammenführung das Zuwanderungsgesetz abzulehnen, beweist den Geist der Ausgrenzung in der angeblichen Familienpartei CDU.

(Beifall)

Deutschland ist ein normales europäisches Land geworden mit den gleichen Rechten und

mit der gleichen Verantwortung wie allen anderen auch. Das hat uns die Wiedervereinigung gebracht. Das Ergebnis ist in der Tat eine neue Außenpolitik. Aber die macht sich nicht zuerst an Soldaten fest. Diese Bundesregierung ist ein Vorreiter bei der Entschuldung der ärmsten Länder der Welt, ein Vorreiter internationaler Solidarität. Heidi zeigt, was solidarische und pragmatische Entwicklungspolitik ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben lernen müssen, dass es Situationen gibt, die ohne Gewalt nicht zu lösen sind. Das war schmerzhaft. Die Norm unserer Außenpolitik ist das Gebot des Grundgesetzes, „dem Frieden in der Welt zu dienen“. Das ist unsere vornehmliche Verpflichtung. Es bleibt dabei, was Gustav Heinemann gesagt hat: Der Ernstfall ist der Frieden. Dem dient sozialdemokratische Außenpolitik.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst verschieden sein können. Deshalb stehen wir entschlossen gegen rechts, deshalb streiten wir für Integration. Mit diesem Ziel wollen wir Globalisierung gestalten. Damit fangen wir zu Hause an. Deshalb haben wir Schluss gemacht mit der Diskriminierung von Menschen mit homosexueller Orientierung.

(Beifall)

Deshalb sorgen wir uns um Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und den Generationen. Deshalb soll Bildung wieder den Aufstieg, den Wechsel von einem Milieu ins andere ermöglichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei der Mitte in Deutschland. Das heißt doch wohl: Unsere Politik orientiert sich an den Interessen der Mehrheit in der Gesellschaft, an den Bedürfnissen der Menschen. Die Mitte ist sozial und solidarisch, wenn die Gesellschaft auf Gerechtigkeit beruht. Das ist unser Mandat und so erhalten wir die Voraussetzungen für den Bestand des Sozialstaates. Diese Mehrheit träumt übrigens auch im Osten nicht vom SED-Fürsorgestaat – ein schlechter, beklemmender Traum, den die PDS noch immer träumt. Wir verteidigen den Sozialstaat, indem wir ihn erneuern. Das ist unsere solidarische Vorsorge gegen rechts.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Freiheit ist der unverzichtbare Ausdruck der Würde des Menschen. Gerechtigkeit entsteht aus dem Streben nach gleicher Freiheit für alle. Sicherheit vor den großen Lebensrisiken ist nur solidarisch möglich. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gehören zusammen. Wer sie, wer Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, gegeneinander ausspielt wie Konservative und Liberale, gefährdet diese fundamentalen Werte unserer politischen Kultur. Darum geht es.

(Beifall)

Wir bitten die Wählerinnen und Wähler um das Mandat für die Fortsetzung dieser Politik. Wir bleiben unserem Ziel treu und verpflichtet. Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen – das ist die Botschaft. Dafür muss Gerhard Schröder Kanzler bleiben!

(Lebhafter Beifall)

Der Parteitag ist damit eröffnet.

Konstituierung

Ich bitte nun um die Zustimmung zum Vorschlag für die Besetzung des Präsidiums. Vorgeschlagen sind Kurt Beck, Renate Schmidt, Wolf-Michael Catenhusen, Christine Bergmann und Peter Strieder. Seid ihr mit diesem Vorschlag einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist dieses Parteitagspräsidium bestätigt und konstituiert. Ich bitte das Parteitagspräsidium, nun die Regie zu übernehmen.

Peter Strieder, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Wolfgang. Vielen Dank, Genossinnen und Genossen. - Das Parteitagspräsidium ist von euch gewählt worden und nimmt die Arbeit auf. Wir müssen - wie auf jedem Parteitag so auch auf diesem Parteitag - zunächst ein paar Formalia hinter uns bringen. Damit gleich am Anfang deutlich wird, dass dies ein Parteitag der Geschlossenheit und Entschlossenheit wird, haben wir die Tagesordnung zu verabschieden. Wer dem Vorschlag der Tagesordnungsvorlage 2 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Dann haben wir eine Vorlage 3, die Vorlage für die Geschäftsordnung. Gibt es dazu Veränderungsbedarf? – Ich sehe keine Wortmeldung. Wer der Geschäftsordnung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Als Nächstes liegt euch der Vorschlag 4 für die Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission vor. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen uns dann noch auf eine Frist für die Vorlage von Initiativanträgen verständigen. Ich schlage euch vor, dass der Antragsabschluss für Initiativanträge in einer Stunde ist. Das bedeutet, um 12.30 Uhr. Ich weise darauf hin, dass nach unserer Geschäftsordnung die Initiativanträge der Zustimmung von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken bedürfen. Die Initiativanträge sind am Tisch der Antragskommission neben dem Podium abzugeben. Wer dem zustimmt, dass in einer Stunde die Frist für die Einbringung von Initiativanträgen endet, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Frist für Initiativanträge um 12.30 Uhr abgelaufen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt, nach der Konstituierung des Parteitages zum Grußwort. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, hält ein Grußwort. Wir gratulieren dir, Michael, zur Wahl zu dieser neuen schwierigen Aufgabe als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wünschen dir viel Erfolg und gute Zusammenarbeit. Bitte sehr, du hast das Wort.

(Beifall)

Grußwort

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Gerhard! Lieber Franz! Als Sozialdemokrat füge ich hinzu: liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, hier bei euch zu sein.

(Beifall)

Seit fünf Tagen bin ich DGB-Vorsitzender. Es gibt bei uns Spötter, die sagen: Jetzt herrscht Sommer-Zeit beim DGB. Ich bin mir der Ehre bewusst, hier heute vor euch sprechen zu können, auf diesem wichtigen Wahlparteitag.

Sicher, es gab und es gibt kritische Diskussionen zwischen uns. Wir kritisieren euch und ihr kritisiert uns. Aber das ist ganz normal, denn Gerhard Schröder hat Recht: Die Sozialdemokratie, auch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, ist nicht der verlängerte Arm der Gewerkschaften. Wir, die Gewerkschaften und der DGB, sind nicht die Vorfeldorganisation der SPD. Und dennoch: Wir haben nicht nur gemeinsame Wurzeln, sondern auch gemeinsame Werte, gemeinsame Ziele und das gemeinsame Interesse, das Leben der arbeitenden Menschen in unserem Land besser und gerechter zu machen.

(Beifall)

Eure Politik richtet sich an die Mehrheit der Menschen und nicht an eine Minderheit, die auf Kosten anderer leben will. Ihr zielt auf die Mitte und wir, die arbeitenden Menschen in diesem Land, wir sind die Mitte. Vergesst das nie!

(Beifall)

Wir vergessen nicht, warum wir 16 Jahre lang Helmut Kohl, seine neokonservative Politik, ja seine Politik aus Kapital und Kabinett bekämpft haben. Meint denn irgendjemand ernsthaft, wir würden uns ein Zurück wünschen in die Zeit der sozialen Kälte, in die Zeit der Ungerechtigkeit, in die Zeit, in der man versucht hat, die Gewerkschaften einen Kopf kürzer zu machen? Meint irgendjemand, wir würden uns eine solche Zeit zurückwünschen? So dumm kann doch niemand sein, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Nein, wir, die deutschen Gewerkschaften, wissen sehr wohl, was wir an euch, was wir an der rot-grünen Bundesregierung, was wir an Gerhard Schröder haben. Ich sage dies, obwohl wir natürlich an der einen oder anderen Stelle anderer Meinung sind. Es wäre übrigens auch schlimm, wenn wir dies im internen Gespräch, aber ab und zu auch einmal öffentlich nicht äußern würden. Denn Gewerkschaften sind und bleiben Interessenvertreter. Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der sozial Schwachen. Die arbeitenden Menschen sind die Mehrheit unseres Volkes. Sie sind es, die dieses Land am Laufen halten, und sie sind es übrigens auch, die diesen Staat finanzieren.

(Beifall)

Je mehr alle Parteien dies einsehen und uns und unsere Forderungen ernst nehmen, umso besser ist es für unser Land und umso besser ist es auch für das Verhältnis von

Politik und Gewerkschaften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Genossinnen und Genossen, ich tue das, was alle Wähler vor dem 22. September tun werden, übrigens auch die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter: Ich wäge Worte und Handeln, Programme und praktische Politik. Ich vergleiche unsere Ansprüche mit dem Handeln der Parteien in den vergangenen 20 Jahren und ihren Ankündigungen für die Zukunft. Natürlich vergleiche ich auch Kanzler und Kandidaten. Ich komme zu einem eindeutigen Ergebnis: Dieses Land ist bei euch gut aufgehoben.

(Beifall)

Es gibt keinen Grund für einen Wechsel, schon gar keinen in die Vergangenheit.

(Beifall)

Als Einheitsgewerkschafter sage ich: Die konsequente Interessenvertretung unserer Mitglieder ist der Dreh- und Angelpunkt unseres Handels, und das nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern jederzeit. Da wechseln wir auch nicht je nach Bedarf unsere Ziele oder die Kriterien für die Beurteilung von Politik. Heute, hier, bei euch sage ich das Gleiche wie in einer Woche auf dem Wahlparteitag der CDU in Frankfurt, nämlich was wir wollen und was wir nicht wollen. Niemand, aber auch wirklich niemand darf die Hand legen an den Kündigungsschutz, niemand!

(Beifall)

Niemand darf die Reform der Mitbestimmung rückgängig machen!

(Beifall)

Niemand darf Niedriglöhne zur Normalität werden lassen!

(Beifall)

Niemand darf die Zweiklassenmedizin einführen!

(Beifall)

Niemand darf das Tariftreuegesetz kassieren und die Tarifautonomie kippen!

(Beifall)

Ich sage es jetzt leiser, aber noch bestimmter: Wer Tarifnormen aushöhlen will, wer erlauben will, dass Betriebsräte oder gar einzelne Belegschaften erpresst werden dürfen, auf ihren tariflichen Mindestschutz zu verzichten, der legt Axt an die Grundfesten vernünftiger sozialer Beziehungen.

(Beifall)

Ich weiß, ihr alle wollt dieses nicht, aber andere.

Wir lassen übrigens auch nicht zu, dass so etwas mit wohlklingenden Begriffen wie „betriebliche Bündnisse für Arbeit“ vernebelt werden sollen. Nein, wer die Tarifautonomie angreift, der kann sich sicher sein, dass die Antwort der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Wählerinnen und Wähler nicht ausbleiben wird.

Das gilt übrigens auch für die Tariftreue. Wir haben dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, auf dem DGB-Kongress in aller Deutlichkeit gesagt, seine Haltung zum Tariftreugesetz im Bundesrat ist für uns eine Nagelprobe, wie er es tatsächlich mit der Tarifautonomie hält, eine ganz wichtige Nagelprobe für des Kandidaten eigene Glaubwürdigkeit. Diese Nagelprobe hat er am Freitag im Bundesrat nicht bestanden.

(Beifall)

Er hätte es in der Hand gehabt. Ich warne: Wir werden weiterhin beobachten, was mit dem Gesetz im Vermittlungsausschuss passiert. Jeder darf sich schon jetzt auf harte Proteste einstellen, der das Vermittlungsverfahren auf die lange Bank schieben oder das Gesetz und seinen eigentlichen Sinn, nämlich Sozial- und Lohndumping, ad absurdum führen will.

(Beifall)

Da unterscheiden wir auch nicht zwischen Schwarz, Rot, Grün oder Gelb. Wir brauchen das Gesetz. Ich bin mir sicher, ihr werdet helfen, es durchzubringen.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren, die Gewerkschaften und ihr Bund, der DGB, sind weltanschaulich tolerant. Wir machen keine Unterschiede zwischen den Religionen und wir sind gegen die Diskriminierung von Minderheiten, und das mit aller Entschiedenheit. Natürlich sind wir auch parteipolitisch unabhängig. Aber wir sind nicht unpolitisch und wir lassen uns keinen Maulkorb anlegen, auch nicht in Wahlkampfzeiten.

(Beifall)

Ich schweige zu der Ungeheuerlichkeit der blau-gelben Gaga-Partei nicht.

(Beifall)

Sie ist jetzt zwar raus aus dem Container, dafür aber voll im Sumpf.

(Heiterkeit und Beifall)

Was Herr Möllemann im Moment aufführt und Guido Westerwelle, der Möchte-gern-Kandidat, ihm durchgehen lässt, das ist für einen Demokraten schlicht unerträglich.

Das ist wirklich unerträglich, erst recht für jemanden, der aus der Geschichte gelernt hat. Unverhohlen wird mit antisemitischen Ressentiments gespielt, ja geworben – und das nur 60 Jahre nach dem schlimmsten Verbrechen, das je in deutschem Namen begangen

wurde, dem industriell betriebenen Massenmord an 6 Millionen jüdischen Menschen. Es gab bis vor zwei Wochen in diesem Land den Grundkonsens, der im Großen und Ganzen gehalten hat, nämlich dass kein Demokrat den Hass auf Ausländer oder auch Antisemitismus zum Stimmenfang benutzt. Ich bin tieftraurig und auch erschüttert, dass dies zumindest für Teile der FDP nicht mehr zu gelten scheint. Ich sage euch – das muss für euch alle gewiss sein: Wehret den Anfängen, und zwar jetzt und hier!

(Beifall)

Nicht eine Sekunde lang dürfen wir dazu schweigen. Wir dürfen nicht warten, bis wir so weit sind wie Österreich.

(Vereinzelt Beifall)

Als Gewerkschafter füge ich hinzu: Erfahrung lehrt, Judenhass und Antisemitismus gehen immer mit Angriffen auf Gewerkschaften einher und sie zielen immer darauf, Arbeitnehmerrechte zu demontieren, ja die arbeitenden Menschen zu Menschen zweiter Klasse zu degradieren. Ihr werdet euch sicherlich nicht wundern, wenn ich sage: Leute wie Möllemann gehören ins politische Aus und mit Sicherheit in keine Bundesregierung.

(Beifall)

Damit niemand in irgendwelche Verlegenheiten kommt, sage ich: Ihr müsst für eine eigene Mehrheit kämpfen! Ich bin sicher, Rot-Grün hat eine gute Chance, wenn ihr kämpft.

(Beifall)

Eure Bilanz ist nämlich eindrucksvoll, eure politischen Perspektiven sind gut und euer Spitzenkandidat ist klasse.

Glück auf, Gerhard!

(Lebhafter Beifall)

Peter Strieder, Parteitagspräsidium: Schönen Dank, Michael. Das war, wie du gesagt hast, keine unpolitische, sondern eine sehr politische Rede. Es ist deutlich geworden, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die deutsche Sozialdemokratie viel beim Kampf um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindet. Herzlichen Dank für dieses Grußwort.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können weitere Ehrengäste auf unserem Parteitag begrüßen. Ich darf zunächst den Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Holger Börner, begrüßen.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass Manfred Freiherr von Richthofen, Präsident des Deutschen Sportbundes, unter uns ist.

(Beifall)

Wir begrüßen den EU-Kommissar Günter Verheugen.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass in ständiger Verbundenheit und großer Präsenz immer auf unseren Parteitagen auch diesmal unter uns sind: Herbert Ehrenberg, Friedrich Halstenberg, Volker Hauff und Helmut Rohde. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Karl Ravens ist unter uns. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Dann darf ich noch Ingrid Matthäus-Maier und Barbara Stolterfoth begrüßen.

(Beifall)

Der Vorstand weist mich dauernd darauf hin, dass auch Egon Bahr hier sei. Er ist von Wolfgang Thierse begrüßt worden. Wir freuen uns natürlich, dass Egon Bahr, der Ehrenbürger von Berlin, hier ist.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir freuen uns darauf, dass jetzt der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, zu uns spricht.

Rede Gerhard Schröder

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler:

(von den Delegierten mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Auch von mir zu Beginn ein Wort zur aktuellen Situation in Deutschland. Möllemann und andere aus der FDP haben – Michael Sommer hat darauf hingewiesen – eine Debatte über Antisemitismus in Deutschland losgetreten, die ich für unsäglich halte.

(Beifall)

Offenbar angespornt durch problematische Entwicklungen in Europa bedienen sie sich populistischer Parolen und Vorurteile und setzen auf Strömungen, die hochgefährlich für unser ganzes Land sind. Eins muss man wissen, liebe Freundinnen und Freunde: Es geht bei dieser Debatte nicht um Möllemann und auch nicht um die FDP, also um eine Partei, die inzwischen die Entpolitisierung des politischen Prozesses zum Programm erhoben hat. Nein, darum geht es nicht!

(Vereinzelt Beifall)

Es geht um eine der Grundfragen deutscher Demokratie. Es geht um die Frage, wie das friedliche Zusammenleben der Menschen in Deutschland mit jenen Menschen organisiert werden und vonstatten gehen soll, die in Deutschland als Deutsche jüdischen Glaubens leben. Um diese Frage und um keine andere geht es. Ich will hier sehr deutlich sagen: Ich möchte, dass christliche Kirchen und jüdische Synagogen so unbedrängt geöffnet sein können, wie es sich für Gotteshäuser gehört, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst uns unbeirrt dafür kämpfen, dass jüdische Grabstätten genauso wenig geschändet werden wie christliche Grabstätten; bei denen ist das ja eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall)

Nur der, der mithilft, diese Ziele zu erreichen, ist und kann Partner sein. Wer diesen Zielen entgegentritt, der kann niemals an unserer Seite sein.

(Beifall)

Über diese Fragen reden wir nicht nur, sondern wir arbeiten daran und wir handeln. erinnert euch: Wir sind es gewesen, die unserer historischen und moralischen Verantwortung gerecht geworden sind, denn wir haben die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern nach mehr als 50 Jahren geregelt. Das war überfällig und das darf nicht infrage gestellt werden.

(Beifall)

Dieses Bekenntnis zu unserer historischen Verantwortung hat dem Ansehen Deutschlands in der Welt genutzt, hat das Ansehen unseres Landes gesteigert und nebenbei deutschen Unternehmen Rechtssicherheit gebracht. Und diesen Erfolg lassen wir nicht infrage stellen durch leichtfertige, oberflächliche und verantwortungslose Debatten in unserer Gesellschaft, gleichgültig aus welcher Richtung sie kommen.

(Beifall)

Wir können nicht ertragen, dass aus Gründen, ein paar Hand voll Wählerstimmen zu gewinnen, aus durchsichtigem politischem Kalkül heraus dumpfe Ressentiments geschürt werden und damit jenes Maß an demokratischer Kultur infrage gestellt wird, das - bislang jedenfalls - hinweg über alle Parteigrenzen gegolten hat.

Dies wollen wir erhalten und wir fordern die Gutwilligen in der Freien Demokratischen Partei auf, dafür Sorge zu tragen, dass das auch in Zukunft wieder so werden kann, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wissen: Politik ohne Moral kann keine gute Politik sein. Wir nehmen zur Kenntnis,

dass die Freien Demokraten wild darauf sind, wieder zu regieren. Aber ich sage: In dieser Formation mögen sie willig sein zu regieren, fähig dazu sind sie nicht, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Unsere Politik ist gegründet auf moralische Prinzipien und das hat uns stark gemacht. Und genau das ist auch Leitlinie der Regierungsarbeit gewesen, Leitlinie des gesamten Kabinetts, bei dem ich mich ohne Ausnahme für die geleistete Arbeit bedanke. Es war nicht nur wichtig und richtig für unser Land, liebe Freundinnen und Freunde im Bundeskabinett; es hat auch Spaß gemacht, mit euch in dieser solidarischen Form zusammenzuarbeiten.

(Beifall)

Keine Frage: Es ist Mode geworden, dass uns Umfragen beschäftigen, sogar mich gelegentlich – ihr werdet es nicht glauben. Aber eine, liebe Genossinnen und Genossen, aus der letzten Zeit ist mir in Erinnerung geblieben, weil sie mir wirklich wichtig gewesen ist: Da wurden Kinder zwischen zehn und 14 Jahren zur Politik befragt und zu dem befragt, was sie bewegt, auch zu dem, wovor sie Angst haben.

Mir ist diese Umfrage deswegen so präsent, weil die Kinder sehr Bemerkenwertes über die Politik und über ihre Ängste gesagt haben: 60 Prozent haben Angst vor Gewalt, 48 Prozent machen sich Sorgen um die Umwelt und 37 Prozent befürchten, dass ihre Eltern arbeitslos werden könnten.

Diese Umfrage, das, was die Kinder gesagt haben, hat mich sehr berührt. Natürlich habe ich mich gefragt: Haben wir auf ihren Sorgenkatalog in den letzten vier Jahren die Antworten gegeben, die sie brauchen? Haben wir Gewalt eindämmen können? Zum Beispiel im Kosovo, in Bosnien, in Mazedonien kann man Antworten darauf finden.

Unsere Umweltpolitik, zum Beispiel mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, war eine solche Antwort. Die Klimapolitik, die wir national und international machen und die wir in Johannesburg vertreten werden, ist eine solche Antwort. Erst recht ist eine solche Antwort die Politik des sozialen Ausgleichs, der Erneuerung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, für die wir und nur wir stehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vor dem Hintergrund solcher Besorgnisse wissen wir, dass wir es den kommenden Generationen schuldig sind, so zu wirtschaften, dass ihnen nicht weniger, sondern mehr Spielraum zur Gestaltung ihres eigenen Lebens bleibt. Das war und das ist das Motiv unserer Politik und das wird auch so bleiben.

Wir sind es unseren Kindern schuldig, unser Land so zu erneuern, dass es sich wirklich lohnt, hier zu leben und zu arbeiten. Darum, liebe Freundinnen und Freunde, wollen wir eine Gesellschaft, in der Solidarität, in der das Füreinanderdasein mehr zählt als das Stoßen der Ellenbogen.

(Beifall)

Sozialen Zusammenhalt zu organisieren – es ist mir wichtig, dass das deutlich wird -, das gilt es deshalb zu tun, weil dann und nur dann die Angst vor den notwendigen Veränderungen nicht entsteht, weil dann und nur dann Ängste vor Ungewissheiten in der Zukunft nicht entstehen. Nur wenn die Menschen und weil die Menschen wissen, dass wir niemanden zurücklassen, dass wir Sozialstaatlichkeit ernst nehmen, nur deshalb haben wir die Legitimation, die notwendigen und weit reichenden Veränderungen in unserer Gesellschaft, die nötig sind, auch durchzusetzen.

(Beifall)

Nicht zuletzt um diese Fragen wird es am 22. September gehen. Liebe Genossinnen und Genossen, Politik für die Menschen ist zuallererst Politik für die Familien. Familien sind die stabilen Zentren unserer Gesellschaft. In den Familien finden die Menschen Geborgenheit. Wir fördern und wir unterstützen Familien in allen ihren Formen. Wir machen keine Vorschriften, wie die Menschen leben sollen. Wir akzeptieren, wie sie leben wollen, denn das ist unser Verständnis von Freiheit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Für uns ist entscheidend, dass in der Familie Menschen ganz unmittelbar Verantwortung füreinander tragen. Das heißt vor allen Dingen Verantwortung für Kinder. Wir haben gehandelt. Ich möchte, dass ihr mit uns zusammen auch stolz auf das seid, was wir erreicht haben. Niemals zuvor wurden die Familien in Deutschland umfassender gefördert, als wir es in den letzten vier Jahren erreicht haben.

(Beifall)

In nur vier Jahren haben wir die Aufwendungen für Familien um mehr als 13 Milliarden Euro auf mittlerweile 53 Milliarden Euro im Jahr erhöht. Wir haben den Familienleistungsausgleich ausgebaut. Wir haben das Kindergeld um 40 Euro auf jetzt 154 Euro erhöht. Wir haben die Familien stärker als jemals zuvor bei der Steuerreform entlastet.

Darum, liebe Genossinnen und Genossen, sage ich immer wieder: Wir sind stolz auf das, was wir für die Familien in Deutschland erreicht haben, und wir sind stolz darauf, dass die Familien in Deutschland, besonders die Frauen, das auch erkennen.

(Beifall)

Aber was wir erreicht haben, das reicht uns eben nicht. Ich sage: Die große Aufgabe der kommenden vier Jahre heißt massive Investitionen in Ganztagsbetreuung.

(Beifall)

Dabei – das sagt ein ehemaliger Ministerpräsident – interessieren mich formale Zuständigkeiten weniger. Die Sache als solche interessiert mich, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen – das ist solide finanziert – werden wir 4 Milliarden Euro bereitstellen und Ländern und Kommunen geben, damit die Länder und Kommunen die Ganztagsbetreuung

ausbauen können. Das hilft den Familien und das ist im Interesse unserer Kinder, und zwar aller Kinder, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist gut für die Kinder, keine Frage. Aber das ist auch gut für die Frauen in Deutschland. Wer die Realität kennt, der weiß: Familie und Beruf kriegt man nur zusammen, wenn die Betreuung stimmt. Genau das wollen wir. Die anderen jedenfalls wollen es nicht.

(Beifall)

Mit ihrem so genannten Familiengeld wollen CSU und CDU gleichsam eine Küchenprämie für Frauen aussetzen.

(Beifall)

Wohlgemerkt: Es gibt viele Frauen, die sich aus freien Stücken ganz auf Kindererziehung und Familie konzentrieren wollen. Diese Frauen verdienen unseren Respekt und sie haben unsere Unterstützung.

(Beifall)

Aber die alten und älteren Herren von CDU und CSU wollen jungen und gut ausgebildeten Frauen vorschreiben, wie sie leben sollen. Frauen sollen sich zu Hause um die Kinder kümmern. Für Beruf, Karriere und Einkommen sind wieder einmal allein die Männer zuständig. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein verstaubtes, ein reaktionäres Frauen- und Familienbild.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich bin sicher, liebe Genossinnen und Genossen, damit werden sich viele junge Frauen, aber auch die Männer nicht abfinden. Denn die Frauen wollen wirkliche Wahlfreiheit. Das heißt, sie wollen eben nicht vor die Alternative gestellt werden, sich für Beruf oder Familie entscheiden zu müssen. Sie wollen vielmehr Familie, das heißt das Leben mit Kindern, und Beruf in Einklang bringen. Wir setzen den vernünftigen Rahmen dafür, dass das auch möglich ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe eingangs von den Kindern geredet. Wer an die Kinder denkt, der muss ganz einfach eine Politik der Nachhaltigkeit machen. Und die beginnt bei der Gesundheit. Die Gesundheit beginnt nicht zuletzt bei der Ernährung. Der aktuelle Skandal um das mit Nitrofen vergiftete Getreide zeigt eines, liebe Freundinnen und Freunde: Die von der Koalition durchgesetzte Agrarwende war notwendig und sie ist notwendiger denn je.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden nicht zulassen, dass diese notwendige Agrarwende, die im Interesse der Millionen und Abermillionen Verbraucherinnen und Verbraucher ist, an den überkommenen

Strukturen des Bauernverbandes zerbricht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Nahrungsmittel, die sie kaufen, gesund sind und dass sie sie unbedenklich essen und ihren Kindern geben können.

Wir haben aus den BSE-Fällen die richtigen Konsequenzen gezogen. Wir haben das Prinzip durchgesetzt, dass der Verbraucherschutz an der Ladentheke anfängt. Wir haben mehr Kontrollen eingeführt und die Zusammenarbeit mit den Behörden verbessert. Aber auch das zeigt dieser Skandal: Es reicht noch nicht. Es gibt immer noch starke Kräfte, die als Lobbyisten für eine Rückkehr zu den alten Zuständen auftreten, und die müssen überwunden werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Bedauerlicherweise gibt es kriminelle Machenschaften, die Einwirkungen auf unsere Lebensmittel haben, die wir überwinden und beseitigen müssen, die wir mit aller Härte verfolgen und bestrafen müssen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Was machen die anderen in einer solchen Situation? Sie haben am letzten Freitag im Bundesrat unser Verbraucherinformationsgesetz abgelehnt. Warum haben sie das gemacht? Sie wollen nicht, dass die Verbraucher das Recht bekommen, bei den Behörden Auskünfte über Qualität und Bestandteile von Waren und Produkten zu erhalten. Denen – das zeigt sich an den Entscheidungen am letzten Freitag – ist der Schutz der Verbraucher gleichgültig. Sie sind der Sachwalter von Lobbyismusinteressen, nichts anderes, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Einen wirklichen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher gibt es nur mit uns. Das werden die Menschen und besonders die Mütter im Land mehr und mehr spüren. Sie werden sich am 22. September entsprechend verhalten. Seid dessen sicher, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Die Ernährung ist wichtig, aber Gesundheitspolitik ist mehr. Zur Wahl am 22. September steht die Frage: Wollen wir daran festhalten, dass jeder, ob arm oder reich, mit dem medizinisch Notwendigen – in des Begriffes wirklicher Bedeutung: um Not zu wenden – versorgt wird oder nicht. Die Reichen können sich das kaufen, die Schwächeren brauchen uns, brauchen unsere Solidarität, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Die anderen – das muss klar werden – wollen den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung. Weniger Beitrag im Monat, dafür aber saftige Zuzahlungen und Eigenleistungen, wenn man zum Arzt muss. Dann wollen die anderen per Klage vor dem

Bundesverfassungsgericht die neuen Bundesländer aus dem gesamtdeutschen Solidarsystem herauskatapultieren. – Das ist für mich verdammt nicht einfach auszusprechen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, das Stichwort ist Risikostrukturausgleich. Das ist ein kompliziertes Wort. Ihr habt das soeben mitbekommen.

(Heiterkeit)

Aber was steckt dahinter? Lasst mich das wenigstens erklären, auch mir selber.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Risikostrukturausgleich ist, wenn diejenigen im Westen, die geringere Risiken zu tragen haben, auch für die Menschen im Osten ein bisschen mitbezahlen, die größere Risiken zu tragen haben, weil zum Beispiel die Arbeitslosigkeit höher ist. Wenn man diesen Risikostrukturausgleich beseitigte, dann hätte das eine ganz einfache Folge: Im Osten müssten die Krankenkassenbeiträge, die jetzt im Durchschnitt bei 14 Prozent liegen, auf 20 Prozent und darüber steigen. All diejenigen, die das, was wir im Rahmen des Aufbaus Ost geleistet haben, kritisieren – sie sagen, es gebe noch nicht genügend Betriebe, die dort angesiedelt wurden, und es gebe deshalb noch nicht genügend Arbeitsplätze –, frage ich angesichts der Tatsache, dass die Beiträge und damit die Lohnnebenkosten im Osten steigen würden: Was wären die wirtschaftlichen Resultate? Die wirtschaftlichen Resultate wären, dass es mehr als je zuvor schwierig sein würde, Betriebe aller Größenordnungen – aber vor allem mittelständische Betriebe – anzusiedeln. Es würde Schwierigkeiten geben, mehr Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Deswegen sage ich: Wer es ernst meint als Kandidat für was auch immer, der muss die entsprechende Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zurücknehmen.

(Anhaltender Beifall)

Solange dies nicht geschieht und solange die wirtschaftliche Situation für den Osten Deutschlands aufgrund von Eigensüchtigkeiten verschlechtert wird – und zwar ganz bewusst verschlechtert wird –, haben CDU, CSU und FDP jedes Recht verloren, über den Aufbau Ost auch nur zu reden, weil sie nämlich den Abbruch Ost herbeiführen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Wir haben begonnen – wir werden das fortsetzen –, für mehr Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zu sorgen. Aber eines sollen alle Menschen draußen im Lande wissen: Für eine Zweiklassenmedizin stehen Sozialdemokraten nicht zur Verfügung, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Der Unterschied zwischen uns und den anderen lässt sich auf eine ganz einfache Formel bringen: Wir stärken das System, wo es Schwächen hat. Die anderen schwächen das System, wo es seine Stärken hat.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, um das geht es am 22. September und um mehr. Es geht auch darum, ob wir unsere Politik fortsetzen können, eine Politik, die in die Zukunft unseres Landes investiert, indem sie in die Köpfe der jungen Menschen unseres Landes investiert. Wir wissen: Nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch aus schlichten ökonomischen Notwendigkeiten heraus müssen wir alle Begabungen in unserem Volk ausschöpfen. Wir sind es unseren Kindern schuldig – auch der Entwicklung unserer Volkswirtschaft -, dass sie alle Bildungschancen bekommen, um in der Welt von morgen bestehen zu können.

(Beifall)

Ich glaube – liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß aus persönlicher Erfahrung, worüber ich rede -: Zugang zur Bildung ist eine der entscheidenden Fragen in unserer Gesellschaft und vermutlich die Schlüsselfrage für die soziale Entwicklung im 21. Jahrhundert.

(Beifall)

An die Pressevertreter gewandt, will ich sagen, dass ich für die Delegierten rede. Deshalb bitte ich, sich hinzusetzen, damit die Delegierten meine Rede verfolgen können.

(Beifall)

Wie ich bereits sagte, liebe Freundinnen und Freunde: Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft jedes Einzelnen und natürlich für die Zukunft unserer Gesellschaft. Es geht darum, ob die Begabungen des Einzelnen oder das Einkommen der Eltern über Lebenschancen der Kinder in unserem Land entscheiden. Wir können und wir müssen es uns leisten, gleiche Bildungschancen für alle anzubieten. Deshalb ist Bildungspolitik immer noch Sozialpolitik.

(Beifall)

Wer soll diese Bildungspolitik auf der Basis des gleichen Zugangs zur Bildung für alle machen, wenn nicht wir Sozialdemokraten, liebe Freundinnen und Freunde?

(Beifall)

Ich sage euch: Wenn wir das nicht machen, macht es keiner. Wenn wir darin nicht investieren und die notwendigen Ressourcen mobilisieren, dann wird es nicht geschehen. Die Folge aber wird sein, dass nicht mehr, sondern weniger Gerechtigkeit in unserem Land besteht. Die Folge wird auch sein, dass nicht mehr, sondern weniger ökonomische Entwicklungschancen in unserem Land sein werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder und wir fördern die Familien. Wir stellen den sozialen Schutz bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit, bei Pflege und im Alter sicher. Für diese

Politik, liebe Freundinnen und Freunde, haben wir mit unserer Steuer- und Haushaltspolitik ein grundsolides ökonomisches Fundament gelegt.

(Beifall)

Wir haben die öffentlichen Investitionen im Bundeshaushalt deutlich erhöht. Wir haben damit die Wachstumskräfte der Wirtschaft gestärkt. Wir haben buchstäblich Wege in die Zukunft gebaut – nicht nur Verkehrswege, sondern wir haben darüber hinaus die Infrastruktur für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen.

Durch unsere Politik sind alle deutschen Schulen in den letzten drei Jahren mit Computern ausgestattet und ans Internet angeschlossen worden. Wir wissen, liebe Freundinnen und Freunde: Wirtschaftlicher Erfolg, für den wir sind, und Beschäftigung, für die wir kämpfen, sind die Voraussetzungen dafür, um Sozialstaatlichkeit auch in Zukunft zu erhalten und weiterentwickeln zu können.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, auch auf diesem Sektor brauchen wir uns nicht zu verstecken. Wir dürfen uns auch nicht verstecken. Wenn wir uns abdrängen lassen auf die Verteidigung und Entwicklung der Sozialstaatlichkeit allein, wenn wir uns die Kompetenz zur vernünftigen Organisation von Wirtschaften und Wirtschaft absprechen oder abstreiten ließen, würden wir einen gewaltigen Fehler machen. Wir haben mit unserer Politik bewiesen – wir wollen das auch weiter unter Beweis stellen -, dass das zusammengeht, nämlich auf der einen Seite die Rahmenbedingungen für eine sinnvolle ökonomische Entwicklung zu schaffen und auf der anderen Seite – und nicht zuletzt – dadurch soziale Gerechtigkeit sichern zu helfen.

(Beifall)

Auch auf diesem Gebiet gibt uns der Erfolg Recht. Die deutsche Wirtschaft ist seit unserem Amtsantritt 1998 konkurrenzfähiger geworden. Die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland sind in den vergangenen beiden Jahren von 30 Milliarden Euro auf mehr als 200 Milliarden Euro angestiegen. Das zeigt, liebe Freundinnen und Freude: Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist stabil und attraktiv wie nie zuvor. Das sollten wir auch nach außen sagen, liebe Freundinnen und Freude.

(Beifall)

Gewiss, durch die konjunkturellen Einbrüche in der Weltwirtschaft, die weder Europa noch Deutschland verschont haben, haben wir jenes Maß an Abbau der Arbeitslosigkeit nicht erreichen können, das sich jeder von uns so sehnlich gewünscht hätte. Aber, liebe Freundinnen und Freude, es wäre gleichwohl grundfalsch, wenn wir hinter diesem die erzielten Erfolge verblassen ließen. Denn wahr ist auch: Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 1998 um 10 Prozent gesunken; sie ist nicht gestiegen.

(Beifall)

Wenn man einmal die April-Zahlen 2000 – das sind die letzten, die real vorliegen – mit

denen von 1998 vergleicht, dann stellt man fest – und zwar statistisch fest; das ist nicht Wunsch, das ist Wirklichkeit -, dass im April 1998 die Arbeitslosigkeit bei rund viereinhalb Millionen lag. Im April 2002 lag sie bei 4 Millionen. Das ist eine halbe Million weniger. Das reicht uns nicht – das ist klar -, aber wir sollten doch diesen Erfolg nicht kleinreden oder kleinschreiben lassen, liebe Freundinnen und Freude.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben es erreicht, dass zum ersten Mal nach einem Konjunkturzyklus, der nach unten ging, die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland geringer und nicht größer geworden ist. Wir starten in den Aufschwung mit einem geringeren Sockel an Arbeitslosigkeit als jemals zuvor, liebe Freundinnen und Freude.

(Beifall)

Ich will nicht darum herumreden: Das reicht mir nicht, wie es euch nicht reicht. Aber es ist deutlich: Wir haben die Trendwende geschafft. Wir starten in eine wirtschaftliche Besserung, in einen neuen Aufschwung mit einem Weniger an Sockelarbeitslosigkeit, als wir das bei früheren Konjunkturzyklen kannten. Das ist wichtig für die Menschen im Land. In diesem Zusammenhang sage ich denen auf der anderen Seite: Hört endlich auf, dieses unser Deutschland schlechtzureden, nur weil ihr parteipolitische Süppchen kochen wollt.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freundinnen und Freude, ich hoffe, wir werden deutlich machen: Es geht um viel bei der Wahl am 22. September. Die Menschen werden dann vor einer klaren Entscheidung stehen. Es geht um die Wahl zwischen Zukunft oder Vergangenheit, zwischen Fortschritt oder Rückschritt, zwischen Vision von einem sozialen und modernen Deutschland oder der Wiederauflage der alten und untauglichen Rezepte von gestern. Wer will diesem Volk, liebe Freundinnen und Freude, eigentlich weismachen, dass eine gute Zukunft zu gewinnen wäre mit den Rezepten von vorgestern und mit dem Personalangebot von gestern? Dies wird man diesem Volk nicht weismachen können. Seid dessen sicher.

(Beifall)

Wir sagen den Menschen in Deutschland: Die deutschen Sozialdemokraten denken gar nicht daran – auch in Wahlkämpfen nicht -, sich in Lager einsperren zu lassen. Es geht nicht um einen Lagerwahlkampf. Aber, liebe Freundinnen und Freude, es geht um eine Richtungsentscheidung von wirklich weitreichender Bedeutung. Das müssen wir den Menschen in Deutschland klar machen.

(Beifall)

Was die politische Konkurrenz, was die anderen vorgelegt haben, liebe Freundinnen und Freude, das ist kein Regierungsprogramm. Was sie bei CDU und CSU aufgeschrieben haben, ist ein Dokument der Täuschung. Dieses Programm, was sie so nennen, ist nicht solide, weil es nicht finanziert ist und nicht finanzierbar ist. Es ist nicht seriös, weil sie es alle naselang selber widerrufen. Es ist nicht ehrlich, liebe Freundinnen und Freude, und deshalb ist es auch nicht menschlich.

(Beifall)

Da benutzen sie den Begriff von der Senkung der Staatsquote – fast so kompliziert wie „Risikostrukturausgleich“.

(Heiterkeit)

Sie sagen aber nicht, was sie damit meinen. Sie verschweigen die Folgen der Absenkung der Staatsquote. Deswegen muss man den Menschen sagen, was das heißt. Ihr müsst das den Menschen sagen, wir miteinander müssen es ihnen sagen. Das heißt nämlich weniger Geld für Schulen. Das heißt weniger Geld für Kindergärten. Das heißt weniger Geld für innere Sicherheit. Das heißt weniger Geld für Krankenhäuser und das heißt weniger Mittel für den Aufbau Ost und für die Infrastruktur in den neuen Ländern. Das sind die Konsequenzen dieses Begriffes, liebe Freundinnen und Freude.

(Beifall)

Franz hat durchgerechnet, was das bedeutet. Er kann nicht nur in Haupt- und Nebensätzen sprechen, er kann auch rechnen, liebe Freundinnen und Freude. Er hat durchgerechnet, was das bedeutet. Dieses Programm – „3 mal 40“, wie sie es nennen, „3 mal unter 40“ – heißt Minderausgaben von 170 Milliarden Euro jährlich. Ihr müsst euch einmal vorstellen, was das auf allen Ebenen des Staatsaufbaus bedeutet. Selbst wenn man die Investitionen im Bundeshaushalt auf null führe, den Etat für Bildung und Forschung abschaffte und sämtliche Leistungen für Familien und Kinder striche, dann hätten wir noch nicht einmal die Hälfte dieses Betrages aufgebracht, liebe Freundinnen und Freude. Was sie da aufgeschrieben haben und was dieser Verein FDP noch zu toppen versucht, das ist die totale Entstaatlichung der Politik. Das ist etwas, was Sozialdemokraten aus Fürsorge für die Menschen im Land niemals mitmachen können.

(Lebhafter Beifall)

Die Konsequenz wäre nämlich, dass sich nur einige Wenige, vielleicht das obere Drittel unserer Gesellschaft, jene Infrastruktur in einem sehr umfassenden Sinne, die moderne Staaten zu garantieren haben, selbst kaufen könnten. Der Rest wäre gekniffen. Deshalb gilt der gute, alte sozialdemokratische Satz: Nur ganz Reiche können sich einen armen Staat leisten.

(Beifall)

Die wollen also mit dieser Art der Politik den Staat dessen entkleiden, was ihn für uns eigentlich ausmacht, nämlich Ausgleich zu schaffen und zu helfen, dass Zusammenhalt in der Gesellschaft organisiert wird.

Ich sage euch, liebe Freundinnen und Freunde: Die Menschen in Deutschland wollen, wenn man ihnen erklärt, was diese Programme real bedeuten, das nicht. Das macht meinen Optimismus aus, dass sie solchem Tun am 22. September eine klare Absage erteilen werden.

(Beifall)

Wir werden den Menschen sagen: Wir wollen keinen Staat, der den Menschen vor der Nase ist, sondern einen, der an ihrer Seite ist; wir wollen einen Staat, der sich nicht aus der Verantwortung stiehlt; wir wollen vielmehr einen Staat, der für die Bürgerinnen und Bürger, zumal für die Schwachen da ist. Wir werden ihnen sagen: Nicht zuletzt darum geht es am 22. September. Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, dass dies ein Programm ist, das auch auf diejenige Wirkung zeigen wird, die noch abseits stehen.

Gelegentlich traut man ja den eigenen Augen nicht, wenn man liest, was von der anderen Seite des politischen Spektrums – ich meine jetzt die Gelben – so angeboten wird. Manchmal habe ich den Eindruck, dass ihr Menschenbild das Menschenbild des geklonten Marktteilnehmers ist. Selbst die Besserverdienenden - das haben wir der Mitte in Deutschland klar zu machen -, die glauben, sie kriegen es schon alleine hin, müssen vor deren Programmen Angst haben; denn eine Gesellschaft, die nur einen bestimmten Teil dieser Gesellschaft eine Chance bietet, ist kein lebenswerter Ort, auch nicht für diejenigen, denen es sozial besser geht.

(Beifall)

Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass Menschen nur daran gemessen werden, was sie leisten, welche Noten sie nach Hause bringen und welches Einkommen sie haben. Wir sind die Vertreter einer sozialen Marktwirtschaft, weil wir zum Markt als intelligentem Steuerungsmittel der Wirtschaft Ja sagen. Aber wir sagen Nein zu einer unmenschlichen Marktgesellschaft, die in jede Pore des Alltags der Menschen dringen will, in der nicht mehr Individualität, sondern allein der ökonomische Nutzen zähle. Das ist nicht unsere Vorstellung von gesellschaftlichem Zusammenleben.

Wir müssen uns einem Prozess der Entpolitisierung des Politischen entgegenstellen. Wie gefährlich diese Form der Entpolitisierung ist, wissen auch die Leute in der Freien Demokratischen Partei, jedenfalls einige von ihnen. Aber sie wollen davon ablenken. Deswegen machen sie einen Wahlkampf mit beschriebenen Schuhsohlen und sonstigem Klamauk. Wer in Deutschland zulässt, dass Wahlkämpfe auf so etwas reduziert werden, der macht den politischen Prozess und das Politische vollends lächerlich und der wird sich wundern, was das für Folgen für die Rattenfänger von allen Seiten hat.

(Beifall)

Deshalb an diese Partei von hier aus die gut gemeinte Aufforderung: Ihr habt euch zu entscheiden zwischen euren guten Traditionen, die mit Namen wie Karl-Hermann Flach, Walter Scheel und auch Hans-Dietrich Genscher verbunden sind, also mit den wahren Freidemokraten, oder dem Kurs des Fallschirmakrobaten.

Eines will ich hier klarstellen, liebe Freundinnen und Freunde: Ohne eine solche klare Entscheidung ist die FDP nicht regierungsfähig, für uns nicht, aber auch für niemanden – so hoffe ich – in diesem Lande.

(Beifall)

Die vergangenen vier Jahre – jeder hätte es sich anders gewünscht – waren auch eine Zeit gewaltiger außenpolitischer Erschütterungen, ob auf dem Balkan oder nach dem 11. September. Wir waren gefordert, gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und in

den Vereinigten Staaten Verantwortung zu übernehmen. Liebe Freundinnen und Freunde, so schwer es jedem einzelnen von uns auch gefallen ist – es war für jeden von uns nicht leicht -: Wir durften uns vor dieser Verantwortung nicht drücken.

(Beifall)

Wir hätten unserem Land nicht geholfen, sondern wir hätten ihm geschadet, weil wir es isoliert hätten, und wir wären damit dem Eid, den wir geleistet haben, nicht gerecht geworden.

Ich weiß, manchen in unserer Partei ist es nicht leicht gefallen, militärisch an Frieden schaffenden Maßnahmen und am Kampf gegen den Terrorismus beteiligt zu sein. Aber wir waren es unseren Partnern und der Sicherheit der Menschen im eigenen Land schuldig, unseren internationalen Pflichten nachzukommen. Die Entschuldigung, wir seien ein geteiltes Land und hätten deswegen ein Recht auf einen Sonderweg, gibt es Gott sei Dank nicht mehr. Wir sind also nicht nur in der Lage, Solidarität empfangen zu wollen, sondern auch in der Lage, Solidarität gewähren zu müssen, wenn wir als selbstbewusste und freie Partner in der Gemeinschaft der freien Völker agieren.

Es war Zeit, das offen auszusprechen und den Menschen klar zu machen, dass damit ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte unwiederbringlich vorbei ist. Wir haben das getan. Ich sage es noch einmal: Vielen ist es schwer gefallen und fällt es heute noch schwer. Aber es war notwendig.

(Beifall)

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, mir ist wichtig, dass insbesondere ihr - und die Mitglieder in den Ortsvereinen und in den Unterbezirken -, wo immer ihr arbeitet und euch für unsere Politik einsetzt, auch die andere Seite seht und mit Stolz auch unters Volk bringt: Wir sind nämlich nicht irgendeinem Hurra-Patriotismus verfallen. Wir haben Deutschland zu einer Friedensmacht, zu einem gleichberechtigten Friedenspartner entwickelt. Dabei war uns immer klar: Ohne Vereinte Nationen gibt es keine internationale Friedenspolitik. Deshalb setzen wir uns immer – wir werden das auch weiterhin tun – für die Stärkung der Vereinten Nationen ein.

(Beifall)

Das ist eine entscheidende Kontinuität in der deutschen Außenpolitik. Deswegen nehme ich für uns in Anspruch, dass wir in den besten Traditionen von Willy Brandt und Helmut Schmidt Deutschland wieder zu einem guten Nachbarn und zu einem verlässlichen Partner gemacht haben.

(Beifall)

Hinzu kommt, liebe Freundinnen und Freunde: Wir haben – ob im Kosovo, in Mazedonien oder Afghanistan – immer für politische Konfliktlösungen gearbeitet und uns dafür eingesetzt.

Gestattet mir, von einem Erlebnis zu berichten, das mich sehr berührt hat. Ich war vor

noch nicht langer Zeit in Kabul, einer Stadt, die vollständig zerstört ist und in der die Menschen nur schwer Perspektiven finden, bei den Soldaten der Bundeswehr. Ich habe mit vielen, mit Offiziellen und anderen, gesprochen und herausgefunden, dass deutsche und andere Soldaten, weit weg von der Heimat, die Einzigen sind, die dem Land ein Stück Sicherheit geben und damit eine Perspektive. Nachdem ich die Soldaten besucht hatte, war ich an einer Mädchenschule, die von uns aufgebaut und finanziert wird. In dieser Schule durften Mädchen die letzten 13 Jahre nicht unterrichtet werden. Jetzt dürfen sie wieder unterrichtet werden. Ich habe da gesehen, wie dieser Zugang zur Bildung, also die Möglichkeit, zu lernen, Menschen Freude macht, ihnen Hoffnung gibt und Teil ihres Selbstbewusstseins ist. Die Zustände der letzten 13 Jahre hätten fortgedauert, wenn die Taliban nicht verjagt worden wären.

(Beifall)

Man muss das so sehen: Nur die Präsenz der internationalen Schutztruppe gibt den Menschen, Frauen wie Männern, Mädchen wie Jungen, dort die Chance auf eine Perspektive, die weit von den Möglichkeiten entfernt ist, die wir gewöhnt sind und auf deren Basis wir Leben gestalten. Nicht zuletzt seit diesem Besuch bin ich überzeugt davon, dass wir vor dem Hintergrund unseres Lebens und unserer Perspektiven die moralische Pflicht haben, anderen zu helfen.

(Beifall)

Wir haben, liebe Freundinnen und Freunde, in keiner Phase der Auseinandersetzung zugelassen, dass der Sicherheitsbegriff auf das Militärische reduziert wird. Wir wissen: Ließe man das zu, wäre die Auseinandersetzung um begrenzte Ressourcen sehr schnell entschieden, und zwar häufig nicht so, wie es uns richtig erscheint. Das ist der Grund, warum wir gesagt haben: Sicherheit schaffen heißt nicht zuletzt auch Entwicklungschancen geben. Deshalb haben wir, etwa im Rahmen der G 8 – viele werden sich noch an den Kölner Gipfel erinnern – die größte Entschuldungsinitiative der Neuzeit im Umfang von insgesamt 70 Milliarden Euro für die ärmsten Entwicklungsländer auf den Weg gebracht. Gerechtigkeit – mir ist wichtig, dass das insbesondere den Menschen in Deutschland deutlich wird – ist kein ausschließlich nationales Thema mehr und wird es in dieser Welt immer weniger sein.

(Beifall)

Wir wissen – danach handeln wir –, dass wir in unserer einen Welt nur dann sicher und gut leben können, wenn es weitere Erfolge im Kampf um globale Gerechtigkeit gibt.

(Beifall)

Heute werden Tag für Tag unfassbare Summen auf den internationalen Kapitalmärkten bewegt. Gleichzeitig lebt die Hälfte der Menschheit immer noch von weniger als 2 Euro am Tag. Fast ein Viertel der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Hunderte Millionen Kinder auf dieser Welt haben nicht die Spur einer Chance, jemals eine Schule zu besuchen, wenn alles so bleibt, wie es ist. Genau da setzt unsere Entwicklungspolitik an.

Ich denke, liebe Freundinnen und Freunde, dass deutlich wird, dass wir auch in

Entwicklungszusammenarbeit für eine sichere und friedlichere Welt investieren und dass wir auch in unserer praktischen Politik in den letzten vier Jahren das Vermächtnis von Willy Brandt bewahrt haben und es bei uns gut aufgehoben war. Diese internationale Zusammenarbeit wird es so nur mit uns in Deutschland geben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir haben die internationale Zusammenarbeit nicht nur in den unmittelbaren Sicherheitsbereichen verstärkt, sondern auch in Bezug auf globalen Klimaschutz, fairen Welthandel und globale Gerechtigkeit. Wir waren es – das werden wir auch weiterhin tun, liebe Freundinnen und Freunde –, die in Europa unbeirrt dafür streiten, dass unsere Märkte auch und gerade für Agrarprodukte aus der Dritten Welt weiter als bisher geöffnet werden, gleichgültig, wer dagegen steht.

(Beifall)

Das zeigt, dass wir ungeachtet manch einer Kritik aus der Gesellschaft heraus Globalisierung eben nicht als Naturgewalt hinnehmen, der man hilflos ausgeliefert ist, weil Politik im nationalen Maßstab nichts mehr ausrichten könne. Wir haben vielmehr mit der politischen Gestaltung der Globalisierung begonnen. Das ist ein langer und schwieriger Weg, auf den man zunächst viele unwillige Partner mitnehmen muss. Wir sind aber inzwischen bei der Lösung internationaler Konflikte ein geschätzter und auch geachteter Partner geworden, übrigens auch dank der ausgezeichneten Arbeit des Bundesaußenminister, der das nach meinem Dafürhalten nach dem 22. September bleiben soll, weil er gute Arbeit macht, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es macht mir ausgesprochen Freude, von dieser Stelle Joschka Fischer zu seiner Ehrendoktorwürde, die ihm gerade in der jetzigen Situation die Universität Haifa verliehen hat, zu gratulieren.

(Beifall)

Das ist ein gutes Stück Anerkennung für eine Arbeit in dieser so schwierigen wie konfliktreichen Region, die mit Sensibilität, mit einem hohen Maß an Kenntnissen, aber auch ohne Überheblichkeit und mit der gebotenen Zurückhaltung gemacht worden ist. Vor dem Hintergrund dieser Leistung muss man sagen, dass es ausgesprochen schädlich für unser Land wäre, wenn man diese Außenpolitik den Amateuren in FDP und CDU überantworten würde.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, nicht nur durch unsere Außenpolitik haben wir dafür gesorgt, dass Deutschland international mehr geachtet und auch sicherer wurde, sondern auch und gerade durch unsere eigene Politik der inneren Sicherheit. Ich bin froh darüber, dass die Zahl der Gewalt- und Schwerverbrechen rückläufig ist. Terrorismus und organisiertes Verbrechen, aber auch der immer noch nicht überwundene Rechtsextremismus werden von uns mit Entschiedenheit verfolgt. Wir haben Schluss

gemacht – das muss so bleiben – mit der unsinnigen Alternative Sicherheit oder Bürgerrechte. Für uns ist die Sicherheit der Menschen eines der obersten Bürgerrechte, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Persönliche Sicherheit, wäre sie nicht vom Staat garantiert, garantiert durch das Gewaltmonopol des Staates, würde sie ins Wanken gebracht, könnten sich nur ganz Reiche kaufen. Die kleinen Leute können das nicht; deren Sicherheit muss und wird der Staat garantieren. Das ist unsere Aufgabe. Der sind wir nachgekommen, der werden wir auch weiterhin nachkommen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum wir selbstbewusst sagen können: Wir garantieren diese Sicherheit. Aber weil wir das tun, lassen wir auch nicht zu, dass Rechtsstaatlichkeit in Gefahr gebracht wird. Das ist unsere Sache nicht.

Im Gegenteil: Wir haben in vielen Bereichen vorhandene Rechtsstaatlichkeit modernisiert, ausgebaut, in einigen überhaupt erst eingeführt. Zum Beispiel haben wir mit dem Gesetz über gleichgeschlechtliche Partnerschaften Diskriminierung beendet, wichtige Aufgaben gelöst, wie ich finde, und das wird bleiben.

(Beifall)

Wir haben – und die Hessen unter uns wissen, welche Mühen und welche Schwierigkeiten das mit sich gebracht hat – ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht geschaffen, eines, das dem Gedanken der Aufklärung erst wirklich folgt, liebe Freundinnen und Freunde. Niemand außer uns hätte diese Aufgabe angepackt.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir werden heute ein Regierungsprogramm beschließen, ein Programm, das klar aufzeigt, wie wir unser Land in den nächsten Jahren führen werden. Dieses Programm hat klare Prinzipien:

Erstens. Wir wollen ein wirtschaftlich leistungsstarkes, ein wettbewerbsfähiges Deutschland. Wir treiben den Aufbau Ost weiter voran. Wir fördern Forschung und Wissenschaft in den neuen Ländern besonders. Wir bauen die Infrastruktur im Osten weiter aus. Wir schaffen damit die Grundlagen für zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Das machen wir und das können wir nur machen, wenn in der Finanzpolitik jene Mischung aus Solidität und Investitionsbereitschaft auch weiterhin das Kennzeichen deutscher Finanz- und Wirtschaftspolitik bleibt und nicht der Abbruch, den die andere Seite vorhat.

(Beifall)

Wir finden uns mit Arbeitslosigkeit nicht ab. Wir wollen Beschäftigung für alle. Und zwar dauerhafte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Deshalb wird es eine grundlegende Reform der Arbeitsverwaltung geben. Und deswegen wird „fördern und fordern“ das Prinzip sein, nach dem wir auf dem Arbeitsmarkt agieren. Die Stichworte sind: weniger Bürokratie, mehr Service und mehr Orientierung an den konkreten Bedürfnissen der Arbeitslosen auf der einen Seite und der Unternehmen auf der anderen Seite.

Was wir schaffen müssen und schaffen werden, ist, die offenen Stellen, die offen sind, die es gibt – eine Million und mehr sagen uns die Arbeitgeber -, zu den Arbeitslosen zu bringen bzw. die Arbeitslosen in diese Stellen zu bringen.

Das heißt aber auch, liebe Freundinnen und Freunde, und das ist mein Appell an die deutsche Wirtschaft: Dann müsst ihr der Arbeitsverwaltung auch sagen, welche Stellen es gibt und wo sie zu besetzen sind!

(Beifall)

Mit der Reform, die von der Kommission, die Peter Hartz leitet, entworfen wird, bringen wir Bewegung in den Arbeitsmarkt, setzen wir das Prinzip der Vermittlung in das Zentrum der Tätigkeit der Arbeitsverwaltung.

Aber eines muss genauso klar sein, liebe Freundinnen und Freunde: Das, was uns gelegentlich anempfohlen wird, nämlich Arbeitsgesellschaften zu kopieren, in deren Mittelpunkt das Prinzip „hire and fire“ steht, wird es mit deutschen Sozialdemokraten nicht geben.

(Beifall)

Es gibt mit uns keinen Abbau grundlegender Arbeitnehmerrechte, der Mitbestimmung nicht, der Tarifautonomie nicht, des Kündigungsschutzes nicht, auch nicht den Abbau des gerade eingeführten Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit.

(Beifall)

Dies wird es deshalb mit uns nicht geben, weil wir der festen Überzeugung sind – und diese stützen wir auf Erfahrung, liebe Freundinnen und Freunde -, dass selbstbewusste Arbeitnehmer mit eigenen Rechten, mit der Fähigkeit zum Mitentscheiden, eine Kraft in unserer Volkswirtschaft sind und nicht eine Schwäche, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Zweitens. Klar muss werden: Wir stehen für Erneuerung, weil in einer sich dramatisch verändernden Welt Stillstand automatisch Rückschritt ist. Deswegen heißt es: Erneuerung und Zusammenhalt. Wir werden uns den Willen und die Fähigkeit zu dieser Erneuerung nicht abnehmen lassen, weil wir es sind, die diesen Erneuerungsnotwendigkeiten ein menschliches Gesicht geben können, im Prozess der Veränderung für soziale Sicherheit sorgen können und werden.

(Beifall)

Wir werden deutlich machen, dass wir die Modernisierung unseres Landes wollen, damit Sicherheit und Zusammenhalt und gesellschaftliche Solidarität unter völlig veränderten Bedingungen auch in Zukunft die Richtschnur unserer gesellschaftlichen Organisation bleiben können.

(Beifall)

Wir alle – jedenfalls die meisten von euch – kennen den Satz von Willy Brandt: „Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen.“ In der Tat: Dieser Satz gilt nach wie vor. So sehen wir auch heute unseren Auftrag als Sozialdemokraten: erneuern und verändern, weil es sonst keine Gerechtigkeit gibt, und für Gerechtigkeit sorgen, weil sonst jede Modernisierung scheitern muss, und zwar an den Menschen scheitern muss, die auf dem Weg in die Veränderungsprozesse nicht mitgenommen werden.

(Beifall)

Drittens. Wir sind es, die wissen und sich auf die Fahnen geschrieben haben, Politik kann heute nur gut und richtig sein, wenn sie auch gut und richtig für morgen und übermorgen ist. Deshalb: Ohne das Prinzip der Nachhaltigkeit, nicht nur angewendet auf den ökologischen Bereich, sondern in allen Politikbereichen, nicht zuletzt in der Finanzpolitik, gibt es keine Sicherheit und erst recht keine Zukunft, liebe Freundinnen und Freunde!

Viertens. Wir stehen für ein tolerantes und freiheitliches Land. Liebe Freundinnen und Freunde, ich sage es noch einmal in allem Ernst angesichts der bedenklichen, der gefährlichen Prozesse, die wir in den letzten Monaten in Europa haben erleben müssen, angesichts der gekennzeichneten Debatte in unserem Land: Wer die demokratische politische Kultur in Deutschland bewahren, festigen und ausbauen will, der muss die deutsche Sozialdemokratie stark machen, liebe Freundinnen und Freunde!

(Lebhafter Beifall)

Deutschland – das ist mehr, das ist uns wichtig – steht nicht nur für den Zuwachs an Bruttosozialprodukt, steht nicht nur für mehr soziale Sicherheit, für mehr Sicherheit nach innen und nach außen. Deutschland, unser Deutschland, das Deutschland, das die Sozialdemokraten mit geformt haben, das sie wollen, war und ist immer auch mehr. Zu uns gehört unsere kulturelle Identität, der große Beitrag unserer Künstler in Literatur und Theater, im Film und in der bildenden Kunst. Wir wissen: Alle diese Menschen lassen Deutschlands Namen glänzen. Wir wissen auch: Gerade diese Menschen brauchen Liberalität, um ihre Kreativität ausleben zu können. Ihnen gehört unsere Zuneigung und Bewunderung für das, was sie mit ihrer Arbeit der Nation schenken. Nicht zuletzt deshalb können sie auf uns zählen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Fünftens. Wir schützen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und vor Gefahr. Wir schützen die Bürgerrechte und wir treten für die Menschenrechte derer ein, die bei uns Schutz suchen, ganz so, wie es sich für einen demokratischen Staat gehört, auch einen mit internationalen humanitären Verpflichtungen. Wir erkennen die Realitäten an: bei der Zuwanderung oder auch bei der Staatsbürgerschaft. Das ist für uns auch

Auftrag von Humanität und Rechtsstaatlichkeit, aber auch Auftrag, die Chancen unseres Landes zu nutzen.

Wir wollen, dass dieses Land internationaler ist. Wir wollen ein Zuwanderungsrecht, das es uns erlaubt, eine sinnvolle Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung zu machen, ohne unsere humanitären Verpflichtungen zu vernachlässigen, liebe Freundinnen und Freunde. Ein solches Gesetz haben wir durch die Institutionen gebracht. Auch darauf sind wir stolz.

(Beifall)

Sechstens. Wir machen eine Politik für ein Deutschland, das sich seiner internationalen Verantwortung stellt. Unsere Verantwortung für Frieden und für Gerechtigkeit ist auch international gewachsen. Dieser Verantwortung stellen wir uns mit Augenmaß, auch mit Selbstbewusstsein. Mit uns wird es keine Abenteuer geben, aber auch kein Herausreden aus unseren internationalen Pflichten und aus unseren internationalen Rechten. Ich denke, liebe Freundinnen und Freunde, es ist deutlich geworden: Wir haben in den letzten Jahren Verantwortung übernommen und wir haben Führung übernommen. Wir haben unsere Pflichten wahrgenommen und deshalb auch unsere Rechte durchsetzen können. Wir sind nicht mehr das Land, dessen Scheckbuch zwar gefragt wird, aber dessen Meinung gleichgültig ist. Das haben wir erreicht, liebe Freundinnen und Freunde. Auch das lassen wir nicht zurückdrehen am 22. September dieses Jahres.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich haben wir in vier Jahren noch nicht alles geschafft. Aber wir haben vieles auf den Weg gebracht, und zwar auf den richtigen Weg.

(Beifall)

Wir lassen uns von den großen Vereinfachern nicht vor die falsche Alternative stellen, als ob es um Modernisierung oder Gerechtigkeit ginge. Diejenigen, die heute behaupten, die Probleme würden gelöst, wenn wir einfach alles, auf das die Öffentlichkeit ein Recht hat, privatisieren, sind nicht modern. Die wollen zurück in einen reaktionären Ständestaat, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Diejenigen, die heute behaupten, man dürfe den Sozialstaat zertrümmern, die – das müssen wir den Menschen in Deutschland sagen – sind nicht modern, die sind vordemokratisch.

(Beifall)

Aber – ich bitte jetzt auch zu klatschen – auch diejenigen, liebe Genossinnen und Genossen, die Modernisierung nur als Gerede abtun, verteidigen in Wahrheit nicht den Sozialstaat, sondern setzen ihn, wenn auch ungewollt, aufs Spiel.

(Beifall)

Wenn es den anderen gelänge, uns dazu zu bewegen, zwischen Modernisierung und Gerechtigkeit entscheiden zu sollen, dann hätten wir schon verloren, und zwar nicht nur als Partei, auch als Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen war unsere Politik von Anfang an langfristig angelegt. Viele unserer Entscheidungen werden erst sehr viel später Wirkungen entfalten. Viele unserer Entscheidungen werden später zum Tragen kommen. Für viele der Maßnahmen haben wir überhaupt erst die Voraussetzungen geschaffen. Trotzdem: Ein Teil des Weges ist geschafft. Aber wenn wir den Weg in eine gute Zukunft weitergehen wollen, dann brauchen wir das Mandat für die Fortsetzung unserer Politik, und zwar am 22. September.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich denke, es ist in den letzten guten vier Jahren deutlich geworden: Wir haben die Kraft zur Veränderung und wir sind die Kraft der Veränderung.

(Beifall)

Wir erneuern Deutschland und stärken den Zusammenhalt der Menschen. Wir werben um jeden, der diesen Weg mit uns gehen will, weil wir wissen, dass dieser Weg für unser Land gut ist, und weil wir von unserer Sache überzeugt sind. Unser Weg, das ist der Weg von Erneuerung und Zusammenarbeit. Unser Weg, das ist der Weg von Aufbau Ost und innerer Einheit. Unser Weg, das ist der Weg von sozialer Sicherheit und Chancen für alle. Unser Weg, das ist der Weg von Toleranz und von Weltoffenheit. Wer auf halbem Weg Halt macht, liebe Freundinnen und Freunde, der kann nur verlieren. Ich bin sicher: Das wissen die Menschen.

(Beifall)

Deshalb wollen wir gewinnen und wir werden gewinnen. Dafür werde ich kämpfen. Aber klar ist: Gewinnen können wir nur zusammen, liebe Freundinnen und Freunde. Die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern haben gezeigt: Wer meint, es ginge um nichts, wer nicht rechtzeitig gegen die Gefahr des Rückschritts, gegen die Programme der Intoleranz und der Ungerechtigkeit kämpft, für den kann es nach der Wahl ein böses Erwachen geben. Wir wissen das, ihr wisst das. Aber sagt das auch den anderen, die heute nicht bei uns sind oder die noch nicht bei uns sind. Wahlen gewinnt man nicht von alleine. Wahlen gewinnt man durch Kampf. Für diesen Kampf, liebe Freundinnen und Freunde – da wende ich mich über die Delegierten an die Parteimitglieder, an die Sympathisanten unserer Partei –, werdet ihr alle gebraucht, Tag für Tag, jeder an seinem Platz.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, lasst euch nicht bange machen. Manche wollen uns schon abschreiben oder kleinreden, betrachten diesen Staat wieder als ihre Beute und verteilen bereits die Posten. Das hätten sie gerne; sie haben sich zu früh gefreut. Es kommt nämlich nicht darauf an, wer zuerst losläuft, sondern wer als Erster ins Ziel kommt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bin ganz sicher: Wir werden als Erste ins Ziel kommen.

Nun, liebe Genossinnen und Genossen, geht zu den Menschen und sagt ihnen selbstbewusst und frei heraus: Der Mut wächst.

Vielen Dank.

(Langanhaltender und lebhafter Beifall – Zurufe: Jetzt geht's los!)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, vielen herzlichen Dank für die überwältigende Zustimmung zu dem, was uns Gerhard Schröder gesagt hat.

(Beifall)

Lieber Gerhard, du hast uns aufgerufen, Mut zu haben. Ich denke, der Parteitag beweist, dass wir Mut haben.

(Beifall)

Ich danke Dir für Deine klare und herzliche Rede. Diese Rede hat Deutschland Hoffnung gemacht, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Dir an der Spitze dieses Land weiterführen. Herzlichen Dank für Deine Rede.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist mir eine große Freude, unter uns einige Gäste willkommen zu heißen. Ich freue mich darüber, den Ministerpräsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz, herzlich willkommen zu heißen.

(Beifall)

Mit ihm begrüße ich die frühere Kommissarin der Europäischen Union, Dr. Monika Wulff-Matthies. Herzlich willkommen, liebe Monika.

(Beifall)

Gerhard Schröder hat in seiner Rede deutlich gemacht, dass es gut ist, dass wir Repräsentanten der deutschen Kultur unter uns haben. Ich nenne stellvertretend Edo Zanki, Klaus Staeck und Hans-Christoph Buch. Herzlich willkommen in unserer Mitte.

(Beifall)

Es ist schön, dass Friedrich Schorlemmer unter uns ist. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, wir kommen jetzt zur

Aussprache. Seid ihr damit einverstanden, dass wir die Aussprache zugleich als Grundsatzaussprache zum Programmteil werten? – Ich sehe keinen Widerspruch. Seid ihr ferner damit einverstanden, dass wir diesen Teil der Aussprache – es folgt dann der Bericht der Antragskommission und die Programmberatung – auf eine Zeit bis 14.15 Uhr begrenzen? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Als Erster hat Olaf Scholz das Wort. Ihm folgt Andrea Nahles.

Aussprache

Olaf Scholz, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Gerhard Schröder hat gesagt, wir werden im September die Wahl gewinnen. Ich glaube, nach dieser Rede und nach diesem Beifall hat jeder gesehen, dass es auch klappen wird.

Es gibt noch andere Dinge, über die man reden muss und die dazu beitragen werden, dass wir die Wahl gewinnen werden. Schön wäre es, wenn alle Menschen die Wahlprogramme der anderen Parteien lesen würden. Dann würden sie nämlich herausfinden, dass sie das nicht haben wollen, was unsere Wettbewerber haben wollen.

Nun ist es aber so – das ist ein Trick -, dass man vor dem eigentlichen Wahlprogramm Seiten voller Langeweile lesen muss. In den betreffenden Wahlprogrammen befinden sich jedoch eine ganze Reihe von Punkten, die angesprochen werden müssen. Ich bin dafür, dass wir diese Punkte den Menschen sagen.

Ein Thema, über das in unserem Lande diskutiert wird, ist der Kündigungsschutz. Das ist keine Kleinigkeit. Wenn man nämlich unsere Wirtschaftsordnung beschreiben müsste, dann würden viele zu Recht sagen: Unsere Wirtschaft ist Marktwirtschaft plus Kündigungsschutz. Es ist deshalb nicht ganz unwichtig, wie die Parteien mit dieser Sache umgehen wollen.

Der Kündigungsschutz ist in unserem Lande gewachsen. 1950 haben Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gemeinsam in Hattenheim unser heutiges Kündigungsschutzgesetz entworfen, das kurz darauf im Deutschen Bundestag beschlossen wurde.

Aber heute wird das alles infrage gestellt. Wer die Wahlprogramme von CDU, CSU und FDP liest, weiß, dass nichts mehr bleiben wird, wie es heute ist, wenn sie Verantwortung bekommen können.

Ich will das mit einer Übersetzungshilfe versehen. Die Übersetzungshilfe lautet, dass heutzutage keiner mehr sagt: Ich will den Kündigungsschutz abschaffen. Bei der FDP wird er „gelockert“. Bei der CDU/CSU wird er „transparenter“ gemacht, was auch immer das sein soll. Tatsächlich kann man sehr wohl feststellen, worum es gehen wird. Im Programm der FDP, bei den Arbeitgeberverbänden, aber auch bei Herrn Merz ist alles gesagt: Kündigungsschutz soll in unserem Lande erst in Betrieben mit 20 Beschäftigten beginnen und er soll an vielen, vielen anderen Stellen durchlöchert werden. Das heißt lockerer, das heißt transparenter werden. Ich bin sicher, die Menschen in unserem Land wollen das nicht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen zweiten Teil, der in diesem Programm zu lesen ist und der zu besprechen sich lohnt. Es wird über Flexibilität gesprochen. In der Tat, wir brauchen Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und dazu hat diese Regierung manches entschieden. Es gibt zum Beispiel einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit. Das hat es in Deutschland bisher nicht gegeben. Wer weiß, wie verzweifelt Arbeitnehmer versucht haben, das für sich durchzusetzen, der weiß auch, was für ein großer Fortschritt das in unserem Lande ist. Wir haben dafür gesorgt, dass mit Regelungen zu befristeter Beschäftigung und Leiharbeit das Notwendige geschaffen worden ist, das wir neben dem Kündigungsschutz brauchen.

Was wollen diejenigen, die jetzt gewissermaßen mit uns konkurrieren, erreichen? Abschaffung des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit, das ist eine familienfeindliche Idee von Herrn Stoiber. Das muss jedem gesagt werden.

(Beifall)

Sie wollen, dass Leiharbeit in einem Unternehmen für drei Jahre möglich sein soll. Solche Dinge werden geplant, und sie würden alle Wirklichkeit, wenn die anderen Verantwortung bekämen.

Ein Letztes: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben eine große Steuerreform gemacht. Weil wir sie seriös und ordentlich gemacht haben, ist sie nicht in einem Rutsch passiert, sondern es gibt verschiedene einzelne Schritte, mit denen diese Steuerreform umgesetzt werden soll. Der nächste Schritt ist Anfang des Jahres 2003, der übernächste 2005. So kann sich in die Programme unserer Wettbewerber eine kleine Unwahrheit einschleichen. Sie fordern die Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 15 Prozent. Das steht aber schon in den Gesetzen. Das ist längst so. Dazu bräuchte keine Bundestagswahl mehr stattfinden. Was sie uns damit aber verbergen wollen, ist, dass ihre Steuerreform in Wahrheit nur denjenigen nutzen soll, denen ein Spitzensteuersatz von 42 Prozent noch immer nicht wenig genug ist. Das sind aber nicht so viele Wählerinnen und Wähler, das müssen wir auch sagen.

Schönen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat jetzt Andrea Nahles. Ihr folgt Harald Schartau.

Andrea Nahles, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD hält sich seit 139 Jahren zugute, dass sie eine streitbare Partei ist. Wenn es um die Sache geht, dann schenken wir uns nichts. Aber manchmal ist es auch ganz einfach: Manchmal muss man kämpfen, so wie es uns Gerhard Schröder heute vorgemacht hat, kämpfen für die eigene Mehrheit. Deswegen sage ich ganz klar: Bei all der Kritik, die es immer gegeben hat, streite ich mich lieber mit Hans Eichel, mit Otto Schily oder mit Gerhard Schröder in der Sache um einzelne Fragen, als dass ich mich in den nächsten Jahren schwarz und gelb über die anderen ärgere.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist die Linie. Wenn wir einen Richtungswahlkampf wollen – das haben viele gefordert -, dann müssen wir ihn jetzt aber auch führen. Der Gegner, Genossinnen und Genossen, steht rechts. Stoiber will Kopfgeld für Kinder statt Chancen für Beruf und Familie für junge Frauen. Stoiber will für Junge gar nichts. Gar nichts gibt es an Perspektiven für Junge. Wir haben bereits für 490 000 Jugendliche mit dem JUMP-Programm Perspektiven geschaffen. Wir bleiben dabei nicht stehen. Wir sagen: Jobgarantie für alle Schulabgänger. Wir sagen: Beschäftigungsbrücke in Ostdeutschland. Das sind klare Perspektiven.

Stoiber will im Osten den Wildwest in der Tarifpolitik. Da kann ich nur sagen: Wir wollen gleiche Chancen, wir wollen gleiche Löhne in Ostdeutschland. Das sind unsere Alternativen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber ich sage auch, dass es ohne die SPD in Deutschland, was die Frage der internationalen Gerechtigkeit angeht, nicht weitergeht. Hier werden von einer Handvoll von Rating-Agenturen und anonymen Fondsverwaltern ganze Länder in den Bankrott getrieben, wie es jetzt in Argentinien der Fall ist. Deswegen brauchen wir die Eindämmung von Spekulationsgewinnen. Ich sage auch – auch wenn das hier noch keine Mehrheit gefunden hat -: Wir brauchen so etwas wie die Tobin-Tax.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage auch, bezogen auf unsere eigenen Interessen: Es ist ein wahres Wort von Gerhard Schröder: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Richtig! Das muss aber auch in unserer Haushalts- und Finanzpolitik gelten. Wir können nämlich nicht gleichzeitig beim Sparen aufs Gaspedal treten und, wenn es um die Einnahmenseite geht, auf die Bremse latschen. Wir brauchen auch da einen guten Ausgleich. Es müssen auch die großen Vermögen und die Erbschaften herangezogen werden, um Kindergärten, Schulen und Universitäten in Deutschland zu finanzieren.

(Vereinzelt Beifall)

Nur mit der SPD gibt es für diese Positionen Mehrheiten. Deswegen lasst mich als Letztes sagen: Ich habe mit 18 Jahren einen SPD-Ortsverein in einem Dorf gegründet, in dem wir 18 Prozent für die SPD hatten. Als ich mit 28 Jahren in den Bundestag gewählt wurde, da hatten wir in dem Ort für die SPD 51 Prozent. Das ist die richtige Richtung. Ich gebe zu: Es wohnen nur 500 Leute dort. Aber wenn wir das in anderen Gemeinden schaffen, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Andrea. Ich bitte Harald Schartau zu uns. Nach ihm kommt Christoph Matschie.

Ich möchte vorher darauf hinweisen, dass sich die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und

Zählkommission jetzt treffen. Sie möchten sich bitte rechts neben der Bühne vor dem Präsidium einfinden. Bitte, kommt nach vorne.

Harald, du hast das Wort.

Harald Schartau, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Stoiber und seine Vasallen haben gesagt, sie wollten die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gewinnen. Ich kann ihnen für die SPD in Nordrhein-Westfalen sagen, sie können kommen; wir nehmen den Fedehandschuh auf. Wir werden die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gewinnen und für Gerhard Schröder die entsprechenden Mehrheiten holen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Menschen haben nicht vergessen, welche Regierung 1998 abgewählt worden ist: eine Regierung, bei der das Maß der Dinge abhanden gekommen war, bei der nicht mehr der Mensch im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, sondern einzig und allein die Arbeitnehmer auf dem Altar der Republik geopfert und für alle möglichen ungelösten Probleme benutzt wurden. Diese Politik ist abgewählt worden.

Liebe Genossinnen und Genossen, dass wir das Soziale in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen stellen, gehört von Anfang an zur Sozialdemokratischen Partei. Wir haben klar gemacht, dass die Sicherheit von sozialen Rechten ein Wert ist, der nicht auf dem Altar ökonomischer Verwertbarkeit geopfert werden darf. Wir haben klar gemacht, dass die Prinzipien des wirtschaftlichen Erfolges darin bestehen, dass in den Betrieben des Landes ein Interessenausgleich auf Augenhöhe gesucht wird und durch Mitbestimmung dazu beigetragen wird, dass Arbeitnehmerinteressen auch bei schwierigen unternehmensinternen Entscheidungen entsprechend berücksichtigt werden. Wir als Sozialdemokratische Partei reden über das Soziale und über die Veränderungen, indem wir den Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten sind, aus diesem Schicksal wieder heraushelfen, indem wir Menschen, die von der Sozialhilfe leben müssen, aus dieser Situation wieder herausholen, und das, ohne dass mit dem staatlichen Knüppel gedroht wird. Wenn der Staat anfängt, bei Menschen, denen es schlecht geht, auch noch Muskelspiele zu betreiben, dann ist es mit der sozialen Gerechtigkeit nicht mehr weit her.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der heutige Tag ist das Signal für die, die noch zweifeln, ob das Pfeifen bei der SPD ein Pfeifen im Walde ist, dass endgültig geklärt ist: Das ist der Pfiff zum Angriff. Von heute an werden wir bundesweit die Aufgabe übernehmen, jeden von unserer Politik zu überzeugen und dafür zu sorgen, dass in Deutschland auch zukünftig mit dem Mittel der sozialen Gerechtigkeit Politik gestaltet wird. Dazu werden wir in Nordrhein-Westfalen unseren Beitrag leisten. Gerhard, du kannst dich darauf verlassen: Wir werden die Dinge zurechtbiegen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. – Das Wort hat Christoph Matschie. Ihm folgt Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Christoph Matschie, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wer – das sind viele – in den letzten Wochen im Land unterwegs war, der weiß, die Stimmung ist noch nicht überall mit uns, der weiß auch, es gibt immer noch ungelöste Probleme. Wer aber daraus den Schluss zieht, wir müssten vor allem die Stimmung thematisieren, wir müssten insbesondere über das Ungelöste reden, der, glaube ich, liegt falsch. Ich halte es da lieber mit Martin Luther, der in seiner drastischen Sprache einmal gesagt hat: „Aus einem traurigen Arsch kommt nie ein fröhlicher Furz.“

Genossinnen und Genossen, wir haben allen Grund, selbstbewusst in die Auseinandersetzung der nächsten Wochen und Monate zu gehen. Denn ich sage euch: Die anderen können es nicht besser.

Wir haben es trotz einer schwierigen weltwirtschaftlichen Lage geschafft, den Trend bei der Arbeitslosigkeit umzukehren. Am Ende der Regierungszeit von Kohl hatten wir 700 000 Arbeitslose mehr. Unter Gerhard Schröder haben wir eine halbe Million Arbeitslose weniger.

Ich höre sie da schon wieder über mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und davon reden, man müsse den Arbeitsmarkt entriegeln. Diese Sprüche kenne ich noch. 1996 haben CDU und CSU gemeinsam mit der FDP diese Sprüche vorgetragen. In einer Situation hoher Arbeitslosigkeit haben sie gesagt: Nur ein Abbau des Kündigungsschutzes kann uns helfen. – erinnert euch, Genossinnen und Genossen, was ist denn nach 1996 passiert? Zwei Jahre später hatten wir die höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland nach dem Krieg. Das ist die Wahrheit; das sind die Fakten. Sie können es nicht besser; sie haben es schlechter gemacht. Deshalb dürfen sie dieses Land nicht regieren.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich denke, spätestens heute mit der Rede von Gerhard Schröder ist klar, wie die Alternativen sind. Die Alternative ist entweder ein Schrumpfstaat, wie die ihn wollen, oder ein handlungsfähiger Sozialstaat. Die Alternative ist eine Kinder- und Küchenprämie, wie die sie wollen, oder eine moderne Familienpolitik, die für Wahlfreiheit sorgt und unterstützt, dass Familie und Beruf miteinander vereinbar sind. Entweder betreiben wir den Aufbau Ost auf einer soliden Grundlage weiter oder Stoiber wird mit seinen Vorstellungen dafür sorgen, dass Ostdeutschland abgehängt wird. Das dürfen wir nicht zulassen.

Ein anderer kluger Mensch hat einmal gesagt: Es reicht nicht, zur Sache zu reden; wir müssen zu den Menschen reden. – Wir haben in den letzten Wochen viel zur Sache gestritten. Wir werden auch heute noch über unser Programm diskutieren. Aber dann, Genossinnen und Genossen, lasst uns rausgehen, lasst uns zu den Menschen reden, lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass Gerhard Schröder Bundeskanzler bleibt!

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Wir danken dir herzlich. – Das Wort hat Heidemarie Wieczorek-Zeul. Ihr folgt Matthias Platzeck.

Heidmarie Wieczorek-Zeul, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! In Gerhard Schröders Rede ist deutlich geworden: Es geht am 22. September um eine Richtungsentscheidung, um die Richtungsentscheidung: Wird die Globalisierung quasi als Naturereignis hingenommen und damit alles diesem Prinzip untergeordnet oder wollen wir die globale Entwicklung gerecht gestalten?

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten erlebt, dass es in vielen europäischen Ländern Angst vor der Globalisierung gibt, die Sorge, die eigene Identität und den Boden unter den Füßen zu verlieren. Das treibt rechten, rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien Stimmen zu. Konservative Parteien versuchen, davon zu profitieren, oder lassen sich davon anstecken.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich ziehe daraus drei Schlussfolgerungen. Die erste ist: Guckt euch das Programm der CDU/CSU an! Die haben das Problem noch nicht einmal verstanden. Da gibt es die Frage der Gestaltung der Globalisierung überhaupt nicht. Wer das jedoch nicht verstanden hat, der kann es auch nicht. Die logische Schlussfolgerung ist dann, dass es einen Abbau des Sozialstaates gibt, dass dann der Arbeitsmarkt nach dem amerikanischen Muster „hire and fire“ gestaltet wird.

Liebe Genossinnen und Genossen! Sehr wichtig, das ist mein zweiter Punkt, ist das klare Profil und eine klare Positionierung der SPD, um Globalisierung gerecht gestalten zu können. Unsere Haltung ist es, den sozialen Rechtsstaat und damit den sozialen Zusammenhalt in unserem Land zu bewahren. Soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte sind keine Hindernisse für wirtschaftliche Entwicklung, sondern Voraussetzung für sozialen Frieden, für hohen Beschäftigungsstand und für wirtschaftliches Wachstum. Das ist unser Ansatz. Wir versuchen, soziale Gerechtigkeit global zu verankern und zu verhindern, dass mit Globalisierung weltweit Sozialdumping, Wettbewerb um die niedrigsten und schlechtesten Lebensbedingungen und Löhne einhergehen. Mit den anderen wird es im Zuge der Globalisierung zu einem Fahrstuhleffekt nach unten kommen, das heißt, wir müssten uns dann auf schlechtere Lebensbedingungen einstellen. Wir wollen einen Fahrstuhleffekt nach oben, also dass die Verhältnisse in der Welt gerechter gestaltet werden. Das ist die richtige Orientierung.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht, liebe Genossinnen und Genossen, auch unter einem weiteren Gesichtspunkt um eine Richtungsentscheidung: Wird zukünftig weltweit einseitig auf militärische Aktionen gesetzt oder werden politische Lösungen gesucht? Liebe Genossinnen und Genossen, die amerikanische Regierung stockt den Verteidigungshaushalt um 48 Milliarden US-Dollar auf. Das ist fast so viel, wie weltweit für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit insgesamt ausgegeben wird. Wir stehen für die nichtmilitärische Sicherheitspolitik, die Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen, dass die Mittel dieser Welt für die Bekämpfung der globalen Armut, für die Gestaltung der Globalisierung und für eine verantwortliche Friedenssicherung ausgegeben werden. Das sind unsere Perspektiven. Vor diesem Hintergrund muss eine Umschichtung der Gelder stattfinden.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere sozialdemokratische Erfahrung ist doch, dass

politische Lösungen die Welt verändern. Wandel durch Zusammenarbeit ist doch das Prinzip der sozialdemokratischen Ost- und Entspannungspolitik gewesen. Sie hat Mauer und Stacheldraht überwunden. Bringen wir dieses Prinzip der politischen Lösungen in die internationale Zusammenarbeit und benutzen wir nicht militärische Aktionen als Alternative zu Politikgestaltung.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen: Wer splittet oder nicht wählen geht, hilft den Rechten. Das haben wir besonders in Frankreich gesehen. Demonstrieren gegen Rechts ist gut; rechtzeitig Wählen zu gehen und richtig zu wählen ist die einzig logische Schlussfolgerung aus diesen Erfahrungen. Das werden die Menschen in unserem Land tun.

Ich danke euch.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Wir danken dir. Bevor ich Matthias Platzeck das Wort gebe, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission von mir aus gesehen rechts neben der Bühne zu ihrer Sitzung trifft.

Ich darf ferner noch Manfred Ragati herzlich in unserer Mitte willkommen heißen. Lieber Manfred, schön, dass du für die Arbeiterwohlfahrt bei uns bist. Jetzt hat der Matthias Platzeck das Wort. Ihm folgt der Peter Friedrich.

Matthias Platzeck, Parteivorstand: Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind vor vier Jahren mit dem Versprechen eines Politikwechsels angetreten. Daran wollen wir uns messen lassen. Ich denke, die Rede von Gerhard Schröder hat sehr deutlich gezeigt: Auf unsere Bilanz können wir stolz sein; unser Versprechen haben wir eingelöst.

Ich möchte meine Zeit nutzen, um zu zwei Problemen ein paar Sätze zu sagen: Arbeit für junge Menschen und Lohngefälle zwischen Ost und West. Wie wichtig und richtig für uns das JUMP-Programm bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit war, liegt auf der Hand. Allein in meinem Bundesland in Brandenburg hat es geholfen, über 7 000 benachteiligten Jugendlichen über entsprechende Maßnahmen wieder eine entsprechende Perspektive zu eröffnen. Weitere 6 000 Ausbildungsplätze konnten damit direkt gefördert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Nur durch dieses Programm ist es seit Jahren erstmals wieder gelungen, die rückläufige Tendenz bei Ausbildungsplätzen zu stoppen. Deshalb, Genossinnen und Genossen, ist das in Magdeburg auf dem Ost-Parteitag beschlossene und heute auch wieder vorliegende JUMP-plus-Programm so hilfreich und so unendlich notwendig. Denn nur durch dieses Programm schaffen wir uns den nötigen Handlungsspielraum und die notwendigen Ausbildungsplatzangebote. Nur dadurch können wir den jungen Menschen bei uns im Osten wirklich eine Perspektive in ihrer Heimat bieten. Die brauchen sie und wir brauchen im Osten die jungen Menschen mit ihren Ideen.

Liebe Genossinnen und Genossen, noch ein Weiteres zeigen JUMP und JUMP-plus sehr deutlich: Von diesen Programmen profitieren die Jugendlichen in Ost und West. Das heißt, sie gewinnen gemeinsam oder sie verlieren gemeinsam. Gewinnen können sie aber nur mit uns, mit den Sozialdemokraten. Ich bedanke mich für die Bemühungen um dieses JUMP-plus-Programm ganz besonders bei den Jungsozialisten, die sich von Anfang an dafür eingesetzt und dabei nicht nachgelassen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, Ziel unserer Politik ist es, die ökonomischen und die sozialen Lebensverhältnisse gerecht zu gestalten. Das bedeutet auch, dass dort, wo gute Arbeit geleistet wird, guter Lohn gezahlt wird. Deshalb bitte ich euch ganz ausdrücklich und herzlich: Unterstützt die Forderung nach einer Anpassung der Ostlöhne an das Westniveau. Diese Lohnanpassung ist sozial gerecht, weil nach zwölf Jahren ein Lohnabstand im zweistelligen Prozentbereich durch nichts mehr zu rechtfertigen ist, und sie ist gerecht, weil der Fortschritt bei der Arbeitsproduktivität eine solche Anpassung hergibt. Nicht zuletzt ist sie auch deshalb gerecht, weil die Angleichung schrittweise erfolgen soll.

Freundinnen und Freunde, diese Angleichung ist aber nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Die Ost-West-Lohnangleichung brauchen wir auch so schnell wie möglich, weil wir sonst Stück für Stück mehr ernste volkswirtschaftliche Probleme bekommen. Ohne eine klare Perspektive, wann Ost- und Westdeutsche gleichgestellt werden, werden die guten und flexiblen Arbeitnehmer noch stärker als jetzt den Osten verlassen und abwandern. Das Innovationspotenzial, das wir an Schulen, Universitäten und in den Betrieben mit viel Mühe aufgebaut haben, geht uns im Osten verloren. Das würde uns allen schaden. Denn damit würde dem Osten die wirtschaftliche Zukunftsperspektive geraubt.

Zusammengefasst: Die Lohnanpassung ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch volkswirtschaftlich vernünftig. Wenn sich diese Anpassung mit dem Namen SPD verbindet, wird das unser Schaden nicht sein.

Genossinnen und Genossen, vieles ist in den vergangenen vier Jahren passiert; wir haben Versprechen eingelöst. Manche sagen, das wollen die Menschen nicht mehr hören. Ich halte das für einen Irrtum. Wir alle müssen präsent haben, was in diesen vier Jahren in unserer Gesellschaft passiert ist, was wir geschafft haben und wie es weitergeht. Wir müssen optimistisch, selbstbewusst und durchaus auch fröhlich unter die Leute und in das Land gehen, um die Fragen der Menschen zu beantworten, ohne sie damit zu nerven. Ich schließe mich völlig Gerhard Schröder an: Es ist hochgradig erstaunlich, wie viel Lust, Energie und wie viele Einfälle die Schwarzen und die Gelben dabei haben, unseren Standort und unser Land überall auf der Welt schlecht zu reden. Ich frage mich manchmal, wo da die Vertreter der Kammern und anderer Institutionen sind. Sie müssten doch gerade jetzt aufschreien und sagen: Wer das Land schlecht macht, der schadet diesem Land und seinen Menschen. Wer kommt nämlich in ein Land, das von seinen eigenen Menschen runtergemacht wird? Wir sollten uns dieses nicht bieten lassen. Wir müssen da Gegenpole setzen. Ich denke, wir können das auch.

Wir sind eine Partei für das gesamte Volk. Das macht manches schwieriger, weil wir alle

erreichen wollen. Wir machen keine Reform und keine Modernisierung nur für Einzelne; wir wollen Fortschritt nach menschlichem Maß. Wir wollen im Interesse unserer gesamten Gesellschaft, dass die Menschen erleben und erkennen können: Politik und Wirtschaft werden um ihretwillen gemacht. Sie werden nicht an den Rand gedrängt, sondern stehen im Mittelpunkt. Das ist sozialdemokratische Politik.

Danke schön.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Das Wort hat jetzt Peter Friedrich. Ihm folgt Walter Riester.

Peter Friedrich, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gehöre einer Generation an, die die ersten 16 Jahre ihres politischen Lebens nur Helmut Kohl kannte und sich irgendwann fast gar nicht mehr vorstellen konnte, dass erstens ein Kanzler nicht Helmut Kohl heißen muss und zweitens eine Regierung auch das tut, was sie vorher verspricht. Das hat sich seit 1998 geändert.

Es hat sich auch geändert, dass wir eine zukunftsfähige und eine nachhaltige Politik machen. Das Prinzip der Nachhaltigkeit galt bis zu dieser Bundesregierung eigentlich immer nur im Bereich der Ökologie.

Ich möchte ein ganz anderes Thema aufgreifen, das gerade meiner Generation große Sorgen bereitet hat, bei dem ich froh bin, dass wir 1998 die Regierung übernommen haben, bei dem es auch notwendig ist, dass wir sie weiterhin haben. Es geht um das Thema Staatsverschuldung. Staatsverschuldung fördert auf der einen Seite die soziale Ungerechtigkeit, weil sie die Umverteilung fördert, und zwar nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Auf der anderen Seite schmälert sie die Chancen der jungen Generation, dann, wenn sie selbst politische Verantwortung trägt, noch einen Handlungsspielraum zu haben.

Wir wissen aus Baden-Württemberg, meinem Heimatland, dass wir 2030 nur noch halb so viele freie Mittel haben werden wie zurzeit, um Politik zu betreiben.

Ein ähnliches Thema, das auch meine Generation betrifft, ist die Rentenpolitik. Das war früher nur eine Sache für die Rentner. Dass sich die junge Generation auch bei diesem Gebiet in der Bundesregierung wiederfinden konnte, ist das Verdienst meines Nachredners, von Walter Riester. Das ist ein Punkt, der momentan auch in der eigenen Bilanz etwas untergeht, der aber wichtig ist, weil wir dort demonstriert haben, dass wir eine zukunftsfähige Politik betreiben und nicht wie die Regierung Kohl von der Hand in den Mund leben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin froh über die Rede von Gerhard Schröder, weil sie nicht, wie wir es von früheren Kanzlern gewohnt waren, nur auf das Geleistete, auf die Vergangenheit verweist, sondern weil sie wichtige Impulse für das gibt, was kommen wird.

Ich möchte einen Punkt ganz besonders herausgreifen, nämlich das Thema Qualifizierung und Bildung. Wir werden viele der Arbeitsplätze in den traditionellen Industrien, die verloren gegangen sind und verloren gehen werden, nicht ersetzen können. Neue

Arbeitsplätze werden in anderen Industrien und in neuen Formen entstehen. Wir werden die Menschen, die jetzt schlecht qualifiziert sind, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, nur mitnehmen können, wenn wir sie qualifizieren, wenn Anpassungsqualifizierungen eben nicht nur denen, die ohnehin gut qualifiziert sind und ohnehin gut bezahlt sind, zugute kommen, sondern allen gleichermaßen, gerade den Ungelernten.

Mein Wunsch ist es, dass wir es schaffen, allen Ungelernten eine Perspektive zu bieten, dass sie zu qualifizierten Fachkräften werden können, damit manche Firmen, die es jetzt nicht können, ihre Investitionen realisieren, ihre Produkte auf den Markt bringen können, was jetzt nicht möglich ist, weil es an qualifizierten Mitarbeitern fehlt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben dieser Tage oft erlebt, dass unsere Basis kaputt geschrieben wurde, dass entsprechende Artikel erschienen. Wenn einem der Wind ins Gesicht bläst, holt man sich manchmal einen Schnupfen. Nach dem heutigen Tag bin ich mir sicher: Wir gehen gemeinsam zu unseren Wählern und zeigen den Schwarzen, wo der Hammer hängt.

Danke schön.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Peter. – Das Wort hat Walter Riester. Ihm folgt Benjamin Mikfeld.

Walter Riester, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Gott, Gerhard, das war eine so tolle Rede – eine Rede, die nicht nur aufbaut, sondern die verpflichtet, in diesem Geiste im Wahlkampf zu agieren.

(Beifall)

Wir sind angetreten nach dem Motto: Innovation und Gerechtigkeit. Wir haben gesagt: Wir lassen uns messen an der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, ob es gelingt, die sinkende Beschäftigungsquote zu steigern. Wir haben die Zahl der Beschäftigten unter schwierigen ökonomischen Bedingungen um 1,1 Millionen gesteigert.

Wir haben gesagt: Wir lassen uns daran messen, ob es uns gelingt, nach einem langen Anstieg der Arbeitslosigkeit – in der Spitze 1998 bis 4,8 Millionen – diese abzubauen. Wir haben sie um zehn Prozent gesenkt.

Was ist das Gerechte an dieser Entwicklung? Wir haben als erstes darum gekämpft, Jugendlichen mit schlechter Qualifikation, 420 000 jungen Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, solche Chancen mit dem JUMP-Programm zu eröffnen.

Was ist das Solidarische? Wir haben uns für Schwerbehinderte eingesetzt und vereinbart, die Arbeitslosigkeit bei den Schwerbehinderten bis zum Oktober dieses Jahres um 25 Prozent zu senken. 17 Prozent haben wir erreicht; wir werden die 25 Prozent auch noch erreichen.

Wir haben die Langzeitarbeitslosigkeit erstmals um 240 000 Personen gesenkt. Das sind die Gruppen, die unserer Unterstützung bedürfen.

Genossinnen und Genossen, manchmal werde ich gefragt, wie haltet ihr das durch, wenn Verbände und Funktionäre, wenn Einzelinteressen aufstehen, wenn euch der Wind ins Gesicht bläst, wenn Kampagnen gemacht werden? Woran baut ihr euch auf? Ich kann euch ganz persönlich sagen, woran ich mich aufbaue: beispielsweise an den vielen hunderttausend Jugendlichen, die durch unsere Entscheidungen eine Chance für das Arbeitsleben bekommen haben.

(Beifall)

Ich will euch zum Abschluss eine ganz kleine Erfahrung vermitteln, die besonders schön war. Am 30 April dieses Jahres hat in einem großen Zelt in der Mitte Berlins die „Aktion Mensch“ eine Aktion für behinderte Menschen durchgeführt. Wir haben die Behindertenpolitik im Schwerbehindertenrecht, im Sozialgesetzbuch IX mit der Gleichstellung der Behinderten vorangetrieben. Es haben Hunderttausende von behinderten Menschen gefeiert, sie haben gelacht: Rollstuhlfahrerinnen und –fahrer, blinde Menschen, geistig behinderte Menschen. Sie haben sich bedankt und erklärt: Es darf nicht sein, dass diese Politik beendet wird, eine Politik, die in vier Jahren für uns mehr gebracht hat als die Politik in den 15 Jahren zuvor.

Darum lasst uns kämpfen: Innovation und Gerechtigkeit, Erneuerung und Zusammenhalt. Wir müssen beides miteinander verbinden, die Arbeit fortsetzen.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat Benjamin Mikfeld. Ihm folgt Sigmar Gabriel.

Benjamin Mikfeld, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Karten liegen auf dem Tisch: Wer Stoiber wählt, bekommt Westerwelle und Möllemann obendrauf und umgekehrt. Vor uns steht eine Richtungsentscheidung zwischen Modernisierung und Gerechtigkeit auf der einen Seite und einer Koalition von Vergangenheit und Verantwortungslosigkeit auf der anderen Seite. Wir sind die Partei der Gerechtigkeit. Zu diesem Begriff, über den viel geredet und gestritten worden ist, will ich einiges sagen.

Gerechtigkeit heißt für mich, dass jeder nach seinen Fähigkeiten und seinen Vorstellungen sein Leben organisieren kann und die Chancen dafür erhält. Deshalb sollten wir nicht abstrakt darüber streiten, sondern konkret schauen, was jeder will. Wir wollen jedem Jugendlichen nach der Schule eine Beschäftigungsperspektive bieten, Stoiber nicht. Wir wollen den Anteil der Studierenden auf 40 Prozent erhöhen, Stoiber nicht. Wir wollen die Ganztagsbetreuung ausbauen, Stoiber nicht.

Das Programm hat also hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit einiges zu bieten. Deswegen sollte man denjenigen, die sich mit Büchern und anderen Instrumenten öffentlich zu Wort melden und behaupten, unser Programm sei nicht sozial gerecht, sagen: Sie tun vielleicht ihrer persönlichen Eitelkeit Gerechtigkeit an, schaden aber der Sozialdemokratie. Ein solches Verhalten ist unsozial und verantwortungslos.

Es geht bei der Bundestagswahl nicht nur um uns. Es geht um die Bundesrepublik und die Ausrichtung der Politik in Deutschland. Es geht um Europa. Wir haben in den letzten

Jahren in Österreich, Italien, Portugal, Dänemark und zuletzt in den Niederlanden den Trend erlebt, dass sozialdemokratische und Mitte-Links-Regierungen abgewählt wurden, weil die Menschen verunsichert waren, weil Antworten auf den Wandel vielleicht noch nicht hinreichend gefunden wurden. Das ist die Herausforderung unserer Zeit. Es lohnt sich, gegen den Rechtstrend in Europa zu kämpfen, gegen die Entpolitisierung in Europa, für eine Politik der sozialen Sicherheit; das motiviert uns alle.

Wir haben im Jahre 2006 wieder eine Fußball-WM. Gerhard unterschreibt gerade einige Bälle. Ich denke, dass der deutsche Bundeskanzler bei der Fußball-WM eine wichtige Rolle spielen wird. Ich glaube, dass die Menschen auf den Straßen tanzen und singen werden: Ohne Edmund fahren wir zur WM!

(Beifall)

Parteitagspräsidium Kurt Beck: Vielen Dank. – Das Wort hat Sigmar Gabriel. Ihm folgt Gerhard Bökel.

Sigmar Gabriel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich war 23 Jahre alt, als Kohl und Waigel an die Regierung gekommen sind. Wie alle von euch habe ich 16 Jahre erleben dürfen, was das für jene bedeutet, die noch nicht im Beruf sind, die noch nicht fest im Sattel sitzen, die noch nicht die Möglichkeit haben, ihr Leben selbst zu gestalten. Wir haben 16 Jahre erleben dürfen, wie die Arbeitslosigkeit jedes Jahr stieg, in der Spitze bis auf 4,8 Millionen. Ich finde, diejenigen, die das zu verantworten haben, sind die letzten, die uns heute Ratschläge geben können.

Wir haben jedes Jahr erlebt, wie sie Schüलगeneration nach Schüलगeneration in die Jugendarbeitslosigkeit gebracht haben. Das sind die Letzten, die über die Zukunft der jungen Leute in Deutschland daherschwadronieren sollen.

(Beifall)

Wir haben erlebt, wie die mit dem Staat und seinen Schulden umgegangen sind. Als 1982 Helmut Schmidt aufgehört hat, hatte dieses Land 150 Milliarden Euro Schulden. Dafür hatten Helmut Schmidt und seine Vorgänger 40 Jahre gebraucht. Es hat keine sieben Jahre gedauert, da hatten Kohl und Waigel das schon verdoppelt, obwohl sie Helmut Schmidt damals – erinnert euch – Schuldenmajor genannt haben. Am Ende, 1998, haben sie mit 1,1 Billionen Euro Schulden geendet. Wenn Schmidt ein Schuldenmajor war, dann sind Kohl und Waigel die Schuldengeneralfeldmarschälle in diesem Land. Wir müssen verhindern und dürfen nicht zusehen, wie Stoiber mit unbezahlbaren Wahlversprechen an dieser Politik von 1998 wieder anknüpfen will, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht auch darum zu zeigen, dass die Täter von gestern als die Retter von morgen antreten wollen. Es geht auch darum, dass die 1982 mit der „geistig moralischen Wende“ dahergekommen sind und diesem Land erklären wollten, es brauche neue Werte, das Ergebnis waren Ellenbogengesellschaft, steigende Kriminalität, steigende Drogenabhängigkeit und lauter Probleme in unserer Gesellschaft. Gerhard Schröder und die jetzige Bundesregierung haben erst einmal dafür gesorgt, dass in diesem Land wieder

Recht und Ordnung nicht nur im Straßenverkehr, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt gelten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns mit denen nicht nur bei den Themen auseinander setzen, sondern auch bei deren Vorstellungen, wie Menschen in Deutschland zusammenleben sollen. Ich kann das Geschwätz von den neuen Werten nicht mehr hören, wenn wir gleichzeitig erleben, dass all das, was Menschen in diesem Land auch schützen soll – Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung, Mitbestimmung –, keinen Bestand mehr haben soll. Ich mag nicht mehr hören, wie sich Leute wie Westerwelle zur Bildungspolitik äußern, wenn sie gleichzeitig bereit sind, in diesem Land einen Typen aus Nordrhein-Westfalen als Vorbild gelten zu lassen, der als Spätarriver daherkommt und versucht, Wahlkampf auf dem Rücken von Juden und von Minderheiten in Deutschland zu machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht auch um das Thema Werte und Kultur. Wenn wir über solche Fragen reden, dann brauchen wir keine neuen Werte und auch keine neue Leitkultur. Wir müssen uns nur daran erinnern, was in diesem Land an alten und vernünftigen Werten in den letzten 50 Jahren Bestand hatte. Ich kann auch eine Arbeitsteilung nicht mehr ertragen, die wir jeden Tag von neuem erleben. Wenn ihr die Zeitungen aufschlagt, dann findet ihr auf Seite 1 zwei Gruppen in Deutschland, die offensichtlich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuständig sind. Das sind Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Wenn ihr im Wirtschaftsteil nachlest, dann findet ihr montags die Nachricht großer Unternehmen, wie viel tausend Menschen sie arbeitslos machen, dienstags, wie die Börsenkurse und die Vorstandsgehälter steigen, und am Mittwoch die klugen Vorschläge der Chefvolkswirte solcher großen Unternehmen, wie die SPD bitte schön die Arbeitslosigkeit beseitigen soll. Das ist eine Form von Arbeitsteilung,

(Vereinzelt Beifall)

bei der die einen für die Entlassung zuständig sein sollen und wir dafür, dass die Leute wieder Jobs finden. Auch das dürfen wir nicht zulassen.

(Vereinzelt Beifall)

In Art. 14 unserer Verfassung steht nicht drin: Eigentum verpflichtet zu möglichst hohen Börsenkursen. Dort steht vielmehr: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Wer Bedarf an neuer Leitkultur hat, der soll ein paar Buchstaben in der Verfassung nachlesen. Ich wünschte mir, dass sich in diesem Land große Unternehmen genauso verhalten wie viele kleine mittelständische Unternehmen, denen es sauschwer fällt, auch nur einen einzigen Menschen arbeitslos zu machen, weil sie die einerseits als Fachkräfte morgen wieder brauchen, aber auch, weil es ihnen unangenehm ist, den Familienvätern und –müttern am nächsten Tag auf dem Marktplatz zu begegnen und zu sehen, wie sie sie um ihre Existenz gebracht haben. Was wir in Deutschland brauchen, ist nicht mehr und nicht weniger als der gleiche Anstand, das gleiche Bemühen, die gleiche Verantwortungsbereitschaft in den großen Unternehmen, wie wir sie im Mittelstand und bei vielen kleinen Handwerksmeistern längst vorfinden.

(Beifall)

Es geht auch darum, dafür zu kämpfen, dass mit einer solchen Arbeitsteilung Schluss ist. Wir haben den Großen alle Chancen gegeben, die sie brauchen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Sie sollen uns nicht jeden Tag damit kommen, dass die Globalisierung sie zwingt, Jobs ins Ausland zu verlagern, Sozialpläne zu verabschieden und Leute arbeitslos zu machen. Wir haben mit Niedersachsen ein Land, das jeden Tag zeigt, dass internationale Leistungsfähigkeit und soziale Verantwortung zusammengehören und zusammenpassen.

(Vereinzelt Beifall)

Volkswagen ist das Land –

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Entschuldigung, Gerhard: Volkswagen ist das Unternehmen – der Unterschied zwischen Stoiber und dir oder mir ist: Wir können über unsere eigenen Versprecher lachen und er macht hinterher so weiter wie bisher –, das zu Leistungsfähigkeit in der Lage ist und das trotzdem soziale Verantwortung zeigt. Darum geht es in Deutschland. Wir dürfen nicht ausschließlich auf die Erhöhung der Börsenkurse setzen, sondern es muss gleichzeitig darum gehen, Menschen die Zukunft in unserem Land zu geben. Es kann nicht darum gehen, dass die Probleme in die Politik abgeschoben werden. Die 1,7 Millionen Manager in unserem Land sollen dazu beitragen, dass Nürnberg keinen Nachschub mehr bekommt. Dann sorgen wir dafür, dass die, die heute keinen Job haben, morgen wieder Arbeit finden werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Schönen Dank, Sigmar. Das Wort hat Gerhard Bökel.

Gerhard Bökel, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich bin eben von Journalisten nach der Rede von Gerhard Schröder gefragt worden, was mein Eindruck sei. Das werden wir auch an der Basis, in den Ortsvereinen, gefragt werden. Ich habe gesagt: Ich nehme mit, dass wir eine beeindruckende Einheit von Partei, Programm und Personen hinbekommen haben. Wir sind die Partei der Zukunft. Wir haben ein Programm der Erneuerung und des Zusammenhalts. Gerhard Schröder, unser Bundeskanzler, verkörpert beides. Das ist eine gute Grundlage, um den 22. September erfolgreich zu bestehen.

(Beifall)

Lieber Gerhard, wir gehen jetzt raus. Wir werden ein Programm verabschieden, das deutlich macht, wie wir das Land in den nächsten vier Jahren gestalten wollen. Aber wir müssen auch die Kraft haben, das wirklich zu tun, was unsere Sache ist, die Sache eines jeden, nämlich aufzuzeigen, was wir verändert haben. Ich bin sehr froh, dass Michael Sommer sehr klar gemacht hat, liebe Genossinnen, liebe Genossen: Die Gewerkschaften, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, was sie an uns haben. Sie wissen, was kommen würde, wenn Stoiber und die anderen Reaktionäre dran kämen. Es sind Beispiele genannt worden: Kündigungsschutz, Mitbestimmung. Ich nenne ein weiteres Beispiel,

Genossinnen und Genossen. Gewerkschaften haben dafür gestreikt, sie haben dafür gekämpft: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Bei Kohl war sie weg. Wir haben sie wieder eingeführt. Das muss so bleiben und darf nicht rückgängig gemacht werden.

(Beifall)

Ein anderes Beispiel – ich glaube, wir sind uns manchmal gar nicht bewusst, was wir da hinbekommen haben –: der Ausstieg aus der Atomenergie. Das ist ein großes Projekt. Wenn die Stoibers und Kochs und wie sie alle heißen sagen, sie wollten wieder hinein – sie werden es nicht hinbekommen –, dann muss man jeden Einzelnen fragen: Wo soll das nächste Atomkraftwerk hin? Wer so redet, hat die Zukunft nicht verstanden, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Beifall)

Oder lasst uns über das reden – Gerhard hat es dargestellt –, was im Bereich der Familienpolitik geschehen ist, Genossinnen und Genossen. Das ist mehr als Kindergeld. Auch die Erziehungszeit ist deutlich verbessert worden. Das hat noch nie eine Regierung mit einem solchen Schwerpunkt hinbekommen. Jetzt sage ich danke an euch in Berlin. Ihr nehmt noch 1 Milliarde Euro pro Jahr in die Hand, um die Länder und Kommunen bei dem großen Projekt Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

Liebe Genossinnen und Genossen, dies ist ein Streit entscheidender Punkt, mit dem wir wirklich protzen können. Damit werden wir Wählerinnen und Wähler gewinnen.

(Beifall)

Weil Gerhard Schröder die in Hessen gemachten Erfahrungen angesprochen hat, was das Staatsbürgerschaftsrecht und die Zuwanderung anbelangt, will ich sagen: Wir sind sehr froh, dass unsere Regierung die Kraft hatte und hat, die Zuwanderung zu regeln. Wenn man sich anschaut, welches Affentheater im Bundesrat mit dem Staatsschauspieler Robert Koch an der Spitze stattgefunden hat, dann muss man sagen: Das ist eine Politik, die wir nicht wollen.

Aufgrund der Erfahrungen in Hessen sage ich euch auch, liebe Genossinnen und Genossen: Diese Stoibers und Kochs werden das Thema Fremdenfeindlichkeit auf der Tagesordnung als Reservethema belassen, weil sie möglicherweise keine andere Stimmungen mehr schüren können. Wir als Sozialdemokraten sagen: Wer eine Politik zulasten von Menschen macht, die sich selbst nicht wehren können – seien es Sozialhilfeempfänger, Fremde oder Ausländer -, der macht eine schäbige Politik. Eine solche Politik muss von uns gemeinsam verhindert werden.

(Beifall)

So lasst uns daran gehen, deutlich zu machen, was wir geleistet haben. Wir müssen deutlich machen, wie wir die Politik für unser Land künftig gestalten wollen. Wir müssen dranbleiben - nicht nur, weil es Gerhard Schröder und uns allen Spaß macht, das Land zu regieren und zu gestalten, sondern weil wir keine andere Republik haben wollen. Das ist unser gemeinsames Ziel.

(Beifall)

Ich komme zu meinem Einstieg zurück. Lieber Gerhard, wir haben eine deutliche Identität - mit Dir als mit unserem Spitzenmann - von Person, Partei und Programm. Wir werden am 22. September siegen. Sigmar Gabriel muss genauso wie wir in Hessen durchstarten, weil wir am 2. Februar zwei wichtige Landtagswahlen haben werden.

Lieber Gerhard Schröder, in Niedersachsen wird der Titel verteidigt. Wir in Hessen werden dafür sorgen, dass der Koch wekommt, damit wir auch im Bundesrat wieder eine Mehrheit haben werden, um die Reformpolitik fortsetzen zu können.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Das Wort hat nun Ottmar Schreiner. Danach ist Harald Ringstorff an der Reihe. Letzter Redner ist Niels Annen.

Ottmar Schreiner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Vielleicht hätten Harald und ich die gleiche Rede halten können; denn wir liegen nicht sehr weit in unseren Ansichten entfernt. Es hat in den letzten Monaten häufig das Gerede gegeben, die Parteien seien kaum noch voneinander zu unterscheiden. Es hat auch das Gerede vom größeren und vom kleineren Übel gegeben. Die Konsequenz war Wahlenthaltung. Ich glaube, dass die Rede von Gerhard Schröder, aber auch der Vergleich der Parteiprogramme, also der Vergleich unseres Programms mit dem Wahlprogramm von CDU/CSU, zeigt, dass es nicht um die Frage größeres oder kleineres Übel geht, sondern dass es um sehr unterschiedliche Politikansätze bei der Entscheidung am 22. September geht.

(Beifall)

Ich will versuchen, an wenigen Punkten deutlich zu machen, dass nach meiner festen Überzeugung das Wahlprogramm der CDU/CSU mit seinen gesellschaftspolitischen Teilen, wie es von der CDU/CSU präsentiert worden ist, an die missglückten neoliberalen Experimente der 80er- und 90er-Jahre anknüpft.

Ich will dazu drei Beispiele nennen:

Erster Punkt. Es wird versucht, das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital nachdrücklich zulasten der Arbeit zu verändern und zu verschieben. Wer das Betriebsverfassungsgesetz, das mit einiger Mühe im Deutschen Bundestag mehrheitsfähig wurde, wieder zurücknehmen will, der will den Menschen in den Betrieben eine angemessene Interessenvertretung nehmen. Wer den Tarifvorbehalt zerstören will zugunsten untertariflicher Interventionsmöglichkeiten, der will die Rechte der Gewerkschaften nicht stärken, sondern nachhaltig schwächen. Wer den Kündigungsschutz aushöhlen will, der trägt damit nicht zu mehr Beschäftigung, sondern zu mehr Arbeitslosigkeit bei; denn er hat aus den 90er-Jahren überhaupt nichts gelernt.

Wir hatten schon 1996 eine wesentliche Verschlechterung beim Kündigungsschutz. Die zentrale Begründung dafür war damals, dass das innerhalb von Jahresfrist 500 000 mehr Beschäftigte bringen könne. Wir hatten ein Jahr später nicht eine halbe Million mehr Beschäftigte, sondern eine halbe Million mehr Arbeitslose in Deutschland. Ich glaube, dass

in diesen zentralen Punkt die Sozialdemokratische Partei als Regierungspartei ein Garant dafür ist, dass es zu einem fairen Kräfteverhältnis zwischen den beiden Faktoren kommt. Wir erteilen all denen eine klare Absage, die die bestehenden Verhältnisse zulasten der arbeitenden Bevölkerung verschieben wollen. Das läge exakt in der Tradition christdemokratischer und liberaler Politik der 80er- und 90er-Jahre.

Der zweite Punkt – auch darauf hat Gerhard Schröder hingewiesen – ist die vorgesehene Absenkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent, wie es so unschuldig heißt. Man kann den Menschen nicht eindrücklich genug einbläuen, dass eine Absenkung auf unter 40 Prozent bedeutet, dass die staatlichen Ausgaben jedes Jahr um 170 Milliarden Euro geringer sind als heute. Das bedeutet viel weniger Geld für Bildung. Es bedeutet auch, dass Bildung und Gesundheit von der Größe des Geldbeutels abhängig werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann im Ernst niemand in dieser Republik wollen und schon gar nicht nach Präsentation der PISA-Studie. Wir brauchen nicht weniger Geld für Bildung, sondern mehr Geld für Bildung.

(Beifall)

Im Übrigen zeigen alle internationalen Vergleiche, dass das Thema Staatsquote von uns offensiv in die Auseinandersetzung einbezogen werden kann und muss. Denn die Länder mit einer relativ gut ausgestatteten Staatsquote haben deutlich größere Erfolge bei der Beschäftigung, bei der Frauenerwerbstätigkeit und bei der Qualität ihres Bildungswesens. Das gilt insbesondere, aber nicht nur, für die skandinavischen Länder.

(Beifall)

Dritter und letzter Punkt: In dem CDU/CSU-Programm steht schamloserweise drin, dass in einer Situation, wo sich in Deutschland viele Manager ihre Millionengehälter geradezu verdoppeln, der Spitzensteuersatz auf unter 40 Prozent gesenkt werden soll. Es steht ferner drin, dass an eine Einführung der Vermögensteuer unter keinen Umständen gedacht werden soll und dass an der Erbschaftsteuer nicht gerüttelt werden soll. Liebe Genossinnen und Genossen, da ist mir die gerechte Besteuerung der Einkünfte aus Arbeit und Vermögen, wie in unserem Wahlprogramm beschrieben, lieber. Das ist ein grundsätzlich anderer Ansatz. Ich hätte überhaupt keine Sorgen, wenn wir die Frage der Verteilungsgerechtigkeit zu einem zentralen Wahlkampfthema für den 22. September machen - nach dem Motto von Willy Brandt: „Die breiten Schultern müssen mehr Lasten tragen als die schmalen Schultern.“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zum Schluss sagen: Wir dürfen und werden nicht zulassen, dass die politischen Bankrotteure von gestern sich in diesem Wahlkampf gewissermaßen als die Heilsbringer von morgen darstellen. Wir werden sie immer wieder daran erinnern, in welchem Zustand sie dieses Land hinterlassen haben und was dieses Land in den zentralen gesellschaftspolitischen Fragen zu erwarten hat.

Lasst uns deshalb kämpfen. Wir haben die besseren Vorschläge, die besseren Ideen und die bessere Vorstellungen über eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Wir sind konzeptionell in jeder Beziehung der anderen Seite überlegen. Was wir jetzt brauchen ist Kampf, Kampf, Kampf nach dem guten alten Motto: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht

kämpft, hat schon verloren.

Wir werden kämpfen. Weil wir die besseren Ideen und Vorschläge haben, werden wir diesen Wahlkampf auch gewinnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Ottmar. Das Wort hat Harald Ringstorff. Ihm folgt Niels Annen.

Harald Ringstorff, Mecklenburg-Vorpommern: Nicht nur auf Bundesebene, auch in Mecklenburg-Vorpommern wird am 22. September gewählt. Wir wollen, dass sowohl in Berlin als auch in Schwerin die größten Wahlkampfpardies bei den Sozialdemokraten starten.

Genossinnen und Genossen, wir haben in den vergangen vier Jahren gemeinsam viel für Ostdeutschland erreicht. Mit dem Solidarpakt II haben wir Planungssicherheit für den Aufbau Ost bis zum Jahre 2020 geschaffen. Der Ausbau der Infrastruktur kommt voran. Wir werden am Ende dieser Legislaturperiode in Mecklenburg-Vorpommern sechsmal so viel in die Infrastruktur investiert haben wie die Schwarzen in der vorausgegangenen Legislaturperiode.

Innovation und Technologie sind mit dem Inno-Regio-Wettbewerb in Ostdeutschland besonders gefördert worden. Deshalb gilt: Der Aufbau Ost ist bei uns Sozialdemokraten am besten aufgehoben.

Edmund Stoiber dagegen steht nicht für den Aufbau, sondern für den Abbau Ost. Der Kandidat von CDU und CSU kann bei diesem Thema so viel Kreide schlucken, wie er will. Die Menschen in Ostdeutschland wissen, Genossinnen und Genossen: Edmund Stoiber hat in den vergangenen Jahren nicht einen einzigen Finger für den Aufbau Ost krumm gemacht.

(Beifall)

Im Gegenteil: Er hat gegen den Länderfinanzausgleich geklagt – und das, nachdem Bayern fast 40 Jahre lang Geld aus diesem Topf bezogen hat. Wäre er mit dieser Klage erfolgreich gewesen, stünden uns in Mecklenburg-Vorpommern Jahr für Jahr 700 Millionen Euro weniger für den Aufbau des Landes zur Verfügung. Er wollte die Mittel für den Nordosten, also für Mecklenburg-Vorpommern, insgesamt streichen, weil die Menschen nicht ausreichend CDU gewählt hatten. Er sagte in Richtung Mecklenburg-Vorpommern, das, was wir dort täten, bedeute die Wiederherstellung wesentlicher Teile der DDR. Bayern werde diesen Unsinn nicht auf Dauer über den Länderfinanzausgleich finanzieren.

Was macht er jetzt? Jetzt klagt er gegen den Risikostrukturausgleich und somit gegen einen fairen Ausgleich zwischen den Krankenkassen im Westen und im Osten. Ich kann nur sagen: Herr Stoiber, wenn Sie es mit dem Aufbau Ost ehrlich meinen, dann ziehen Sie diese Klage zurück.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Edmund Stoiber, das hieße mehr soziale Kälte im Osten.

Man muss sich nur einmal anschauen, was die Berater von Herrn Stoiber zu dem Thema ABM sagen. Sein Ostberater will, dass künftig nur noch ältere Menschen ABM erhalten. Sein Wirtschaftsberater will genau das Gegenteil: ABM nur noch für die Jungen und die Älteren sollen sich lieber ehrenamtlich engagieren. Der Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU möchte ABM sogar ganz abschaffen. So sieht es bei der CDU/CSU aus: lauter Berater, aber keine klare Aussage. Nur abbauen, das wollen sie alle, dieselben übrigens, die kurz vor den Wahlen 1998 die Arbeitslosenstatistik mit über 300 000 Wahlkampf-ABM geschönt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Position ist klar: Wir wollen den Aufbau Ost fortsetzen und wir werden es gemeinsam mit Gerhard Schröder schaffen. Edmund Stoiber kann man nicht vertrauen. Im Übrigen, Genossinnen und Genossen, sagte er noch am 22. Juni 2001: „Ich sage in aller Deutlichkeit: Ich strebe keine anderen politischen Ämter an. Ich will Ministerpräsident in Bayern bleiben.“

Lasst uns Stoiber helfen, dass dieser Wunsch in Erfüllung geht.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Das muss nicht auf Dauer sein, lieber Harald. – Jetzt hat zu dieser Debatte abschließend Niels Annen das Wort.

Niels Annen, Juso-Vorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Guido-Mobil ist unterwegs. Doch nicht nur Guido ist mobil, die gesamte FDP beginnt, mit politischen Grundwerten zu spielen. Westerwelle und Möllemann spielen die Karte der Ressentiments gegen Minderheiten. Dieses Spiel – ich bin Gerhard Schröder sehr dankbar dafür, dass er das deutlich gemacht hat – ist mit uns nicht zu spielen, Genossinnen und Genossen. Es ist zu Recht für immer vom Spielplan der deutschen Bühnen genommen worden.

(Vereinzelt Beifall)

Dieses Spiel offenbart ein erschreckendes taktisches Verhältnis der FDP-Führung zum Antisemitismus der Herren Möllemann und Karsli. Jetzt versucht die FDP-Führung, das Ganze als Missverständnis darzustellen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben das nicht missverstanden und die Bürgerinnen und Bürger werden es auch nicht missverstehen, denn wir können lesen. Wir haben gelesen und gehört, was diese FDP will und denkt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin der FDP für diese Klarheit dankbar. Denn während Edmund Stoiber Kreide gefressen hat, macht die FDP deutlich, worum es geht: auf der einen Seite um Toleranz und Weltoffenheit, auf der anderen Seite im antisemitische Stereotypen, und die andere Seite der Konkurrenz schürt Ängste vor der durchrassten Gesellschaft. Erhalt und Reform des Sozialstaates statt Survival of the Fittest – das sind die Alternativen, vor denen wir und die Wählerinnen und Wähler am 22. September stehen. Unsere Aufgabe ist es, in den nächsten Wochen das deutlich zu machen, gemeinsam mit allen, die hier sitzen, mit Gerhard Schröder.

Genossinnen und Genossen, es war die rot-grüne Bundesregierung, die nach jahrelanger, ja jahrzehntelanger Diskussion endlich einen historischen Schritt vollzogen hat. Erst diese Regierung hat – Gerhard hat davon gesprochen – eine Entschädigungsregelung für

ehemalige Zwangsarbeiter gefunden. Viele Punkte sind hier in der Debatte genannt worden, ich könnte noch viele andere nennen. Was mich bewegt: Nach vier Jahren Opposition kommen dieselben Politiker. Leute aus meiner Generation kennen ja gar keine anderen außer Helmut Kohl und jetzt zum Glück die Rot-Grünen. Diese Politiker hatten ihre Chance, für Toleranz und Gleichberechtigung einzustehen. Sie haben sie nicht genutzt und jetzt wollen sie uns weismachen: Das Ganze sei ein Missverständnis gewesen. Dieses Missverständnis sollten wir ausräumen, und zwar gründlich.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, das Ziel der SPD ist es gewesen, die Arbeitslosigkeit unter 3,5 Millionen zu drücken. Wir haben dieses Ziel nicht erreicht. Darum müssen wir in den nächsten vier Jahren noch viel mehr tun für Arbeit und Ausbildung, für Beschäftigung und Qualifikation mit JUMP plus, mit den 100 000 Arbeitsplätzen und mit dem Versprechen von Gerhard Schröder: „Jeder Schulabgänger, jede Schulabgängerin bekommt in diesem Land garantiert einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten.“ Das ist doch konkrete Politik, Genossinnen und Genossen. Dafür haben wir Jusos gekämpft, das haben wir durchgesetzt und darauf sind wir stolz.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, Genossinnen und Genossen, diese Alternativen deutlich zu machen – lieber Wolfgang Clement, das muss bei aller Harmonie an dieser Stelle auch gesagt werden – wäre einfacher, wenn nicht in dem größten sozialdemokratisch regierten Bundesland jetzt Studiengebühren eingeführt würden. Dann sind wir auch in der Lage, diese Wahl zu gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Der Parteivorstand hat klar gemacht: Mit Antisemitismus, mit antisemitischen Ressentiments und einer Partei, die das in ihrer Führungsspitze deckt und damit offen spielt, gibt es keine Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie in irgendeiner Art und Weise auf Bundesebene zusammenzuarbeiten. Das haben wir mit unserer Initiative erreichen wollen. Es gibt einen Beschluss dazu; ich bin sehr dankbar dafür. Lasst uns jetzt gemeinsam das, worauf es ankommt, den Sozialstaat, erhalten oder da, wo er Angriffen ausgesetzt ist, deutlich machen: Da stehen wir gemeinsam an eurer Seite.

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Kurt Beck, Parteitagspräsidium: Schönen Dank.

Genossinnen und Genossen, damit ist die Grundsatzaussprache und die Aussprache über die Rede von Gerhard Schröder abgeschlossen.

Es hat nun zum Bericht aus der Antragskommission Rudolf Scharping das Wort.

Bericht der Antragskommission

Rudolf Scharping, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch einen kurzen Überblick über die Veränderungen, die durch die Beratungen der Antragskommission und auf der Grundlage der 162 Anträge tatsächlich vorgenommen sind.

Eines schicke ich voraus: Das Programm ist ein Regierungsprogramm. Es schafft Klarheit über unsere politischen Absichten, es zieht ehrliche Bilanz, öffnet eine klare Perspektive und wird uns in den nächsten gut drei Monaten die notwendige Zuspitzung erlauben, die dann auch Klarheit über die Alternativen zwischen uns und den anderen schafft.

Genossinnen und Genossen, zur Bilanz gehören 1,1 Millionen mehr Arbeitsplätze, eine halbe Million weniger Arbeitslose, ein gestoppter Marsch in den Verschuldungsstaat, sinkende Steuern, zehnfach höhere ausländische Direktinvestitionen. Aber wir müssen noch mehr tun. Dazu gehört – ich mache euch auf die entsprechenden Kapitel aufmerksam -, dass es eine gerechte Fortentwicklung der internationalen Finanzarchitektur und eine Sicherung stabiler und funktionierender Finanzmärkte geben muss. Dem soll ein europäischer Maßnahmenmix dienen, der zugleich als Einstieg in eine globale Regelung dienen kann.

Wir haben in der Antragskommission den vorgesehenen Absatz zur Steuerehrlichkeit erweitert und „Steuergerechtigkeit“ hinzugefügt und dabei das Ziel festgeschrieben, dass jeder einen seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag im Rahmen einer gerechten und sinnvollen Besteuerung des Einkommens aus Arbeit und Vermögen leistet. Dazu sollte es auch möglich werden – wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen -, dass es eine europaweite Vereinheitlichung der Besteuerung von Kapitalerträgen gibt. Ich denke, es wird Sinn machen, auch noch einmal daran zu erinnern, dass wir nach dem Wahlkampf und nach dem Wahlsieg im Jahre 2003 die Arbeit daran möglicherweise noch mit einer Konferenz unserer Partei fortsetzen werden..

Schließlich haben wir das Ziel aufgenommen, die Chancengleichheit der Sozial- und Tarifpartner zu sichern. Mit Blick auf beabsichtigte Initiativanträge haben wir in der Antragskommission heute Morgen noch hinzugefügt, dass diese Chancengleichheit selbstverständlich auch für Tarifaueinandersetzungen gelten muss.

Liebe Genossinnen und Genossen, diesen Teil der Hinweise schließe ich mit folgender Bemerkung ab: Wir haben die Grundlage für einen neuen Aufschwung geschaffen. Dieser Aufschwung hat begonnen. Ein Teil unseres Kampfes bis zum 22. September geht auch darum, dass wir nicht erneut in politische Konzepte zurückfallen, die aus der Vergangenheit stammen und die ihre Unwirksamkeit, ja schlimmer noch: ihre wirtschaftliche und ihre soziale Schädlichkeit bewiesen haben. Denn mit gelockertem Kündigungsschutz, mit geschwächter Lohnfortzahlung, mit geringerer Teilhabe und Mitbestimmung ist Deutschland 1998 bei der höchsten Arbeitslosigkeit und bei der höchsten Verschuldung seiner Geschichte gelandet. Den Weg da herauszufinden, das war nicht einfach. Es ist auch nicht abgeschlossen. Es wäre aber nachgerade närrisch, diesen jetzt begonnenen, erfolgreichen Weg abzubrechen und zu den alten Rezepten mit den bekannten Konsequenzen zurückzukehren.

(Vereinzelt Beifall)

Damit ist ein zweites Thema angesprochen, nämlich die Frage der gerechten Teilhabe. Das ist nicht nur eine Frage nach sinkenden Steuern; das ist nicht nur eine Frage nach Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz und Mitbestimmungsregelungen, sondern das ist eine Frage nach der Fähigkeit der Allgemeinheit, nachhaltig für die Zukunft zu sorgen und insbesondere Benachteiligten und Schwächeren eine faire Chance zu geben. Die Würde des einzelnen und seine Freiheit hängen nicht von seiner ökonomischen Nützlichkeit ab. So haben wir es in unserem Grundsatzprogramm formuliert.

Deshalb will ich darauf aufmerksam machen – ich persönlich möchte da nicht so gerne nur vom Staat reden -: Wenn die Formel „3 mal 40“, die Frau Merkel gestern noch einmal bekräftigt hat, tatsächlich der Kompass für konservative Regierungspolitik würde, dann würde die Allgemeinheit ausgeplündert und dann würde der Schutz der Schwächeren, der Benachteiligten, der Behinderten und der Kranken nicht mehr möglich sein. Dann würde auch nicht mehr möglich sein, was wir begonnen haben, nämlich die Ausbildung zu verbessern, die Förderung auszubauen und insbesondere auch arbeitslosen Jugendlichen eine Perspektive zu geben.

Deshalb haben wir in unserem Programm deutlich gesagt, dass wir die Qualifizierungsoffensive fortsetzen wollen und dass die Freiheit von Studiengebühren nicht nur für den ersten, berufsqualifizierenden Abschluss gelten soll, sondern auch für einen konsekutiven, sich daran anschließenden Studiengang.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben präzisiert, dass die Beschäftigungsbrücke namentlich für die arbeitslosen Jugendlichen in Ostdeutschland klar quantifiziert wird, nämlich mit 100 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im JUMP-Plus-Programm.

Wir wissen allerdings auch, dass auf der wirtschaftlichen Seite Wettbewerb, unternehmerische Leistung und auch die Förderung neuer Technologien untrennbar dazugehören; denn sie sichern auch für die Zukunft die wirtschaftliche Basis eines starken und gerechten sozialen Staates. Deshalb haben wir auch bei der Versorgung kleinerer Unternehmen und bei Existenzgründern auf die Notwendigkeit hingewiesen, Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Ich bleibe bei diesem einen Beispiel.

Der letzte Hinweis, Genossinnen und Genossen, den ich geben will, hat mit der Förderung von Familien zu tun. Da, glaube ich, sind wir gut beraten, noch ein Stück praktischer zu argumentieren, als die großen, abstrakten Zahlen es normalerweise signalisieren.

Ich will dazu zwei Hinweise geben. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bekommt eine normale Familie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Verdienst mehr Kindergeld, als als Lohnsteuer zu zahlen ist. Das signalisiert die umfassende und im Übrigen fortzusetzende Förderung und Entlastung gerade der Familien mit Kindern.

Der zweite ist: Ihr werdet euch daran erinnern, dass im Wahlkampf 1998 das Beispiel des Finanzamts Bad Homburg eine Rolle gespielt hat. Das war eines jener Finanzämter in einer besonders wohlhabenden Region in Deutschland, das 1997 6 Millionen DM Einkommensteuer mehr zurückgezahlt hat, als zuvor eingenommen worden war. Das hat

sich dank der Politik von Hans Eichel und dieser Bundesregierung geändert. Wir haben die Steuerschlupflöcher geschlossen und ungerechtfertigte Vergünstigungen gestrichen. Das Ergebnis ist, dass zum Beispiel dieses Finanzamt im Jahre 2001 nicht mehr mehr zurückgezahlt als eingenommen hat, sondern dass seine Einnahmen aus Einkommensteuer bei ziemlich genau 250 Millionen DM lagen.

Damit, Genossinnen und Genossen, will ich abschließend sagen: Auf der Grundlage dessen, was Gerhard Schröder in beeindruckender und begeisternder Weise hier deutlich gemacht hat, können wir zusammenhalten, was zusammengehört: nicht nur den Osten und den Westen unseres Landes, sondern in ganz Deutschland wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt, in ganz Deutschland eine ordentliche Bilanz mit einer hoffnungsvollen Perspektive.

Dieses Programm wird für uns ein Kompass sein. Es ist nicht, wie bei anderen Parteien, beliebige Spielmasse, eigentlich Betrug oder betrügerisches Manöver während eines Wahlkampfes, sondern es zieht, wie gesagt, ehrlich Bilanz und öffnet eine klare und glaubwürdige Perspektive.

Auf der Grundlage dieses Regierungsprogramms werden wir nach dem 22. September die Arbeit der Sozialdemokratie fortsetzen, in Regierungsverantwortung und mit Gerhard Schröder an der Spitze.

Vielen Dank.

(Beifall)

Renate Schmidt, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, Rudolf, für den Bericht der Antragskommission.

Wir kommen jetzt zum Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte um Verständnis dafür bitten, dass das Präsidium in der weiteren Verhandlungsführung einigermaßen rigide sein muss. Wir wollen um 15.30 Uhr, spätestens um 15.35 Uhr die Schlussabstimmung über unser Regierungsprogramm bzw. über unser Wahlprogramm vornehmen, weil wir wissen, dass eine ganze Reihe von euch für 16.00 Uhr bereits Rücktransportmöglichkeiten gebucht haben und wir keinen auseinander laufenden Parteitag haben wollen.

(Beifall)

Deshalb wird die Abstimmung zu diesem Zeitpunkt stattfinden, auch wenn die eine oder andere Wortmeldung dann leider unter den Tisch fallen muss.

Jetzt hat das Wort für die Mandatsprüfungskommission Philipp Rehak.

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Philipp Rehak, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 44 stimmberechtigten

Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 452 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder.

Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Drei Delegierte der Landesverbände und Bezirke sind sogleich Mitglieder des Parteivorstands.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 201 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 44,24 Prozent. Die Quote ist somit erfüllt.

(Vereinzelt Beifall)

Der älteste Delegierte ist mit 71 Jahren Günter Dietrich. Er kommt aus dem Landesverband Sachsen.

(Beifall)

Die jüngste Delegierte ist mit 17 Jahren Sarah Stein aus dem Bezirk Essen-Nord.

(Beifall)

Ich stelle somit fest: Der Parteitag ist beschlussfähig. Ich wünsche dem Parteitag einen guten Erfolg.

Danke schön.

(Beifall)

Beratung und Beschlussfassung Regierungsprogramm

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. Nun, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, bitte ich euch um konzentrierte aktive Mitarbeit, damit wir in der knappen Zeit, die wir noch haben, eine vernünftige und, wie ich denke, auch sachgerechte Entscheidung über das Wahl- und Regierungsprogramm herbeiführen können. Ich denke, ihr seid damit einverstanden, dass ich das Regierungsprogramm kapitelweise aufrufe. Dann können diejenigen, die sich zu den Kapiteln noch zu Wort melden wollen, ihre Wortmeldung abgeben. Dann lasse ich jeweils über das Kapitel inklusive der dort vorliegenden Änderungsanträge abstimmen. – Ihr seid offenkundig damit einverstanden.

So rufe ich die Präambel auf. Zur Präambel liegen zwei Änderungsanträge vor, die Änderungsanträge 1 und 2, bei denen Ablehnung bzw. Erledigung empfohlen wird. Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, das heißt, die im Antragsbuch ausgedruckte Fassung des Regierungsprogramms soll unverändert verabschiedet werden. Wer diesem Votum der Antragskommission zur Präambel seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung bei einer Gegenstimme so angenommen.

Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt das Kapitel 1 „Deutschlands Rolle in Europa und der Welt“ auf. Es gibt dazu 18 Anträge und den Initiativantrag 19. Die

Antragskommission schlägt euch vor, aus den Anträgen 2, 14 und 17 die im Antragsbuch ausgewiesenen Absätze zu übernehmen, die Anträge 1, 3 bis 6, 8 bis 13 und 15 bis 16 sowie Initiativantrag 19 für erledigt zu erklären und den Antrag A 18 an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Antrag 7 ist nach Auffassung der Antragskommission durch EU-Praxis erledigt. Ich habe dazu keine Wortmeldungen vorliegen. Das Votum der Antragskommission geht also darauf hinaus, die im Antragsbuch ausgedruckte Fassung der Antragskommission in der Ergänzung von Absätzen aus den Anträgen 2, 14 und 17, wie sie ausgedruckt sind, anzunehmen. Wer diesem Votum der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe nun das Kapitel 2 „Wirtschaft und Beschäftigung“ auf. Auch hierzu liegen die Anträge 1 bis 10 vor und der Initiativantrag 1. Die Antragskommission schlägt euch vor, das Kapitel 2 in der Fassung der Antragskommission, so, wie sie ausgedruckt ist, unverändert anzunehmen. Das würde bedeuten, dass die Anträge 6, 7 und der Initiativantrag 1 für erledigt erklärt werden, die Anträge 1, 2, 4, 5 und 8 bis 10 an die Bundestagsfraktion überwiesen werden und Antrag 3 abgelehnt wird. Wer diesem Votum der Antragskommission zu Kapitel 2 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe nun das Kapitel 3 „Solide Finanzen und gerechte Steuern“ auf. Hierzu liegt als einzige Wortmeldung die von Mathias Brodkorb aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vor. Bitte, Mathias.

Mathias Brodkorb, Mecklenburg-Vorpommern: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist eine gute Stimmung im Saal. Ich bin aus Mecklenburg-Vorpommern gekommen, um diese Stimmung noch etwas zu verbessern. Gerechtigkeit ist das Kernthema des Wahlkampfes, der vor uns liegt. Unser Hauptproblem ist es, dass es uns gelingen muss, die Stammwähler zu mobilisieren. Damit sind wir schon beim wichtigsten Thema in diesem Zusammenhang: dem Thema Vermögensteuer. Ich muss euch keinen Vortrag darüber halten, wie das in Deutschland mit der Verteilung zwischen Arm und Reich aussieht. Wir alle wissen, da draußen läuft etwas falsch. Vermögende leisten oft nicht den Beitrag, den sie leisten könnten, zur Weiterentwicklung des Sozialwesens. Ich bin mir aber sicher, liebe Genossinnen und Genossen, dass sie es eigentlich tun wollen. Die haben nur das Problem, dass es so viele Organisationen und Möglichkeiten gibt, dass sie die Übersicht verloren haben. Sie können sich schon gar nicht mehr entscheiden, an wen sie was spenden sollen. Wir brauchen deshalb die Vermögensteuer, damit wir ihnen diese Last der Entscheidung abnehmen und sie sich sicher sein können, dass mit ihrem Geld auch etwas Vernünftiges passiert.

(Vereinzelt Beifall)

Die Behauptung, das sei ja ungerecht, weil die Millionäre doppelt besteuert würden, ist, liebe Genossinnen und Genossen, falsch. Jeder, der sein Geld ausgibt, zahlt 7 oder 16 Prozent Mehrwertsteuer; wer sein Geld zu Hause hortet, zahlt keine Steuern. Ich möchte nun keine Vermögensteuer von 16 Prozent, auch wenn das eine lustige Idee wäre. Es geht hier nur darum, Gerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmern umzusetzen, die ihr Geld ausgeben müssen und 7 oder 16 Prozent Mehrwertsteuer zahlen. Ich fände es gerecht, wenn wir den Vermögenden, die ihr Geld nicht komplett ausgeben müssen, ein

Stückchen von diesem Geld nehmen, um damit Soziales und Bildung zu finanzieren.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt nur ein Argument gegen eine Vermögensteuer. Das lautet: Mit einer Steuererhöhungspolitik können wir keine Wahlen gewinnen. Das ist falsch. Die Menschen können sehr gut unterscheiden, ob sie es mit einer Vermögensteuer zu tun haben oder mit einer Steuer, die dem kleinen Mann oder der kleinen Frau in die Tasche greift. Deswegen ist mein Vorschlag: Lasst uns keine Vermögensteuer einführen, lasst uns eine Millionärssteuer einführen, denn damit kann man klar ausdrücken, wen wir verstärkt zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen wollen: vermögende Millionäre, nicht die Besitzer von Eigenheimen.

(Vereinzelt Beifall)

Also, liebe Genossinnen und Genossen, letzter Satz: Es gibt einige Anträge zur Wiedereinführung der Vermögensteuer. Ich möchte euch insbesondere den Antrag 13 empfehlen: Ein bisschen Mut tut auch den Sozis gut. Stimmt dem zu.

Ich danke euch.

(Vereinzelt Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Danke, Mathias Brodkorb. Es hat jetzt das Wort Hans Eichel.

Hans Eichel, Antragskommission: Genossinnen und Genossen! Das Thema Steuergerechtigkeit ist in der Tat ein ganz zentrales Thema. Ich weise als Erstes darauf hin – ich glaube, Rudolf Scharping hat es eben schon deutlich gemacht –: Wir haben eine Fülle von Steuerschlupflöchern mit dem Ergebnis geschlossen, dass zum Beispiel – Joachim Poß hat es mitgeteilt – im Finanzamtbezirk Bad Homburg, wo die wohnen, die in den Bankentürmen in Frankfurt und in den oberen Etagen der Unternehmen sitzen, die veranlagte Einkommensteuer, die 1997 noch bei 0 DM lag, inzwischen auf 250 Millionen DM gestiegen ist. Das ist unser konkreter Beitrag zur Herstellung von Steuergerechtigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens. Das größte Schlupfloch, das wir haben, heißt Besteuerung der Kapitalerträge, weil es zu einem großen Teil diese Besteuerung in Europa nicht gibt. Das können wir nur lösen, indem wir es europäisch lösen. Das heißt übrigens auch, dass die Steueroasen in Europa geschlossen werden müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hoffe, dass wir das bis Ende dieses Jahres einvernehmlich in Europa hinbekommen.

Nun komme ich zum konkreten Teil, liebe Genossinnen und Genossen: Wir haben ganz bewusst und genau formuliert im Programm: Besteuerung der Einkommen aus Arbeit und Vermögen. Aber eine Steuer, die nicht mehr da ist, wieder einzuführen, bringt viele

Probleme mit sich. Erinnert Euch, dass wir Sozialdemokraten 1996, als wir gesagt haben, die betriebliche Vermögensteuer wollen wir nicht mehr, durchgesetzt haben, dass die Grunderwerbsteuer und die Erbschaftsteuer zum Ausgleich für die Länderkassen erhöht wurden. Soll das wieder rückgängig gemacht werden?

Wenn wir die Vermögenssteuer jetzt wieder einführen, sage ich euch: Die Einführungskosten sind viel höher, als wenn wir das tun, was in unserem Programm steht: Besteuerung der Einkommen aus Arbeit und Vermögen. Abgesehen von verfassungsrechtlichen Problemen. Deswegen rate ich euch, es dabei zu belassen.

Im übrigen: Es ist eine Steuer, die den Ländern zusteht. Es gibt im Bundesrat überhaupt keine Chance dafür. Für eine Sache, die nicht durchsetzbar ist, die nur eine neue Debatte auslöst, wir zögen als Steuererhöhungspartei in den Wahlkampf, einzutreten, ist eine völlig brotlose Kunst. Das wird uns keinen Schritt weiterbringen. Ich kann also nicht dazu raten, dem eben gestellten Antrag stattzugeben.

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Danke, Hans Eichel. – Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung von Christoph Bittner aus Schleswig-Holstein. Ich schlage euch vor, dass damit die Rednerliste geschlossen ist. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann hat zu Kapitel 3 Christoph Bittner das Wort.

Christoph Bittner, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Es geht um den Antrag 9. Dort geht es um die Empfehlung der Antragskommission: erledigt durch das Regierungsprogramm. Dort ist ein konkreter Verfahrensvorschlag gemacht worden, wie man bei der Erbschaftsbesteuerung vorgehen kann, ob schon vor dem Erbfall anteilmäßig bezahlt werden kann. Deshalb beantrage ich die Überweisung an die Bundestagsfraktion.

(Vereinzelt Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel. Ich lasse zunächst über den Änderungsvorschlag des Kollegen Bittner abstimmen. Es geht um die Frage, ob der Antrag 98 erledigt ist oder an die Bundestagsfraktion überwiesen werden soll, weil das eine Entscheidung ist, die wir klären sollten, bevor wir insgesamt in die Kapitelabstimmung eintreten. - Der Vorsitzende der Antragskommission ruft mir zu, dass die Antragskommission damit leben kann. Sie übernimmt das. Das bedeutet: Wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission ab, dass das Kapitel 3 in der im Antragsbuch ausgedruckten Fassung unverändert angenommen wird und damit die Anträge 1 bis 7 und 10 bis 13 sowie die Initiativanträge 6 und 7 erledigt sind und die Anträge 8 und 9 an die Bundestagsfraktion überwiesen werden.

Wer diesem Votum der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei 20 bis 25 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe nun das Kapitel 4 – Arbeitsmarkt – auf. Dazu zunächst Ursula Engelen-Kefer.

Ursula Engelen-Kefer, Parteivorstand: Kolleginnen und Kollegen! Genossinnen und

Genossen! Die Reform der Bundesanstalt für Arbeit ist eine der notwendigen Maßnahmen in diesem Programm zur Verbesserung der Arbeitsmarktpolitik. Sie ist vernünftig. Hier hat es auch erste Weichenstellungen gegeben. Es ist richtig: Wir brauchen mehr Dezentralisierung, wir brauchen mehr Enthierarchisierung und Entbürokratisierung.

Ich glaube, am entscheidendsten hierbei ist, dass die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern und den Betrieben verbessert wird. Wir brauchen auf der einen Seite die Meldung der offenen Stellen. Wir brauchen aber auch die Informationen über die Bedingungen bei den offenen Stellen, denn nur dann kann eine vernünftige Vermittlung durchgeführt werden. Anderenfalls gibt es eine erhebliche Frustration auf beiden Seiten. Zuallererst also unser Appell an die Arbeitgeber: Meldet offene Stellen und informiert über die Bedingungen der offenen Stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben einen vernünftigen Rahmen für die Reform der Arbeitsmarktpolitik und die Reform der Bundesanstalt für Arbeit. Das ist das JOB-AQTIV-Gesetz. Hier gibt es Vorschriften und Regeln zur Vermittlungsoffensive, zu besseren Qualifizierung, zur besseren Eingliederung.

Wir müssen deutlich machen: Dieser gesetzliche Rahmen ist bei weitem besser als das, was die CDU/CSU will, nämlich neue Niedriglohnsektoren schaffen. Wir haben schon genug Niedriglohnsektoren in den neuen Bundesländern, im Gaststättengewerbe, im Einzelhandel, aber dadurch nicht mehr Arbeitsplätze sondern weniger Arbeitsplätze.

Das ist kein Rezept für die Zukunft! Deshalb lasst uns alles daran setzen, das JOB-AQTIV-Gesetz praktisch umzusetzen und den Vorstellungen der CDU/CSU einen Riegel vorzuschieben.

(Beifall)

Schließlich: Laßt uns dafür sorgen, dass die Arbeitsmarktpolitik, dass die Bundesanstalt für Arbeit zukunftsfest gemacht wird. Mit der Erhaltung und Zukunftsfähigkeit unseres Arbeitsrechts sind wir erheblich moderner als die CDU/CSU und die FDP, vor allem als Stoiber, der das Arbeitsministerium in das Wirtschaftsministerium eingliedern will. Das wäre der Tod einer vernünftigen Arbeitsmarktpolitik und von sinnvollen Arbeitnehmerrechten. Das Arbeitsministerium darf nicht das fünfte Rad an der Deutschland AG werden.

In diesem Sinne werbe ich für die Annahme dieser Anträge.

Danke schön.

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Danke, Ursula. – Damit komme ich zur Abstimmung über das Kapitel 4. Die Antragskommission schlägt euch vor, dieses Kapitel in der ausgedruckten Fassung der Antragskommission zu verabschieden. Sie empfiehlt euch, dass die Anträge 1 bis 14 zu diesem Kapitel und die Anträge 8 und 9 zum Kapitel 9, die hiermit in einen Zusammenhang gehören, für erledigt erklärt werden.

Der Antrag 5 zu Kapitel 9 soll abgelehnt werden. Bei den Anträgen 6 und 7 zu Kapitel 9

wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen.

Wer diesem Votum der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe nun das Kapitel 5 – Rechte der Arbeitnehmer – auf. Dazu liegt uns keine Wortmeldung vor. Die Antragskommission empfiehlt euch, das Kapitel 5 in der ausgedruckten Fassung der Antragskommission anzunehmen, unter Einschluss des sechsten Absatzes von Antrag 1, denn der wird auch zur Annahme empfohlen. Der Rest des Antrags 1 und der Antrag 3 zu diesem Kapitel sollen an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung des Antrags 2.

Wer diesem Votum seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? - Enthaltungen? – Bei drei Gegenstimmen ohne Enthaltungen beschlossen.

Ich rufe nun das Kapitel 6 – Bildung und Qualifizierung – auf. Dazu hat Edelgard Bulmahn das Wort.

Edelgard Bulmahn, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben es in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung geschafft, das Ruder herumzureißen. Die Bildung ist wieder in das Zentrum der Politik gerückt. Es ist Schluss mit der konservativen Politik, bei der Bildung und Forschung unter „ferner liefen“ rangierten. Es ist Schluss damit, dass die Ausgaben für Bildung und Forschung auf Bundesebene über Jahre gekürzt wurden. Es ist Schluss damit, dass Jahr für Jahr Zigtausende Jugendliche keinen Arbeitsplatz fanden. Es ist auch Schluss damit, dass der Zugang zu den Hochschulen immer stärker ein Privileg von wenigen wurde.

Wir wissen, dass Wissen, dass Bildung nicht nur frei macht, sondern dass Wissen, dass Bildung auch stark macht, stark, das eigene Leben zu meistern. Wir wollen, dass Kinder aller Gesellschaftsschichten diese Chance haben. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen unseren Überzeugungen und der anderer Parteien. Wir haben den größten Etat für Bildung und Forschung, den es in der Geschichte Deutschlands je gab.

(Vereinzelt Beifall)

Es war fünf Minuten vor zwölf, das endlich zu schaffen und das zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht dabei aber nicht nur um Geld. Das sagen wir im Wahlprogramm ganz klar. Es geht auch darum, den Mut zu den notwendigen Reformen und Veränderungen zu haben. Wir haben in den letzten vier Jahren diesen Mut gezeigt. Mit dem Sofortprogramm haben wir es geschafft, dass über 400 000 Jugendliche eine zweite Chance bekommen haben, einige sogar eine dritte Chance für Ausbildung, für Qualifizierung. Im Bündnis für Arbeit haben wir eine Modernisierungsoffensive für die berufliche Ausbildung beschlossen. Mit dieser Offensive modernisieren und schaffen wir neue Ausbildungsberufe. Alleine in den IT-Berufen haben wir 60 000 neue Ausbildungsplätze.

Damit, liebe Genossinnen und Genossen, schaffen wir zwei Dinge. Wir erschließen neue

Ausbildungspotenziale – die wir auch brauchen –, sichern dauerhaft vorhandene Lehrstellen, wir decken den Fachkräftebedarf der Wirtschaft und geben allen Jugendlichen zukunfts feste Ausbildungschancen. Wir tun ein Weiteres: Wir sagen im Wahlprogramm klipp und klar, dass jeder Jugendliche/jede Jugendliche ein Ausbildungsplatzangebot erhalten wird. Das heißt, niemand muss von der Schule aus in die Arbeitslosigkeit fallen. Wir sagen: Jeder bekommt ein Angebot.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei Stoiber und anderen ist da Schweigen. Ich werde euch bitten, liebe Genossinnen und Genossen, genau weil wir das so präzise gesagt haben – jeder bekommt ein Arbeitsplatzangebot –, auf den Initiativantrag 2 zu verzichten. Denn vieles von dem, was dort gesagt wird, wird bereits gemacht, zum Beispiel runde Tische zur Schaffung von Ausbildungsplätzen. Das tun wir. Wir nennen es Ausbildungsplatzkonferenzen. Ich kann euch versichern: Das werden wir auch weiter tun.

(Vereinzelt Beifall)

Das Gleiche gilt für Ausbildungsverbände. Wir unterstützen kleine und mittelständische Unternehmen bei der Schaffung von Ausbildungsverbänden. Ich kann euch versichern: Das werden wir auch in Zukunft tun.

(Vereinzelt Beifall)

Die Umlagefinanzierung ist ein altes sozialdemokratisches Thema. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben heute eine völlig andere Situation als 1998. Heute haben wir bundesweit mehr Ausbildungsplätze, die angeboten werden, als Nachfragen. Ich weiß, dass das nicht die Probleme in allen Regionen unseres Landes löst. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen und Initiativen fortsetzen, um in diesen Regionen sicherzustellen, was wir im Wahlprogramm sagen: Jeder bekommt ein Ausbildungsplatzangebot.

(Vereinzelt Beifall)

Aber lasst mich auch klipp und klar sagen: Gerade für diese Regionen hilft die Umlagefinanzierung nicht weiter. Deshalb ist es eine Forderung, die in der Sache nichts bringt. Lasst uns daher das tun, was den Jugendlichen ganz konkret hilft. Das machen wir.

Wir haben im Übrigen nicht nur in der beruflichen Ausbildung den wichtigen Schritt nach vorne getan, sondern wir haben es auch geschafft, dass der Zugang zu Hochschulen endlich wieder alleine vom Können, von den Fähigkeiten und vom Wollen der Jugendlichen abhängt. Mit der BAföG-Reform haben wir sichergestellt, dass auch Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen wieder studieren können, dass sie nicht aufs Studium verzichten müssen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir gleichzeitig auch gesagt: Wenn wir es hingekriegt haben, dass rund 80 000 Jugendliche aus Familien mit normalem oder geringem Einkommen wieder studieren können – das sind die Zahlen, die uns vorliegen –, dann darf diesen Familien nicht durch Studiengebühren das Geld wieder aus der Tasche genommen werden, das sie vorher über BAföG und Kindergeld bekommen haben.

(Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir ein entsprechendes Gesetz

vorgelegt – das ist im Deutschen Bundestag beschlossen –: Das Erststudium sowie konsekutive Studiengänge bleiben studiengebührenfrei.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben das beschlossen. Wir sagen es im Wahlprogramm noch einmal ausdrücklich, damit es klipp und klar ist. Das heißt aber auch, dass Studierende mit diesem Angebot auch verantwortlich umgehen müssen. Es kann nicht bedeuten, dass ich lebenslang kostenfrei studiere oder 25 Semester lang. Damit muss ich verantwortlich umgehen. Das tut im Übrigen auch der größte Teil der Studierenden.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist das ein wichtiger Punkt, mit dem wir dafür Sorge tragen, dass alle eine gute Ausbildung erhalten. Ich will hier ausdrücklich noch einmal sagen, dass Wolfgang Clement diese beiden Aussagen teilt und unterstreicht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hoffe, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir mit dem, was wir getan haben, und mit dem Ganztagsangebot, das wir für die kommenden vier Jahre vorschlagen, das vollenden, was wir bereits zur Hälfte geschafft haben, nämlich Kindern und Jugendlichen die beste Bildung und Ausbildung zu geben, die sie brauchen. Dafür stehen wir Sozialdemokraten. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Und deshalb: Vorwärts!

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Danke, Edelgard. – Ich komme nun zur Abstimmung über das Kapitel 6. Die Antragskommission empfiehlt euch zu diesem Kapitel, die Abschnitte aus den Anträgen 6 und 11 anzunehmen und in den Text einzuarbeiten, wie es euch die Antragskommission schriftlich vorgelegt hat. Der Antrag 13 soll angenommen werden. Der Antrag 10 soll in der Fassung der Antragskommission in das Kapitel eingearbeitet werden. Die Anträge 1 bis 5, 7 bis 9, 12, 14 bis 16 sowie die Initiativanträge 2, 6, 8 und 11 sollen für erledigt erklärt werden. Wer diesem Votum der Antragskommission zu Kapitel 6 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel 7 auf. Dazu haben sich Kurt Bodewig und Horst Kubatschka zu Wort gemeldet. Ich bitte euch um Verständnis, dass ich danach die Rednerliste schließe, auch mit Rücksicht auf die Zeit. – Kurt, du hast das Wort.

Kurt Bodewig, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Wir wissen: Ohne Straßen, Schienen, Wasserstraßen, ohne öffentlichen Personennahverkehr funktioniert diese Gesellschaft nicht. Diese Bundesregierung hat klare Akzente gesetzt. Es ist uns gelungen, mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm das Schienennetz schneller zu machen, mehr Leistung zu transportieren und gleichzeitig 125 Ortsumgehungen in Deutschland zu bauen. Das bedeutet 125-mal Entlastung der Menschen von Lärm und Abgasen sowie Entlastung des Schwerlastverkehrs. Ich glaube, das lässt sich sehen. Wir sollten zu Recht darauf stolz sein.

Es gibt eine andere Vorstellung. Das, was Gerhard Schröder heute unter „drei mal 40“

beschrieben hat, die Vorstellungen der Union, also die pauschale Absenkung der Staatsquote von 48,5 auf 40 Prozent bedeutet unter anderem 4 Milliarden Euro weniger für Verkehrsinvestitionen. Hier im Raum sind viele Kommunalpolitiker, die wissen, dass für den neuen Bundesverkehrswegeplan mehr als 1 800 Maßnahmen angemeldet wurden. Ich will euch nur eines sagen: Sollte die Staatsquote pauschal auf 40 Prozent gesenkt werden, so wie Stoiber das will, heißt das, dass zehn Jahre lang keine dieser Verkehrsmaßnahmen in Deutschland mehr neu begonnen werden kann. Ich denke, das solltet ihr vor Ort verbreiten, wenn es darum geht, ob Straßen- oder Schienenprojekte stattfinden.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden etwas anders machen. Wir haben Mobilität neu organisiert, neu aufgestellt. Ich nenne hier auch die LKW-Maut. Das ist ein Paradigmenwechsel: weg von der ausschließlichen Steuerfinanzierung hin zu einer Nutzerfinanzierung für den Schwerlastverkehr.

(Vereinzelt Beifall)

Warnke hat es versucht, Wissmann hat sich gar nicht erst getraut. Wir realisieren das. Wir werden damit ein Antistauprogramm machen, das die neuralgischen Punkte in Deutschland staufrei macht. Auch das ist etwas, was der Mobilität dient, das wir alle gemeinsam gut vertreten können.

In diesem Sinne glaube ich, dass wir mit dem Wahlprogramm eine Zukunftsaussage treffen, die wir alle im Wahlkampf gut vertreten können. Wir werden bis noch vor Ende des Jahrzehnts 90 Milliarden Euro für Mobilität in Deutschland umsetzen.

Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Wir können aus gutem Grund stolz darauf sein. Entsprechende Schritte werden in dem Wahlprogramm verankert.

Vielen Dank.

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Zu diesem Kapitel gibt es noch die Wortmeldung von Horst Kubatschka, Landesverband Bayern.

Horst Kubatschka, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zum Initiativantrag 5 sprechen. Dies dürfte der kürzeste Antrag sein. Ich bitte euch, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen.

Die Antragskommission sagt – es geht dabei um die Sicherheit von Kernkraftwerken -, dass es durch das Regierungshandeln abgedeckt wird. Das stimmt. Ich möchte trotzdem sagen, dass es auch durch das Handeln der Bundestagsfraktion abgedeckt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sollten dem Wähler Folgendes klar machen: Erstens. Die Wahl von Stoiber bedeutet Wiedereinstieg in die Kernenergie. Zweitens. Wir

werden dafür sorgen, dass der Konsens umgesetzt wird und dass wir in Bezug auf die Sicherheit der Kernkraftwerke keinen Millimeter von unserer Linie abweichen werden. Das sollte auch im Programm enthalten sein, um es den Wählern klar zu sagen.

Es soll aber auch ein Signal an die Betreiber sein, dass sie mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung auf diesem Gebiet nicht spaßen können. Man versucht nämlich, mit der Sicherheit zurückzugehen. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Ereignisse von Brunsbüttel erinnern.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sehe auch nicht ein, dass wir eine brauchbare Erfolgsstory der rot-grünen Koalition im Programm einfach nicht stattfinden lassen. Darum handelt es sich nämlich beim Ausstieg aus der Kernenergie im Konsens. Deshalb sollten wir diesen Punkt in das Programm schreiben und den Wählern klar machen: Wenn es um die Sicherheit der Kernkraftwerke geht, ist mit Sozialdemokraten nicht zu spaßen.

Ich bitte euch, der Empfehlung nicht zu folgen und diesen Initiativantrag anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Genossinnen und Genossen, ich verstehe das Votum von Horst Kubatschka so, dass er eine Einzelabstimmung zu diesem Initiativantrag beantragt, also Annahme statt erledigt. Ich möchte erst über diese Frage abstimmen lassen und dann das Gesamtkapitel als Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Wer den Initiativantrag 5 für erledigt erklären will und damit dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Letztere hat die Mehrheit. Damit ist der Initiativantrag 5 sozusagen in den Text eingebaut.

(Beifall)

Ich lasse über das Kapitel 7 insgesamt abstimmen. Das Kapitel 7 wird zur Annahme empfohlen in der Fassung der Antragskommission, ergänzt um den letzten Satz von Abs. 6 des Initiativantrages 10 und um den Initiativantrag 5. Die Anträge 1, 2, 7 bis 9 sowie die Initiativanträge 5, der Rest von 7, 10, 14 und 17 sind erledigt. Die Anträge 3 bis 6 sollen an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Wer diesem Votum seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei oder drei Gegenstimmen und bei etwa gleicher Zahl von Enthaltungen ist es so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe nun Kapitel 8 „Der Osten – ein starkes Stück Deutschland“ auf. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt euch, die unveränderte Fassung, wie sie im Antragsbuch abgedruckt ist, anzunehmen. Damit wären die Anträge 1 bis 5 erledigt. Wer diesem Votum der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist es bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel 9 „Lebensqualität in Städten und Gemeinden“ auf. Dazu liegt eine Wortmeldung von Erwin Kirschenbaum, Nordrhein-Westfalen, vor.

Erwin Kirschenbaum, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Zu dem Kapitel 9 möchte ich nur eine kurze Anmerkung machen. Ich finde es unwahrscheinlich gut, dass im Regierungsprogramm der SPD ein großes Kapitel zur Kommunalpolitik steht. Wir haben in Nürnberg darüber diskutiert, welche Sorgen Kommunalpolitiker haben. Ich finde es überzeugend, dass auch wir als Kommunalpolitiker vor Ort vor die Wähler treten und sagen können: Was wir beschlossen haben, wird jetzt umgesetzt. Ich möchte Hans Eichel besonders dafür danken.

Danke schön.

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Danke, Erwin. Wir kommen damit zur Abstimmung über das Kapitel 9. Dabei handelt es sich um die Anträge 1 bis 4 und 10 bis 11. Über die Anträge 5 bis 9 haben wir schon im Kapitel 4 entschieden. Die Antragskommission empfiehlt euch die unveränderte Annahme in der ausgedruckten Fassung. Damit würden die Anträge 1, 3, 4 und 10 dieses Kapitels an die Bundestagsfraktion überwiesen. Die Anträge 2 und 11 würden abgelehnt werden. Wer diesem Votum seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen ist es so beschlossen.

Ich rufe Kapitel 10 „Sport ist Spitze für alle“ auf. Hier wird unveränderte Annahme empfohlen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und keiner Enthaltung ist es so beschlossen. Ungeachtet dessen wünschen wir natürlich alle unserer Nationalmannschaft, dass sie so weit kommt, wie sich das die Antragsteller wünschen.

(Beifall)

Ich rufe Kapitel 11 „Familien im Zentrum“ auf. Es sind dazu aufgerufen die Anträge 1 bis 10. Die Antragskommission empfiehlt euch, den Text, wie er im Antragsbuch ausgedruckt ist, in der Fassung der Antragskommission unverändert anzunehmen. Das würde bedeuten, dass die Anträge 1, 4, 5 sowie 8 bis 10 erledigt sind und dass die Anträge 2 und 6 an verschiedene Adressaten überwiesen werden. Antrag 3 wird abgelehnt. Antrag 7, so sagen wir stolz, ist erledigt durch Regierungshandeln. Wer dem Kapitel 11 in dieser Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist es ohne Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Kapitel 12 „Zusammenhalt fördern – Gewalt ächten“ auf. Hier wird empfohlen, das neue Kapitel 12 in der Fassung der Antragskommission so zu beschließen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist es so beschlossen.

Ich rufe Kapitel 13 „Generationen miteinander“ auf. Hier wird empfohlen, dass zum Text des Kapitels 13 in der Fassung der Antragskommission auch zusätzlich der Initiativantrag 12 „100 000 Arbeitsplätze für Jugendliche“ angenommen wird. Demgegenüber soll der Antrag 1 für erledigt erklärt werden durch die Fassung des Regierungsprogramms in der

Fassung der Antragskommission. Wer diesem Votum, also Annahme des Antrages inklusive der Annahme des Initiativantrages 12, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? – Es ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Kapitel 14 „Gleichstellung der Geschlechter“ auf. Dazu gibt es die Wortmeldung von Karin Junker.

Karin Junker, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Aus der Rede von Gerhard Schröder und der anschließenden Debatte ist deutlich geworden, dass es am 22. September um eine Richtungsentscheidung geht. Das gilt ganz besonders für die Frauen und für die Gleichstellungspolitik in dieser Republik, die in einem höchsten Maße gefährdet wäre, wenn wir unsere Regierungsverantwortung nicht fortsetzen könnten.

(Beifall)

Es ist meine feste Überzeugung: Die Frauen im Land wissen das und werden dazu beitragen, dass es zu diesem Rückschritt nicht kommen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Die Ignoranz der CDU/CSU ist schon bemerkenswert, wenn die Vorsitzende der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Frau Annette Widmann-Mauz, in immer wieder spaßig zu lesenden Presserklärungen darauf hinweist, die SPD-geführte Regierung habe Untätigkeit in Sachen Frauen- und Gleichstellungspolitik an den Tag gelegt.

Ich möchte eure Aufmerksamkeit vor allen Dingen deswegen auf dieses Kapitel lenken, weil mit dem Anspruch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht gleichzeitig das gesamte Feld der Frauen- und Gleichstellungspolitik abgedeckt ist. Es bedarf vielmehr einer eigenständigen Frauenpolitik, die wir bewiesen haben, die aber leider viel zu wenig in den Materialien der Partei vorkommt und leider viel zu wenig im Bewusstsein der Männer dieser Partei verankert ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden aber bei den Frauen nur dann zu einem Wahlerfolg kommen können, wenn wir deutlich machen, dass wir ihre Interessen vertreten haben und uns hier ein Programm geben, das ihnen weiter zu dem verhelfen wird, was ihre Ansprüche an das Leben sind.

Mit Geld-Versprechen, mit ihrem Familiengeld – „Küchenprämie“ hat Gerhard Schröder das genannt - schießt die CDU/CSU den Vogel ab. Ich zitiere hier den Berliner „Tagesspiegel“ mit einer Headline, die da sagt: „Geld macht keine Kinder“. 40 Prozent der Akademikerinnen in Deutschland bleiben nicht deshalb kinderlos, weil ihnen der Weg an Heim und Herd versperrt bliebe. Sie bleiben vielmehr deshalb kinderlos, weil ihnen die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbaut wird.

(Vereinzelt Beifall)

Die weitaus meisten Frauen in Deutschland wollen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nach jahrelanger Ausbildungszeit nicht einfach an den Nagel hängen, sondern sie wollen sie

anwenden. Dafür zu sorgen, das ist die eigentliche politische Aufgabe, der wir uns gestellt haben und der wir uns weiter stellen müssen.

Ich kann die Leistungen, die diese Regierung erbracht hat, nicht alle erschöpfend aufzählen. Ich nenne Stichworte: Wir haben das Erziehungsgeldgesetz novelliert. Wir haben Millionen geringfügig beschäftigter Frauen in die Sozialversicherung geholt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit geschaffen. Wir haben das Betriebsverfassungsgesetz mit neuen Rechten für die Frauenbeteiligung geschaffen. Wir haben ein Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst geschaffen, das die Führungsetagen für die Frauen eröffnet. Das sind nur einige der Punkte, die hier zu nennen sind. Diese Politik gilt es fortzusetzen.

Übrigens, Herr Stoiber und andere haben gemerkt, dass wir einiges geleistet haben. Ihre Schlussfolgerung ist, das alles zurückzunehmen. Sie wollen das Betriebsverfassungsgesetz infrage stellen. Sie wollen die Frauen bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wieder aus der Sozialversicherung herausnehmen. Sie wollen den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit abschaffen. Sie wollen das Kündigungsschutzgesetz zulasten der Frauen einschränken. Sie wollen das Rentenrecht, in dem wir endlich in einem erheblichen Maß Erziehungsleistungen anerkennen, auf den Prüfstand stellen. Genossinnen und Genossen, helft mit, dass dieses nicht passieren kann.

Vielen Dank.

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Danke schön, Karin.

Ich rufe dann das Kapitel 14 auf. Hier wird vorgeschlagen, die Fassung, die von der Antragskommission im Antragsbuch gedruckt ist, unverändert anzunehmen. Das würde bedeuten, dass Antrag 1 für erledigt erklärt wird. Wer von euch diesem Votum zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich glaube, bei vier Gegenstimmen und keiner Enthaltung ist so beschlossen.

Ich will euch jetzt darauf hinweisen, dass wir noch drei Wortmeldungen haben, zwei zu Kapitel 15 und eine zu Kapitel 20.

Ich rufe jetzt das Kapitel 15, Gesundheitswesen, auf. Es hat zunächst Martin Pfaff das Wort, dann Ulla Schmidt.

Martin Pfaff, Bundesvorsitzender ASG: Liebe Genossinnen und Genossen! Im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen begrüße ich außerordentlich diesen Teil des Antrages, denn er schafft in vielen Fragen Klarheit, die – das muss ich leider sagen – zu lange nicht so eindeutig beantwortet worden waren. Wir wissen alle, dass diese Wahl in der Tat eine Richtungswahl ist. Für viele Menschen wird die Richtung, die wir einschlagen, auch eine Schicksalsfrage sein. Werden wir das solidarische System aufrechterhalten? Werden wir

Reformen im bestehenden System durchführen? Oder werden wir das tun, was die Opposition will, nämlich eine Absenkung des solidarisch finanzierten Katalogs an Regel- und Wahlleistungen, eine Erhöhung der Selbstbeteiligung und vieles mehr? Dieser Abschnitt gibt eine klare und eindeutige Antwort auf viele dieser Fragen, die uns lange bewegt haben. Er sagt eindeutig: Wir lehnen eine Strategie der Privatisierung von Gesundheitsrisiken ab, so Gerhard Schröder heute wieder. Lieber Gerhard, ich muss dir sagen: Wir Gesundheitspolitiker sind dankbar dafür, dass hier eine so deutliche Aussage enthalten ist. Wir brauchen keinen Systembruch im bewährten System, zu dem Alternativen vorgeschlagen werden, die in anderen Ländern zu deutlich schlechteren Ergebnissen geführt haben. Wir wollen an dem Leitbild einer solidarischen Krankenversicherung festhalten.

Jeder von uns hat einmal den Satz gehört: Mit der Gesundheitspolitik kann man keine Wahlen gewinnen, man kann sie aber verlieren. Ich finde, dass diese Aussage grundfalsch ist, liebe Genossinnen und Genossen. Denn wenn wir unsere Konzeption offensiv darstellen und den Menschen zeigen, wohin der andere Weg führen würde, dann kann man sie auch gewinnen. Denn die neoliberalen Alternativen dienen doch den Jungen, den Gesunden, eher den Männern als den Frauen, eher den Alleinstehenden als den Verheirateten mit Kindern und eher denen, die besser situiert sind, und sie gehen zulasten der Älteren, der Schwachen, der Frauen und der Familien mit Kindern. Deshalb möchte ich abschließend Gerhard Schröders Worte vom DGB-Kongress zitieren, denn er sagte:

„Ihr habt mein Wort darauf, dass wir an einem solidarischen Gesundheitssystem festhalten werden.“

Er sagte auch noch – ich zitiere dies ebenfalls -:

„Wir setzen auf Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Jungen und Alten, zwischen Besserverdienenden und Geringverdienenden.“

Wenn wir diese einfachen und so wichtigen Botschaften rüberbringen, liebe Genossinnen und Genossen, dann werden die Menschen in unserem Lande am 22. September auf die SPD setzen.

Danke schön.

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Danke schön, Martin. - Nun hat Ulla Schmidt das Wort.

Ulla Schmidt, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, Martin Pfaff hat Recht, wenn er sagt, dass das, was wir hier in dem gesundheitspolitischen Teil des Programms verabschiedet haben, etwas ist, was die Menschen in diesem Lande wollen. Jede Umfrage zeigt, dass die Menschen eher bereit sind, mehr zu bezahlen, als dass sie wollen, dass sie weniger Leistungen aus dem bekommen, was sie gewohnt sind: ein solidarisches System, das jedem ohne Ansehen der Person und ohne Ansehen seines Einkommens und seiner Vorerkrankungen den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen garantiert.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass ihr, wenn ihr nach Hause geht, euch vor Ort wirklich mit dem auseinander setzt, was die anderen wollen. Bei der FDP ist das eindeutig: Sie will alles privatisieren und Möllemann möchte Gesundheitsminister werden. Das kann man vergessen! Was gefährlich ist, ist das, was die CDU/CSU sagt. Deshalb, Genossinnen und Genossen, das, was hier vorgeschlagen wird, nämlich die Möglichkeit, innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung Tarife zu wählen, die Möglichkeit der Kostenerstattung, die Möglichkeit der Beitragsrückerstattung oder auch die Möglichkeit eines Selbstbehalts von 500 Euro oder mehr, das alles ist ein Programm – genau das hat Gerhard Schröder heute Morgen gesagt – das nicht daran ansetzt, durch mehr Qualität, durch mehr Abstimmung in den Behandlungsabläufen, durch mehr Transparenz und Patientenorientierung die Schwächen des Systems zu überwinden. Es setzt vielmehr da an, wo die Stärken unseres Systems sind, an der solidarischen Finanzierung und der solidarischen Gewährleistung von Gesundheitsleistungen.

Genossinnen und Genossen, lasst mich nur eines sagen: Das sind Angebote an junge Gesunde zulasten der älteren Menschen, zulasten der chronisch kranken Menschen und zulasten der Menschen mit Behinderungen.

Es ist ein Angriff auf das, was in unserem Lande gilt: dass jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Eltern, den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen hat. Wir dürfen nicht zulassen, dass so etwas nach dem 22. September in unserem Lande Politik wird.

(Beifall)

Das Zweite – das ist das Gefährliche an dem, was sie machen -: Das, was hier geplant ist, bedeutet das Ende der solidarischen Versicherung, wie wir sie kennen. Denn eines ist doch klar: Wenn ich eine Leistung abwähle – einige Vertreter der Bundestagsfraktion haben gesagt, es stünden nur drei Dinge außer Frage: die ambulante Versorgung, die stationäre Versorgung und die Versorgung mit Arzneimitteln -, dann kann ich nicht zu gleichen Bedingungen nachher wieder Mitglied der Krankenkasse werden. Deshalb ist das das Ende der Regelung, dass jeder ohne Ansehen seiner Vorerkrankungen Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung werden kann. Wir haben dann vielmehr ein Prinzip, das wirklich wie die private Krankenversicherung organisiert ist, bei der jeder für sich selber sein privates Risiko absichern muss.

Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass wir am 22. September gewinnen. Allein das, was die Union in der Gesundheitspolitik machen will – sie will den Menschen den Zugang zu gesundheitlichen Leistungen wegnehmen und dies vom Portemonnaie abhängig machen -, reicht schon, dass wir gewinnen müssen; denn denen geben wir das Gesundheitswesen nicht wieder zurück.

Danke.

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Danke, Ulla Schmidt.

Ich komme dann zur Abstimmung über Kapitel 5 „Gesundheitswesen“. Hier wird die Fassung der Antragskommission, wie sie im Buch ausgedruckt ist, unverändert zur

Annahme empfohlen. Damit wären die Anträge 1 bis 8 sowie 12 bis 19 und die Initiativanträge 4 und 13 erledigt. Die Anträge 9 und 11 sind zur Überweisung an diverse Adressaten empfohlen. Das könnt ihr alles nachlesen.

Wer diesem Votum seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel 16 „Verbraucherschutz“ auf. Hierzu liegt der Initiativantrag I 15 vor.

Das Wort hat Rudolf Scharping für die Antragskommission.

Rudolf Scharping, Antragskommission: Genossinnen und Genossen! Wir haben das noch einmal mit den Antragstellern und auch mit den zuständigen Mitgliedern der Regierung und der Bundestagsfraktion diskutiert. Wir ändern die Empfehlung so, dass wir – ich brauche nicht zu erläutern, warum Verbraucherschutzpolitik in diesen Tagen besonders sorgfältig und klar formuliert werden sollte -, den Initiativantrag I 15 mit der Maßgabe zur Annahme empfehlen, dass der erste Tired auf der ersten Seite gestrichen wird und der letzte Absatz in eine Formulierung geändert wird, die lautet: „Wir werden dafür sorgen, dass aus unlauterem Wettbewerb entstandene Gewinne abgeschöpft werden können.“ Das ist keine inhaltliche Veränderung; aber das ist eine Position, die deutlicher formuliert, was wir im Bereich Verbraucherschutz erreichen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Es wird also empfohlen, das Kapitel 16 unter Ergänzung des IA 15 in der Fassung, wie sie Rudolf Scharping vorgetragen hat, zu verabschieden. Wer diesem Votum seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel 17 „Innere Sicherheit“ auf. Hier wird empfohlen, die ausgedruckte Fassung der Antragskommission unter Ergänzung der Anträge 3 und 5 anzunehmen. Das bedeutet, dass der Antrag 2 für erledigt erklärt wird und die Anträge 1 und 4 an diverse Adressaten überwiesen werden.

Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel 18 „Zuwanderung“ auf. Hier wird vorgeschlagen, das Kapitel in der Fassung der Antragskommission unverändert anzunehmen, mit der Konsequenz, dass der Antrag 1 für erledigt erklärt wird, der Antrag 2 an die Bundesregierung überwiesen wird und der Antrag 3 abgelehnt wird.

Wer diesem Votum der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und – ich glaube – zwei oder drei Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel 19 „Moderner Staat“ auf. Hier wird vorgeschlagen, die ausgedruckte Fassung der Antragskommission im Antragsbuch unverändert anzunehmen und den Antrag 19 für erledigt zu erklären durch die Annahme von Antrag 3 aus Kapitel 17.

Wer diesem Votum seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit so beschlossen.

Ich habe jetzt zum Kapitel 20 die letzte Wortmeldung in dieser Debatte, nämlich die von Franz Thönnies, Landesverband Schleswig-Holstein.

Franz Thönnies, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir kämpfen jetzt für den 22. September um neue Mehrheiten für einen neuen Regierungsauftrag. Aber uns in Schleswig-Holstein ist aufgefallen, dass im jetzigen Regierungsprogramm etwas fehlt, was im letzten noch enthalten war. Wir müssen uns auch um die Minderheiten in dieser Gesellschaft kümmern. Im letzten Regierungsprogramm war deutlich formuliert, dass wir Minderheiten schützen und ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung und Teilhabe erreichen wollen. Dies fehlt jetzt. Da wir Schleswig-Holsteiner gute Erfahrungen mit der Zusammenarbeit mit den Dänen, mit den Friesen und mit gesellschaftlichen Minderheiten in der Grenzregion gemacht haben, wollen wir deutlich machen, dass es in einem vereinten Europa auch für Gesamtdeutschland für die SPD eine zentrale Aufgabe sein muss, die Identitäten der Minderheiten zu wahren und die kulturelle Vielfalt zu gewährleisten; denn das gibt Europa ein menschliches und soziales Gewicht.

(Beifall)

Deswegen haben wir den IA 18 eingebracht. Wir möchten gerne, dass er angenommen wird. Darum will ich euch bitten.

Ich will auch deutlich sagen: Dänen und Friesen sind Seefahrer. Gerhard hat uns heute Morgen als Kanzler und als Kapitän der SPD eine klare Orientierung gegeben. Die SPD muss sich jetzt kräftig in die Riemen legen, Ruderschlag ist angesagt, und zwar im Gleichschlag, Genossinnen und Genossen. Demjenigen, der für den 22. September noch eine Orientierung braucht, will ich diese gerne geben. Denn – die Küstenländer wissen das – die Schifffahrt und die Seefahrt können uns manchmal mit ihren Marken und mit ihren Kennzeichen Orientierung geben. Es gibt in der Seefahrt rote und grüne Tonnen. Wenn man zwischen diesen durchfährt, dann hat man sicheren und klaren Kurs, dann ist immer eine Hand breit Wasser unter dem Kiel,

(Beifall)

dann kommt man auch ans Ziel.

Wer sich ein bisschen auskennt, der weiß auch, dass es schwarze und gelbe Tonnen gibt. Diese stehen für Risiken, für Wracks und für Untiefen. Das haben wir bis 1998 16 Jahre lang gehabt.

(Beifall)

Jetzt nehmen wir klaren Kurs auf weitere vier Jahre sozialdemokratisch geführter Regierung in diesem Land. Schiff ahoi oder SPD ahoi, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen, Parteitagspräsidium: Ich bitte zunächst die Genossin Dullinger aus Oberbayern um Verständnis dafür, dass ich sie nicht mehr berücksichtigen kann. Damit entgehen uns auch Ausführungen zur Binnenschifffahrt; denn sie kommt aus Kochel am See.

Ich bitte um eure Zustimmung dafür, dass ich jetzt das Kapitel 20 „Kultur und Medien“ zur Abstimmung aufrufe. Die Antragskommission empfiehlt, dieses Kapitel mit den Ergänzungen der Anträge 3 und 4, die zur Annahme empfohlen werden, und mit der Ergänzung des Initiativantrags 18, der ebenfalls zur Annahme empfohlen wird, so anzunehmen. Das bedeutet, dass die Anträge 1 und 2 an die Bundesregierung überwiesen werden und das der IA 20 an die Bundestagsfraktion überwiesen wird.

Wer diesem Votum seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit, glaube ich, einstimmig so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel 21 „SPD: Politik der Mitte – Politik fürs Land“ auf. Hier wird empfohlen, das Kapitel unverändert anzunehmen und den Antrag 1 und Initiativantrag 16 für erledigt zu erklären, den IA 16 durch Beschluss des Parteivorstandes vom 1. Juni 2002.

Wer diesem Votum seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig so beschlossen.

Ich muss mit euch jetzt noch kurz die sonstigen Anträge durchgehen. Das geht sehr schnell, wenn ihr weiterhin so tatkräftig mitarbeitet.

Ich rufe also jetzt den Antragsbereich „Sonstige Anträge“ auf. Es geht um die Anträge S 1 bis S 11 sowie um die Initiativanträge 3 bis 9. Es wird empfohlen, den Initiativantrag 3 „LKW-Maut“ an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer stimmt diesem Votum zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe S 1 auf. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe S 2 auf – Empfehlung: erledigt durch Regierungsprogramm in der heute vorliegenden Fassung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei drei oder vier Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe S 3 „Anerkennung Palästinas“ auf. Die Antragskommission empfiehlt: erledigt durch Regierungsprogramm in der Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei ein oder zwei Gegenstimmen so beschlossen.

S 4 „Nahost-Krieg“ – Empfehlung der Antragskommission: erledigt durch das vorliegende Regierungsprogramm. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei oder drei Gegenstimmen so beschlossen.

S 5 „Unterhaltsvorschuss“ – Empfehlung: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei

Gegenstimmen so beschlossen.

S 6 „Versorgungssystem für Abgeordnete“: Überweisung an die Bundestagsfraktion wird empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit bei ein oder zwei Gegenstimmen so beschlossen.

S 7 „Migration und Integration“: Es wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei eventuell einer Gegenstimme, die auch von jemanden kommen könnte, der seine Ja-Stimme zu spät zurückgezogen hat, so beschlossen.

S 8 „Tabakwerbung im Vorwärts und Sponsoring für die SPD“: Es wird Überweisung an den nächsten ordentlichen Parteitag empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei drei Gegenstimmen so beschlossen.

S 9 „Medienbeauftragte bei OV-Wahlen“ – Empfehlung: Überweisung an den nächsten ordentlichen Parteitag. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Antrag S 10 „Mitgliederbefragung zum Wahlprogramm 2002“: Nichtbefassung wird vorgeschlagen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe S 11 „Wahlprogramm“ auf: Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer denn seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Initiativantrag 9 „Wahlprogramm“ – Votum der Antragskommission: erledigt durch Annahme von Antrag S 11. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ist so beschlossen.

Ich möchte mich für die tolle Zusammenarbeit mit euch bedanken und übergebe das Wort an Christine Bergmann zur Schlussabstimmung über das Wahlprogramm.

Schlussabstimmung über das Wahlprogramm

Christine Bergmann, Parteipräsidentin: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Nachdem wir so konzentriert durch alle Kapitel durch sind, kommt jetzt der spannende Moment der Schlussabstimmung. Wer dem gesamten Wahlprogramm, also diesem Regierungsprogramm, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen ist dieses Wahlprogramm, dieses Regierungsprogramm mit großer Mehrheit angenommen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir haben mit großer Mehrheit sehr geschlossen ein Programm verabschiedet. Es geht, wie ich denke, jetzt darum, genauso geschlossen in die nächsten Monate zu gehen, damit eine von uns gestellte Regierung dieses Programm mit Gerhard Schröder an der Spitze umsetzen kann. Das ist ein gutes Programm und gibt die Richtung in eine solidarische Gesellschaft vor, wie wir sie haben wollen. Dafür lässt sich gut um eine breite Mehrheit in der Gesellschaft werben. Das wollen wir in den nächsten Monaten gemeinsam tun. Dazu ein herzliches Glückauf.

(Beifall)

Wie immer hat das letzte Wort jetzt der Franz.

Schlusswort

Franz Müntefering, Generalsekretär: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist ein guter Tag. Wir starten gemeinsam in den Wahlkampf. Das Ziel ist klar: Gerhard Schröder bleibt Bundeskanzler, die SPD wird stärkste Fraktion und Rot-Grün geht weiter.

(Beifall)

Wir sind miteinander stolz auf die Geschichte dieser Partei, die in Deutschland jetzt seit 139 Jahren dazu beiträgt, dass Fortschritt möglich ist und soziale Gerechtigkeit gedeiht. Wir sind stolz auf viele Männer und Frauen, die aus unseren Reihen gekommen sind, die vor uns Politik gemacht haben oder es heute tun. Ich will heute an eine Frau erinnern, die bei unserem letzten Parteitag im November noch dabei war: Regine Hildebrandt.

(Beifall)

Wir haben gestern im Parteivorstand beschlossen, dass es ab diesem Jahr den Regine-Hildebrandt-Preis jährlich zum Todestag von Regine geben soll. Über diesen Preis hinaus ist, wie ich glaube, an einem Tag wie heute zu sagen – ich weiß, dass das eine besondere Art von Todesgedenken ist, mit dem Regine aber sicherlich einverstanden wäre –: Liebe Regine, wir versprechen dir, wir behalten den Aufbau Ost und die soziale Gerechtigkeit in Deutschland so im Blick, wie du sie immer im Blick gehabt hast. Vielen Dank, Regine!

(Beifall)

Wenn sie heute hier gewesen wäre, hätte sie etwas zu der Art und Weise gesagt, wie Stoiber mit Ostdeutschland und der Solidarität in Deutschland umgeht. Herr Stoiber hat dieses am Risikostrukturausgleich deutlich gemacht, es gab aber vorher schon eine ähnliche Sache beim Länderfinanzausgleich. Da ist er vor Gericht gezogen, um den Länderfinanzausgleich zulasten der ostdeutschen Länder zurückzufahren. Das hätte in diesem Jahr bedeutet, dass 6,3 Milliarden Euro weniger für die ostdeutschen Länder zur Verfügung gestanden hätten, mehr für andere; das ist wohl wahr.

1998, als er sich wiederum um das Amt des Ministerpräsidenten in Bayern bewarb, hatte er den gleichen Gedanken – wenn ihr sein aktuelles Wahl-Programm genau lest, seht ihr auch die Spur, die sich da durchzieht –; er sagte nämlich: Man müsse eigentlich auch die Arbeitslosenversicherung je nach Höhe der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bundesländern differenzieren. Das hätte für Länder, in denen die Arbeitslosigkeit hoch

liegt, höhere Beiträge bedeutet als in den Ländern, in denen sie niedrig liegt. Was da passiert, liebe Genossinnen und Genossen, ist klar: Seit es die alte Bundesrepublik Deutschland gab, gab es immer ein System des Ausgleichs zwischen den Ländern, die aus welchen Gründen auch immer weiter vorne lagen, und denen, denen es nicht so gut ging. Bayern hat davon übrigens dreieinhalb Jahrzehnte profitiert.

(Vereinzelt Beifall)

Das wollen wir nicht aufrechnen, damals hatte Bayern berechnete Ansprüche, während es jetzt vorne liegt. Aber auch jetzt müssen wir uns in Deutschland der Solidarität zwischen den Ländern, zwischen Ost und West und untereinander bewusst sein. Diese muss dazu führen, dass überall in Deutschland die gleichen Lebenschancen bestehen. Einer wie Stoiber, der in einer solchen Art und Weise separatistische Forderungen aufstellt, ist nicht geeignet, Deutschland zu regieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Weil das Thema kommen wird, will ich euch noch einmal in Bezug auf Vorhaltungen zur deutschen Einheit vorwarnen. Herr Kohl bereitet sich vor, und sie werden dann den Mantel der Geschichte wieder rauschen lassen und erzählen, dass sie die deutsche Einheit möglich gemacht haben, während die Sozialdemokraten seltsame Patrioten bzw. gar keine gewesen seien. Richtig ist: Als die deutsche Einheit möglich wurde, war Kohl Kanzler. Damals hat er richtig gehandelt. Aber zwei Dinge müssen wir dazu immer wieder feststellen:

Erstens. Die Mauer wurde nicht vom Westen eingerissen, sondern ist von tapferen Frauen und Männern vom Osten her umgeworfen worden. Das ist zu diesem Stück deutscher Geschichte zu sagen.

(Beifall)

Aber dazu gibt es auch eine Geschichte im Westen.

Ich erinnere euch an 1972, auch weil wir damals einen Wahlkampfverlauf hatten wie heute. Zwischen 1969 und 1972 haben die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag den Warschauer Vertrag, den Moskauer Vertrag gegen die Konservativen in unserem Lande durchgekämpft. Willy Brandt ist nach Warschau gefahren; wir alle kennen das Bild, als er niederkniete.

Wir sagen: Kohl hat die deutsche Einheit realisiert, als sie möglich wurde. Aber wenn es die Carlo Schmidts, die Fritz Erlers, die Willy Brandts, die Helmut Schmidts und die Hans-Jochen Vogels und viele andere nicht gegeben hätte, wäre das mit Gorbatschow und der deutschen Einheit so nicht möglich gewesen. Wir sind stolz auf das, was wir dazu beigetragen haben, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir sind 700 000 und wenn wir uns unterhaken, ist das eine starke Gruppe. Aber wir haben außerdem noch ganz viele, die uns helfen. Einige davon sind hier, einige sind noch

hier im Saal, einige sind auch an ihren Trikots identifizierbar. Ich sage ein herzliches Dankeschön an die jungen Teams in über 180 der Wahlkreise, die unterwegs sind und bereit sind, uns zu helfen.

(Beifall)

Von wegen, die Jungen haben kein Interesse an Politik! Vielleicht sind wir als Partei manchmal ein bisschen zu schwierig für sie. Aber dass sie sich gesellschaftspolitisch interessieren, dass sie mitmischen, solche, die Mitglied sind, und solche, die noch nicht Mitglied sind, das sollten wir aufnehmen und mit ihnen zusammen den Wahlkampf gestalten und gewinnen. Wir sollen ihnen als Partei das Signal geben, dass sie in Zukunft in dieser Partei mitentscheiden und mitmachen können. Wir müssen der jungen Generation immer wieder dieses Zeichen geben, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir müssen und wollen natürlich Politik für sie machen. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit kommt im Parteiprogramm von Herrn Stoiber nicht vor. Wir haben in unser Programm eine Zusage geschrieben, die schwierig und anspruchsvoll ist. Wir müssen alles dafür tun, dass wir sie in den vier Jahren, die vor uns liegen, einlösen können. Diese Formulierung lautet: Keiner soll von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit fallen. Jeder muss Ausbildung, muss Beschäftigung, muss Arbeit finden, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Die Richtung stimmt. Das wissen die Menschen im Lande auch. Manche sagen, ihr hättet ein paar Reformen mehr, ein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit erreichen sollen. Wir sagen: Die Richtung stimmt und wir werden diesen Weg weitergehen. Es ist falsch, auf der Hälfte des Weges stehen zu bleiben. Manchmal sage ich denen, die mahnen, dieses und jenes müsse auch noch sein: Ich erzähle euch die Geschichte mit der Mütze. Die kennt ihr alle schon. Wer eine spezielle Unterrichtung haben will, kann mich nachher ansprechen.

Wir müssen den Menschen sagen: Es gibt alle guten Gründe, die Herausforderung in Deutschland, vor denen wir stehen, nicht zu verkennen. Wir müssen den Menschen aber auch sagen: Wer, wenn nicht wir? Wer, wenn nicht diese Generation, kann den Menschen sagen: Seid zuversichtlich im Blick nach vorn!

Wir haben seit 57 Jahren Frieden. Das gab es, wie ihr feststellt, wenn ihr in die Geschichtsbücher schaut, noch nie, jedenfalls über viele Jahrhunderte nicht. Wir werden als Sozialdemokraten alles dazu beitragen, dass dieser Frieden in Europa erhalten bleibt. Willy Brandt hat uns immer gesagt: Wir wollen gute Nachbarn sein im Innern wie nach außen. Pflegt diesen Frieden und pflegt dieses Europa und gebt dies an die jungen Menschen weiter!

(Beifall)

Es geht aber nicht nur um Frieden, sondern auch um Wohlstand. Wichtig sind tüchtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, tüchtige Unternehmer, ein alles in allem gutes Schulsystem. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich ein Wort in Richtung Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindergärten sagen. Diese Personen stehen vor einer großen Aufgabe. Sie stehen vor einer großen Herausforderung. Neben

alles, was unsere Familien leisten müssen, will ich hier sagen: Die Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindergärten und die Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen – gerade in den Grundschulen -, die wir manchmal als Assistentinnen und Assistenten behandeln, sind für die Entwicklung unserer Kinder genauso wichtig wie Professorinnen und Professoren. Lasst uns entsprechend mit den Erzieherinnen und Erziehern umgehen, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Dieses Thema Kinder, dieses Thema Erziehung ist eines, das man nicht mal eben im Deutschen Bundestag per Gesetz abarbeiten kann. Das wissen alle, die sensibel sind. Das ist ein großes und entscheidendes Thema für die Zeit, die vor uns liegt. Wir müssen hier den Familien helfen und wir müssen den Teil, den die Politik dazu beitragen kann, leisten.

Wir haben gelernt – manche müssen es noch lernen, vor allem diejenigen, die übermütig sind -: Nichts von dem, was erstritten ist, ist sicher. Wenn die anderen eine Chance bekommen, werden sie vieles von dem, was wir errungen haben, zurückdrehen. Stichwort: Arbeitnehmerrechte. Von Schäuble stammt das Wort: Weniger Kündigungsschutz bedeutet mehr Arbeitsplätze. Für diejenigen, die mitschreiben: Das Buch heißt: „Der Zukunft zugewandt“; Seite 41, 14. Zeile von unten. Man muss ja wissen, was man zitiert.

Er hat erklärt: Weniger Kündigungsschutz bedeutet mehr Arbeitsplätze. Das kann sogar so sein, aber die Frage ist, ob man das will. Aber ich sage ganz klar – ich freue mich, wie deutlich das Gerhard Schröder heute gemacht hat -: Wir Sozialdemokraten wollen, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf gleicher Augenhöhe begegnen. Wir wollen, dass tüchtige Unternehmer tüchtigen Arbeitnehmern ordentliche Arbeitsverträge geben. „Heuern und feuern“ wird jedenfalls mit uns in Deutschland nicht an der Tagesordnung sein.

(Beifall)

Das gilt auch für die Sicherheit, für den Wohlstand und die Demokratie. Wir leben alle in der Vorstellung, dass unsere Demokratie unschlagbar stabil ist. Es gibt auch gar keinen Grund, jetzt Angst und Sorge zu haben. Ich sage trotzdem, ohne jemanden in den anderen Parteien zu scharf anzugucken: Vorsicht an dieser Stelle! Wenn wir uns umschaun in Europa, in der Welt und auch an manchen Stellen in Deutschland: Es bleibt die Aufgabe aller demokratischen Parteien – ich nenne hier ausdrücklich auch die FDP -, dafür zu sorgen, dass die braune Soße in Deutschland nie wieder eine Chance hat, liebe Genossinnen und Genossen, nie wieder!

(Beifall)

112 Tage sind eine kurze Zeit. Aber das reicht, um zu gewinnen, wenn alle mit stürmen, wenn keiner mehr am Spielfeldrand überlegt, was man denn so machen könnte, wenn keiner mehr darüber philosophiert, mit wem man nach dem Spiel duschen gehen will oder wen man denn beim nächsten Mal mit in die Mannschaft nehmen könnte. Das nutzt alles überhaupt nichts! Weg mit all den klugen Ratschlägen vom Spielfeldrand! Stört euch nicht mehr daran; das lassen wir alles beiseite. Es gibt nur einen Weg: diese 112 Tage nutzen, die Menschen zu erreichen, ihnen deutlich zu machen, mit Gerhard Schröder als

Bundeskanzler wollen die Sozialdemokraten die Politik in Deutschland weiter bestimmen, aber nicht deshalb, weil bei uns die Sessel so weich sind, sondern weil wir wissen: Wir können das besser als die anderen! Das klingt stolz, aber das ist so. Soziale Gerechtigkeit und Erneuerung – das können wir und das können die anderen nicht!

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir in alten Zeiten wären und Johannes Rau stünde hier, dann würde er jetzt sagen: Gehet hin in alle Welt und sagt es weiter! Ich bin nicht so bibelfest, sondern sage nur: Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt macht es so, wie wir es beschlossen haben! Glück auf!

(Lebhafter Beifall)

Jetzt kommt unser Wahlkampflied, über das gestern schon viel gesprochen worden ist. Einige haben vermutet, ich würde singen. Ich erspare euch das. Gerhard hat es auch abgelehnt. Aber Edo Zanki (nicht Edu, wie im Laufzettel ausgedruckt, s. „Söhne Mannheim“!!) und seine Band, die es komponiert haben – Four More; das waren nicht die vier, die eben dagegen gestimmt haben, sondern andere –, kommen jetzt und singen das Lied, das uns im Wahlkampf begleiten wird: Das alles sind wir. Glückauf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall – Edo Zanki & Band singen den Wahlkampfsong – Beifall – Zurufe: Zugabe! – Edo Zanki & Band singen den Wahlkampfsong erneut – Beifall)

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mir im Moment überlegt, ob jetzt ich ein Lied singen soll. Aber ich erkläre lieber den Parteitag für geschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Kommt gut nach Hause. Ich glaube, wir haben einen guten Tag hinter uns gebracht. Ich bin ganz sicher, dass ein Signal in die Ortsvereine, in die Unterbezirke, in unsere große Partei, an alle Sympathisanten geht, in den nächsten Wochen und Monaten mitzumachen, ein gutes Signal, nicht zuletzt, sondern zuallererst von euch, den Delegierten, hier auf diesem Parteitag gegeben. Lasst uns das, was wir heute begonnen haben, in den nächsten Wochen und Monaten mit aller Kraft voranbringen. Es geht am 22. September um viel: viel für unsere Partei, aber noch mehr für unser Land.

In diesem Sinne einen guten Nachhauseweg, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ende des Parteitages: 16.08 Uhr

Rednerliste

| | |
|---------------------------------|--------|
| Annen, Niels | 54 |
| Bodewig, Kurt | 66 |
| Bökel, Gerhard..... | 49 |
| Brodkorb, Mathias..... | 60 |
| Bulmahn, Edelgard | 64 |
| Eichel, Hans..... | 61 |
| Engelen-Kefer, Ursula..... | 63 |
| Friedrich, Peter | 44 |
| Gabriel, Sigmar..... | 47 |
| Junker, Karin..... | 70 |
| Kirschenbaum, Erwin | 69 |
| Kubatschka, Horst..... | 67 |
| Matschie, Christoph | 40 |
| Mikfeld, Benjamin | 46 |
| Müntefering, Franz..... | 78 |
| Nahles, Andrea | 37 |
| Pfaff, Martin | 72 |
| Platzeck, Matthias..... | 42 |
| Rehak, Philipp..... | 59 |
| Riester, Walter | 45 |
| Ringstorff, Harald..... | 53 |
| Scharping, Rudolf | 56, 74 |
| Schartau, Harald..... | 39 |
| Schmidt, Ulla..... | 72 |
| Scholz, Olaf | 36 |
| Schreiner, Ottmar..... | 51 |
| Schröder, Gerhard | 15, 82 |
| Sommer, Michael | 11 |
| Strieder, Peter | 10 |
| Thierse, Wolfgang..... | 5 |
| Thönnies, Franz..... | 75 |
| Wieczorek-Zeul, Heidemarie..... | 41 |